

1998

Ausgegeben zu Bonn am 29. April 1998

Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
22. 4. 98	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. November 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen FNA: neu: 611-9-16 GESTA: XD014	547
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 22. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Aserbaidschanischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE038	567
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 25. Juni 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Georgien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE039	576
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 3. Mai 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE040	585
22. 4. 98	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Oktober 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Saudi-Arabien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE041	593
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. September 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE046	602
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE047	610
22. 4. 98	Gesetz zu dem Abkommen vom 10. Juli 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE048	619
22. 4. 98	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. Juni 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE049	628
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 6. Mai 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE051	637
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 25. Juni 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE052	645
22. 4. 98	Gesetz zu dem Vertrag vom 14. Mai 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE053	653
22. 4. 98	Gesetz zu dem Abkommen vom 22. Oktober 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über den Luftverkehr GESTA: XJ032	661

Fortsetzung nächste Seite

Tag	Inhalt	Seite
6. 3. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-österreichischen Vertrags über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen	672
9. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Protokolle vom 14. Juni 1954 über Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	676
9. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur 2. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	676
9. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	677
9. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 6. Oktober 1980 zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	677
9. 3. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Estland andererseits	678
9. 3. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Lettland andererseits	679
9. 3. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Litauen andererseits	680
9. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen	681
11. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens betreffend Auskünfte über ausländisches Recht sowie des Zusatzprotokolls hierzu	681
11. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung	683
11. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen	684
11. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention)	685
11. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	685
11. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe	686
12. 3. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Investitionsförderungsabkommens mit Hongkong	687
13. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und des Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen	687

Gesetz
zu dem Abkommen vom 29. November 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tallinn am 29. November 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 28 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, sind bereits ergangene Steuerfestsetzungen zu ändern oder aufzuheben. Steuerfestsetzungen sowie ihre

Aufhebung und Änderung sind insoweit auch zulässig, wenn die Festsetzungsfrist abgelaufen ist; dies gilt nur bis zum Ablauf des vierten Kalenderjahrs, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist. Soweit sich bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Estland insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor dem Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht festgesetzt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Estonia
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to Taxes on Income and on Capital**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Estland –

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Estonia,

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern –

desiring to promote their mutual economic relations by removing fiscal obstacles,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Article 1

Personal Scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);
- b) in der Republik Estland
die Einkommensteuer,
die Grundsteuer und
die örtliche Einkommensteuer
(im folgenden als „estnische Steuer“ bezeichnet).

Article 2

Taxes Covered

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of a Land or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, and taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

- a) in the Federal Republic of Germany:
the income tax (Einkommensteuer),
the corporation tax (Körperschaftsteuer),
the capital tax (Vermögensteuer), and
the trade tax (Gewerbesteuer)
(hereinafter referred to as “German tax”);
- b) in the Republic of Estonia:
the income tax (tulumaks),
the land tax (maamaks), and
the local income tax (kohalik tulumaks)
(hereinafter referred to as “Estonian tax”).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, einschließlich des Meeresgrunds, des Meeresuntergrunds und der darüberliegenden, an das Küstenmeer angrenzenden Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihrem innerstaatlichen Recht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Republik Estland“ die Republik Estland und, im geographischen Sinne verwendet, das Hoheitsgebiet der Republik Estland sowie die an die Hoheitsgewässer der Republik Estland angrenzenden Gebiete, in denen die Republik Estland in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und dem Völkerrecht ihre Rechte hinsichtlich des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der natürlichen Ressourcen ausüben kann;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Estland;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in bezug auf die Republik Estland alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Republik Estland besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Estland geltenden Recht errichtet worden sind;
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und in der Republik Estland der Finanzminister oder sein bevollmächtigter Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term “Federal Republic of Germany” means the area in which the tax law of the Federal Republic of Germany is in force, as well as the area of the sea-bed, its sub-soil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, insofar as the Federal Republic of Germany exercises there sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation;
- b) the term “Republic of Estonia” means the Republic of Estonia and, when used in the geographical sense, means the territory of the Republic of Estonia and any other area adjacent to the territorial waters of the Republic of Estonia within which, under the laws of the Republic of Estonia and in accordance with international law, the rights of the Republic of Estonia may be exercised with respect to the sea-bed and its sub-soil and their natural resources;
- c) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or the Republic of Estonia, as the context requires;
- d) the term “person” means an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term “national” means:
 - aa) in respect of the Federal Republic of Germany any German within the meaning of Article 116, paragraph (1), of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;
 - bb) in respect of the Republic of Estonia any individual possessing the nationality of the Republic of Estonia and any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in the Republic of Estonia;
- h) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- i) the term “competent authority” means in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance, and in the case of the Republic of Estonia the Minister of Finance or his authorised representative.

(2) As regards the application of the Agreement by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law

ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

of that State concerning the taxes to which the Agreement applies.

Artikel 4 Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Registrierung oder aufgrund eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt auch die Regierung dieses Staates, eines seiner Länder und eine ihrer Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so bemühen sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln und die Art der Anwendung dieses Abkommens auf diese Person festzulegen. Fehlt ein derartiges Einvernehmen, gilt die Person für Zwecke der Inanspruchnahme der Abkommensvorteile als in keinem der beiden Vertragsstaaten ansässig.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage oder eine damit zusammenhängende Aufsichtstätigkeit ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer neun Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

Article 4 Resident

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management, place of incorporation or any other criterion of a similar nature. The term also includes the Government of that State itself, its political subdivisions and local authorities. This term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement and determine the mode of application of this Agreement to such person. In the absence of such agreement, for the purposes of this Agreement, such person shall not be considered to be a resident of either Contracting State for purposes of enjoying benefits under this Agreement.

Article 5 Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site, a construction, assembly or installation project or a supervisory activity connected therewith constitutes a permanent establishment only if it lasts more than nine months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.
- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des nachstehenden Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der vorstehenden Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in vorstehendem Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machten.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Wenn die Tätigkeit dieses Vertreters jedoch vollständig oder fast vollständig diesem Unternehmen gewidmet wird und die Bedingungen zwischen dem Vertreter und dem Unternehmen von denen abweichen, die unabhängige Personen miteinander vereinbaren würden, so gilt der Vertreter nicht als unabhängiger Vertreter im Sinne dieses Absatzes. In diesem Fall ist vorstehender Absatz 5 anzuwenden.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, insbesondere Optionen oder ähnliche Rechte auf den Erwerb unbeweglichen Vermögens, Nutzungsrechte an unbeweglichem

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business. However, where the activities of such an agent are devoted wholly or almost wholly on behalf of that enterprise and where the conditions between the agent and the enterprise differ from those which would be made between independent persons, such agent shall not be considered an agent of an independent status within the meaning of this paragraph. In such case the provisions of paragraph 5 shall apply.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from Immovable Property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, in particular any option or similar right to acquire immovable property, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as

Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Vorstehender Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Berechtigt das Eigentum an Aktien oder anderen Gesellschaftsanteilen den Eigentümer solcher Aktien oder Gesellschaftsanteile zur Nutzung unbeweglichen Vermögens der Gesellschaft, können Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art des Gebrauchs solchen Nutzungsrechts in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen liegt.

(5) Die vorstehenden Absätze 1, 3 und 4 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des nachstehenden Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat in besonders gelagerten Fällen unmöglich oder mit unzumutbaren Schwierigkeiten verbunden ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne nach vorstehendem Absatz 2 zu ermitteln, schließt vorstehender Absatz 2 nicht aus, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung des Gesamtgewinns des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Die vorstehenden Absätze dieses Artikels hindern einen Vertragsstaat nicht daran, sein Recht hinsichtlich der Besteuerung von im Versicherungsgeschäft tätigen Personen anzuwenden. Die Steuer darf jedoch 5,4 vom Hundert des Bruttobetrags der Versicherungsprämien nicht übersteigen.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) Where the ownership of shares or other corporate rights in a company entitles the owner of such shares or corporate rights to the enjoyment of immovable property held by the company, the income from the direct use, letting, or use in any other form of such right to enjoyment may be taxed in the Contracting State in which the immovable property is situated.

(5) The provisions of paragraphs 1, 3 and 4 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business Profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as in a Contracting State and in exceptional cases the determination of the profits to be attributed to a permanent establishment in accordance with paragraph 2 is impossible or gives rise to unreasonable difficulties, nothing in paragraph 2 shall preclude the determination of the profits to be attributed to a permanent establishment by means of apportioning the total profits of the enterprise to its various parts; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Nothing in the preceding paragraphs of this Article shall prevent a Contracting State from applying its law relating to the taxation of any person who carries on the business of insurance. However, the tax so charged shall not exceed 5.4 per cent of the gross amount of premiums of the business of insurance.

(8) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Artikel 8**Seeschifffahrt und Luftfahrt**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Vorstehender Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9**Verbundene Unternehmen**

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10**Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Dividenden auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußscheinen oder Genußrechten, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie andere Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die vorstehenden Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Article 8**Shipping and Air Transport**

(1) Profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9**Associated Enterprises**

Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10**Dividends**

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means dividends on shares including income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, and other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des vorstehenden Absatzes 2 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung oder die Zentralbank der Republik Estland gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit.
- b) Zinsen, die aus der Republik Estland stammen und für ein durch Hermes-Deckung verbürgtes Darlehen oder an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft gezahlt werden, sind von der estnischen Steuer befreit.
- c) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und für ein Darlehen gezahlt werden, das vom Estonian Export Credit State Fund verbürgt ist oder derartige Zinsen, die an den Estonian Export Credit State Fund oder eine andere Organisation gezahlt werden, die nach Unterzeichnung dieses Abkommens in der Republik Estland gegründet wurde und ähnlicher Art ist wie die in Buchstabe b erwähnten Einrichtungen, sind von der deutschen Steuer befreit (die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entscheiden einvernehmlich, ob derartige Organisationen ähnlicher Art sind).
- d) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen, können nur im anderen Staat besteuert werden, wenn
 - aa) der Empfänger im anderen Staat ansässig ist, und
 - bb) der Empfänger ein Unternehmen des anderen Staates sowie Nutzungsberechtigter der Zinsen ist, und
 - cc) die Zinsen für Darlehen gezahlt werden, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren oder von gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit durch das Unternehmen an ein Unternehmen des erstgenannten Staates stehen, es sei denn, der Verkauf oder das Darlehen wird zwischen verbundenen Personen getätigt beziehungsweise gewährt.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die vorstehenden Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte

Article 11

Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- a) interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Government of the Republic of Estonia or to the Bank of Estonia shall be exempt from German tax;
- b) interest arising in the Republic of Estonia and paid in consideration of a loan guaranteed by Hermes-Deckung or paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft shall be exempt from Estonian tax;
- c) interest arising in the Federal Republic of Germany and paid in consideration of a loan guaranteed by or paid to the Estonian Export Credit State Fund or any organisation established in the Republic of Estonia after the date of signature of this Agreement and which is of a similar nature as any of the bodies referred to in sub-paragraph b) (the competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement determine whether such organisations are of a similar nature) shall be exempt from German tax;
- d) interest arising in a Contracting State shall be taxable only in the other Contracting State if:
 - aa) the recipient is a resident of that other State, and
 - bb) such recipient is an enterprise of that other State and is the beneficial owner of the interest, and
 - cc) the interest is paid with respect to indebtedness arising on the sale on credit, by that enterprise, of any merchandise or industrial, commercial or scientific equipment to an enterprise of the first-mentioned State, except where the sale or indebtedness is between related persons.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage, and in the case of the Federal Republic of Germany whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 to 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting

im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren für die Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen;
- b) 10 vom Hundert der Lizenzgebühren in allen anderen Fällen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Hörfunk, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Vorstehende Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenz-

State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12 Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of royalties paid for the use of industrial, commercial or scientific equipment;
- b) 10 per cent of the gross amount of the royalties in all other cases.

(3) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, and films or tapes for television or radio broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contract-

gebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne von Artikel 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt oder von Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen überwiegend aus derartigem Vermögen besteht, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr von diesem Unternehmen betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können. Hält sich die in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person im anderen Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs auf, gilt sie für diese Zwecke als eine Person, der im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht; die Einkünfte aus den oben genannten Tätigkeiten, die im anderen Staat ausgeübt werden, können dieser festen Einrichtung zugerechnet werden.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische,

ing State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

Capital Gains

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State or shares in a company the assets of which consist mainly of such property may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains derived by an enterprise of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic by that enterprise or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in that State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

Independent Personal Services

(1) Income derived by an individual who is a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in that other State, but only so much of the income as is attributable to that fixed base. For this purpose, where an individual who is a resident of a Contracting State stays in the other Contracting State for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, he shall be deemed to have a fixed base regularly available to him in that other State and the income that is derived from his activities referred to above that are performed in that other State shall be attributable to that fixed base.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activ-

erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des vorstehenden Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die vorstehenden Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus Tätigkeiten, die ein Künstler oder Sportler im anderen Vertragsstaat ausübt, wenn der Aufenthalt in dem Staat ganz oder in wesentlichem Umfang von öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften unterstützt wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen

ities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

Dependent Personal Services

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State, may be taxed in that State.

Article 16

Directors' Fees

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artists and Sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities exercised in a Contracting State by an entertainer or a sportsman if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof. In such case, the income shall be taxable only in the Contracting State of which the entertainer or sportsman is a resident.

Article 18

Pensions

Subject to the provisions of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in

Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Absätze 1 und 2 können regelmäßig wiederkehrende und einmalige Zahlungen, die die Bundesrepublik Deutschland als Wiedergutmachung für erlittene Schäden infolge von Kriegshandlungen oder früherer politischer Verfolgung zahlt, nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden.

Artikel 20

Studenten und Auszubildende

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre und Praktikanten) oder ein Auszubildender, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gele-

consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

Government Service

(1)

- a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
- aa) is a national of that State; or
- bb) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2)

- a) Any pension paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15, 16 and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof.

(4) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, periodic or non-periodic payments from the Federal Republic of Germany as compensation for an injury or damage sustained as a result of hostilities or past political persecution shall be taxable only in the Federal Republic of Germany.

Article 20

Students and Trainees

Payments which a student, or an apprentice (including in the case of the Federal Republic of Germany a "Volontär" or a "Praktikant"), or trainee, who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21

Other Income

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State

gene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht die Anrechnung ausländischer Steuern nach Buchstabe b zu gewähren ist, werden von der deutschen Steuer die Einkünfte aus der Republik Estland sowie die in der Republik Estland gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Estland besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkünfte und Vermögenswerte zu berücksichtigen.

Bei Dividenden ist die Befreiung nur auf die Dividenden anzuwenden, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Estland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von den Steuern vom Vermögen werden die Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden ausgenommen sind oder aber nach dem vorhergehenden Satz auszunehmen wären, falls sie gezahlt würden.

b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus der Republik Estland und dem dort gelegenen Vermögen zu erhebende deutsche Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögensteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die estnische Steuer angerechnet, die nach estnischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen,
- bb) Zinsen,
- cc) Lizenzgebühren,
- dd) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen,
- ee) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

Capital

(1) Capital represented by immovable property owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that State.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

Relief from Double Taxation

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

a) Unless foreign tax credit is to be allowed under sub-paragraph b), there shall be exempted from German tax any item of income arising in the Republic of Estonia and any item of capital situated within the Republic of Estonia which, according to this Agreement, may be taxed in the Republic of Estonia. The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so exempted.

In the case of dividends exemption shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the Republic of Estonia at least 25 per cent of the capital of which is owned directly by the German company.

There shall be exempted from taxes on capital any shareholding the dividends of which are exempted or, if paid, would be exempted, according to the immediately foregoing sentence.

b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German income, corporation and capital tax payable in respect of the following items of income arising in the Republic of Estonia and the items of capital situated there the Estonian tax paid under the laws of the Republic of Estonia and in accordance with this Agreement on:

- aa) dividends not dealt with in sub-paragraph a);
- bb) interest;
- cc) royalties;
- dd) directors' fees;
- ee) income of artistes and sportsmen.

- c) Buchstabe a ist nicht anzuwenden auf die Gewinne einer Betriebsstätte, auf das bewegliche und unbewegliche Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, und auf die Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens, auf die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden und auf die Beteiligung an einer Gesellschaft, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, daß die Bruttoeinkünfte der Betriebsstätte oder der Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus Tätigkeiten im Sinne des § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 6 oder aus Beteiligungen im Sinne des § 8 Absatz 2 des deutschen Außensteuergesetzes stammen.

In diesem Fall ist die Steuer, die nach dem Recht der Republik Estland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die vorstehend genannten Einkünfte und Vermögenswerte gezahlt worden ist, unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die deutsche Einkommen- oder Körperschaftsteuer, die von diesen Einkünften erhoben wird, oder auf die deutsche Vermögensteuer, die von diesen Vermögenswerten erhoben wird, anzurechnen.

Bei Einkünften, die in Artikel 10 behandelt sind, und den diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerten gilt die Befreiung auch dann, wenn die Dividenden aus Beteiligungen an anderen in der Republik Estland ansässigen Gesellschaften stammen, die eine aktive Geschäftstätigkeit ausüben und an denen die zuletzt ausschüttende Gesellschaft mit 25 vom Hundert oder mehr beteiligt ist.

(2) Bei einer in der Republik Estland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Bezieht eine in der Republik Estland ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so rechnet die Republik Estland, sofern das innerstaatliche Recht keine günstigere Behandlung vorsieht,
- aa) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht,
- bb) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen in der Republik Estland nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

- b) Erhält eine in der Republik Estland ansässige Gesellschaft Dividenden von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft, von der ihr mindestens 10 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile gehören, umfaßt für die Zwecke des Buchstabens a die in der Bundesrepublik Deutschland gezahlte Steuer nicht nur die Steuern auf Dividenden, sondern auch die Steuern auf die Gewinne der Gesellschaft, aus denen die Dividenden gezahlt wurden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere im Hinblick auf die

- c) The provisions of sub-paragraph a) shall not apply to the profits of, and to the capital represented by movable and immovable property forming part of the business property of a permanent establishment and to the gains from the alienation of such property; to dividends paid by, and to the shareholding in, a company; provided that the resident of the Federal Republic of Germany concerned does not prove that the gross receipts of the permanent establishment or company are derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of section 8, paragraph 1, sub-paragraphs 1 to 6 or from participations in the meaning of section 8, paragraph 2 of the Aussensteuergesetz (German Foreign Tax Law).

In such case the tax paid under the laws of the Republic of Estonia and in accordance with this Agreement on the above-mentioned items of income and capital shall, subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, be allowed as a credit against German income or corporation tax payable on such items of income or against German capital tax payable on such items of capital.

In the case of items of income dealt with in Article 10 and the items of capital underlying such income the exemption shall apply even if the dividends are derived from holdings in other companies being residents of the Republic of Estonia which carry on active operations and in which the company which last made a distribution has a holding of 25 per cent or more.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of the Republic of Estonia as follows:

- a) Where a resident of the Republic of Estonia derives income or owns capital which, in accordance with this Agreement, may be taxed in the Federal Republic of Germany, unless a more favourable treatment is provided in its domestic law, the Republic of Estonia shall allow:
- aa) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid thereon in the Federal Republic of Germany;
- bb) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid thereon in the Federal Republic of Germany.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income or capital tax in the Republic of Estonia as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in the Federal Republic of Germany.

- b) For the purpose of sub-paragraph a), where a company that is a resident of the Republic of Estonia receives a dividend from a company that is a resident of the Federal Republic of Germany in which it owns at least 10 per cent of its shares having full voting rights, the tax paid in the Federal Republic of Germany shall include not only the tax paid on the dividend, but also the tax paid on the underlying profits of the company out of which the dividend was paid.

Article 24

Non-discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwith-

Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so kann sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

standing the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

Mutual Agreement Procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Artikel 26**Informationsaustausch**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27**Mitglieder
diplomatischer Missionen
und konsularischer Vertretungen**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 wird eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung ist, die ein Vertragsstaat in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat, für Zwecke des Abkommens als eine im Entsendestaat ansässige Person angesehen, wenn sie

- a) nach Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen denselben steuerlichen Verpflichtungen unterliegt wie eine dort ansässige Person.

Artikel 28**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die nach dem 31. Dezember 1993 gezahlt werden;
- b) auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1994 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden.

Article 26**Exchange of Information**

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by the Agreement insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27**Members of
Diplomatic Missions
and Consular Posts**

(1) Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission, a consular post or an international organisation under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) Notwithstanding the provisions of Article 4, an individual who is a member of a diplomatic mission or a consular post of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of the Agreement to be a resident of the sending State if:

- a) in accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of income from sources outside that State, and
- b) he is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his world income as are residents of that State.

Article 28**Entry into Force**

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force thirty days from the date of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States:

- a) in respect of taxes withheld at source, in respect of amounts paid after December 31, 1993,
- b) in respect of taxes which are levied for any assessment period beginning on or after January 1, 1994.

Artikel 29
Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen in beiden Vertragsstaaten nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu Tallinn am 29. November 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, estnischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des estnischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 29
Termination

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination. In such event, this Agreement shall cease to have effect in both Contracting States:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given.

Done at Tallinn this 29th day of November 1996 in two originals, each in the German, Estonian and English languages, all three texts being authentic. In the case of divergent interpretation of the German and the Estonian texts the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Bernd Mützelburg

Für die Republik Estland
For the Republic of Estonia
Mart Opmann

Protokoll

Protocol

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Estland

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Estonia

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 29. November 1996 in Tallinn die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

have agreed at the signing at Tallinn on 29th of November 1996 of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital upon the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement.

1. Zu den Artikeln 6 bis 21

Werden die Steuern in einem Vertragsstaat im Abzugsweg erhoben und ist diese Erhebung durch die Bestimmungen dieses Abkommens eingeschränkt, so gilt als vereinbart, daß sich die Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung nach dem innerstaatlichen Recht dieses Staates in Verbindung mit den für diese Zwecke zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten vereinbarten Vorschriften richtet.

1. With reference to Articles 6 to 21

It is understood, that if the taxation of income in a Contracting State is effected by way of withholding tax at source, and if this taxation is limited by the provisions of this Agreement, the application of this tax reduction or exemption shall be governed by the national law of that State in conjunction with the procedures agreed upon for this purpose between the competent authorities of the two Contracting States.

2. Zu den Artikeln 6 und 13

Es gilt als vereinbart, daß alle Einkünfte und Gewinne, die aus der Veräußerung von in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen stammen, in diesem Staat nach Artikel 13 besteuert werden können.

2. With reference to Articles 6 and 13

It is understood that all income and gains arising from the alienation of immovable property situated in a Contracting State may be taxed in that State in accordance with Article 13 of this Agreement.

3. Zu Artikel 7

- a) Einer Bauausführung oder Montage können in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebsstätte liegt, nur die Gewinne aus dieser Tätigkeit selbst zugerechnet werden. Gewinne aus der Lieferung von Waren im Zusammenhang mit oder unabhängig von dieser Tätigkeit durch die Hauptbetriebsstätte oder eine andere Betriebsstätte des Unternehmens oder durch einen Dritten sind dieser Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.
- b) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus Entwicklungs-, Planungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten oder aus technischen Dienstleistungen, die in diesem Staat im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte nach dem Buchstaben a ausgeübt werden, sind dieser Betriebsstätte nicht zuzurechnen.

3. With reference to Article 7

- a) In the Contracting State in which the permanent establishment is situated, no profits shall be attributed to a building site, a construction, assembly or installation project except those which are the result of such activities themselves. Profits derived from the supply of goods connected with, or independent of, such activities and effected by the principal permanent establishment or any other permanent establishment of the enterprise or by a third party shall not be attributed to the building site, a construction, assembly or installation project.
- b) Income derived from design, planning, engineering or research or from technical services which a resident of a Contracting State performs in that Contracting State and which are connected with a permanent establishment referred to in subparagraph a) in the other Contracting State shall not be attributed to that permanent establishment.

4. Zu Artikel 10

Für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland schließt der Ausdruck „Dividenden“ die Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie die Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen ein.

4. With reference to Article 10

For the purpose of taxation in the Federal Republic of Germany, the term "dividends" includes income derived by a sleeping partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such and distributions on certificates of an investment fund or investment trust.

5. Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

5. With reference to Articles 10 and 11

Notwithstanding the provisions of these Articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State,

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte

- a) if they are derived from rights or debt-claims carrying a right to participate in profits (including income derived by a sleeping partner from his participation as such, from a "partiarisches

aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und

- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

6. Zu Artikel 12

Vergütungen für technische Dienstleistungen oder für Beratung oder Geschäftsführung gelten nicht als Vergütungen für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen, es sei denn, daß diese Vergütungen betragsmäßig auf Herstellung, Verkauf, Vorführung, Gewinn oder ähnlicher Grundlage im Zusammenhang mit der Verwendung derartiger Mitteilungen beruhen. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

7. Zu Artikel 23

- a) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Estland zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

- b) Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b, und nicht durch Steuerbefreiung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a,

aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden – außer nach Artikel 9 (Verbundene Unternehmen) – und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 regeln läßt und

i) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte doppelt besteuert würden oder

ii) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte in der Republik Estland unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden und in der Bundesrepublik Deutschland (ohne die Anwendung dieses Absatzes) von der Steuer befreit blieben, oder

bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen ihres innerstaatlichen Rechts der Republik Estland auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die sie diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt, um die steuerliche Freistellung von Einkünften in beiden Vertragsstaaten oder sonstige Gestaltungen zum Mißbrauch des Abkommens zu verhindern.

Im Fall einer Notifikation nach Doppelbuchstabe bb kann die Republik Estland vorbehaltlich einer Notifikation auf diplomatischem Weg diese Einkünfte aufgrund des Abkommens entsprechend der Qualifikation der Einkünfte durch die Bundesrepublik Deutschland qualifizieren. Eine Notifikation nach diesem Absatz wird erst ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

8. Zu Artikel 26

Werden aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt, so sind ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen anzuwenden:

- a) Die Verwendung der Daten durch den empfangenden Vertragsstaat ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den

Darlehen" and from "Gewinnobligationen" within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany) and

- b) under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

6. With reference to Article 12

Payments received as a consideration for technical services, or for consultancy or managerial services shall be deemed not to be payments received as a consideration for information concerning industrial, commercial or scientific experience, except to the extent that the amounts of such payments are based on production, sales, performance, profits or any other similar basis related to the use of the said information.

In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

7. With reference to Article 23

- a) Where a company being a resident of the Federal Republic of Germany distributes income derived from sources within the Republic of Estonia paragraph 1 shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of German tax law.

- b) The Federal Republic of Germany shall avoid double taxation by a tax credit as provided for in paragraph 1b) of Article 23, and not by a tax exemption under paragraph 1a) of Article 23,

aa) if in the Contracting States income is placed under differing provisions of the Agreement or attributed to different persons – other than under Article 9 (Associated Enterprises) – and this conflict cannot be settled by a procedure pursuant to Article 25 and

(i) if as a result of such placement or attribution the relevant income would be subject to double taxation; or

(ii) if as a result of such placement or attribution the relevant income would remain untaxed or be subject only to inappropriately reduced taxation in the Republic of Estonia and would (but for the application of this paragraph) remain exempt from tax in the Federal Republic of Germany; or

bb) if the Federal Republic of Germany has, after due consultation and subject to the limitations of its internal law, notified the Republic of Estonia through diplomatic channels of other items of income to which it intends to apply this paragraph in order to prevent the exemption of income from taxation in both Contracting States or other arrangements for the improper use of the Agreement.

In the case of a notification under sub-paragraph (bb) the Republic of Estonia may, subject to notification through diplomatic channels, characterise such income under the Agreement consistently with the characterisation of that income by the Federal Republic of Germany. A notification made under this paragraph shall have effect only from the first day of the calendar year following the year in which it was transmitted and any legal prerequisites under the domestic law of the notifying State for giving it effect have been fulfilled.

8. With reference to Article 26

If in accordance with domestic law personal data are exchanged under this Agreement, the following additional provisions shall apply:

- a) The data receiving Contracting State may use such data only for the stated purpose and shall be subject to the conditions

- durch den übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der empfangende Vertragsstaat unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaats erfolgen.
- d) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck sicherzustellen. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem empfangenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, wenn eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person übermittelten Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der empfangende Vertragsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Der empfangende Vertragsstaat kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch den übermittelnden Vertragsstaat verursacht worden ist.
- g) Wenn das innerstaatliche Recht des übermittelnden Vertragsstaats Fristen für die Löschung von Daten vorsieht, weist der übermittelnde Vertragsstaat bei der Übermittlung der Daten auf diese Fristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- prescribed by the data supplying Contracting State.
- b) The data receiving Contracting State shall on request inform the data supplying Contracting State about the use of the supplied data and the results achieved.
- c) Personal data may be supplied only to the responsible agencies. Any subsequent supply to other agencies may be effected only with the prior approval of the data supplying Contracting State.
- d) The data supplying Contracting State shall be obliged to ensure that the data to be supplied are accurate and that they are necessary for and commensurate with the purpose for which they are supplied. Any bans on data supply prescribed under applicable domestic law shall be observed. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the data receiving Contracting State shall be informed of this without delay. That State shall be obliged to correct or delete such data.
- e) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. There shall be no obligation to furnish this information if on balance it appears that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it. In all other respects, the right of the person concerned to be informed of the supplied data relating to him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for information is made.
- f) The data receiving Contracting State shall bear liability in accordance with its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage as a result of supply under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged person, the data receiving Contracting State may not plead to its discharge that the damage had been caused by the data supplying Contracting State.
- g) If deadlines for the deletion of data are prescribed by the domestic law of the data supplying Contracting State, that State shall indicate such deadlines on supplying the data. Irrespective of such deadlines, supplied personal data shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were supplied.
- h) The data supplying and receiving Contracting States shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data.
- i) The data supplying and receiving Contracting States shall be obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 22. Dezember 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Aserbaidschanischen Republik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Baku am 22. Dezember 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Aserbaidschanischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Aserbaidshanischen Republik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Договор
между Федеративной Республикой Германия
и Азербайджанской Республикой
о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Aserbaidshanische Republik –

Федеративная Республика Германия
и
Азербайджанская Республика

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

желая углублять экономическое сотрудничество между двумя государствами,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

strebend zu schaffen günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

сознавая, что содействие осуществлению и договорная защита этих капиталовложений могут оживить частную экономическую инициативу и приумножить благосостояние обоих народов,

haben folgendes vereinbart:

договорились о нижеследующем:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Aserbaidshanische Republik: natürliche Personen, die entsprechend der Gesetzgebung der Aserbaidshanischen Republik deren Bürger sind;

Статья 1

Для целей настоящего Договора

1. термин „капиталовложения“ охватывает все виды имущественных ценностей, и в частности
 - a) собственность в виде движимых и недвижимых предметов, а также другие имущественные права, такие как ипотечные права и права залога;
 - b) права на долевое участие и другие формы участия в компаниях;
 - c) Право требования по денежным средствам, использованным для создания экономических ценностей, или услугам, имеющим экономическую ценность;
 - d) права интеллектуальной собственности, такие как, в частности, авторские права, патенты, полезные модели, промышленные образцы и модели, товарные знаки, фирменные наименования, производственные и коммерческие тайны, технология, „ноу-хау“ и „гудвил“;
 - e) общественно-правовые концессии, включая концессии на разведку и добычу природных ресурсов;
 изменение вида вложения имущественных ценностей не затрагивает их свойство как капиталовложение;
2. термин „доходы“ означает суммы, получаемые от капиталовложения за определенный период, такие как доли прибыли, дивиденды, проценты, лицензионные или другие вознаграждения;
3. термин „граждане“ обозначает
 - a) в отношении Федеративной Республики Германия: немцев в соответствии с Основным законом Федеративной Республики Германия,
 - b) в отношении Азербайджанской Республики: физических лиц, являющихся в соответствии с законодательством Азербайджанской Республики ее гражданами;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Aserbaidschanische Republik:

Gesellschaften, Firmen, Unternehmen und andere juristische Personen, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Aserbaidschanischen Republik haben.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung

4. Термин "компания" означает

a) в отношении Федеративной Республики Германия:

любое юридическое лицо или торговое общество, прочие компании или объединения с правом юридического лица или без него, с местом расположения на территории Федеративной Республики Германия, невзирая на то, направлена ли их деятельность на получение прибыли или нет;

b) в отношении Азербайджанской Республики:

компании, фирмы, предприятия и другие юридические лица с местом расположения на территории Азербайджанской Республики.

Статья 2

(1) Каждая из Договаривающихся Сторон по мере возможностей будет способствовать капиталовложениям граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны и будет разрешать эти капиталовложения в соответствии со своим законодательством. Она в каждом случае будет обращаться с капиталовложениями со всей справедливостью.

(2) Ни одна из Договаривающихся Сторон на своей территории никоим образом не будет ущемлять за счет принятия произвольных или дискриминационных мер управление и распоряжение капиталовложениями гражданами или компаниями другой Договаривающейся Стороны, а также их применение и использование.

Статья 3

(1) Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечивает на своей территории в отношении капиталовложений, находящихся в собственности или под влиянием граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны, режим не менее благоприятный, чем в отношении капиталовложений собственных граждан или компаний или капиталовложений граждан и компаний третьих государств.

(2) Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечивает на своей территории в отношении граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны в том, что касается их деятельности в связи с капиталовложениями, режим не менее благоприятный, чем в отношении собственных граждан или компаний или граждан или компаний третьих государств.

(3) Этот режим не распространяется на преимущества, которые одна Договаривающаяся Сторона предоставляет гражданам или компаниям третьих государств в связи с их участием в таможенном или экономическом союзе, общем рынке или зоне свободной торговли или в связи с их ассоциацией с ними.

(4) Режим, предоставляемый в соответствии с настоящей Статьей, не распространяется на льготы, которые одна Договаривающаяся Сторона предоставляет гражданам или компаниям третьих государств на основании соглашения об избежании двойного налогообложения или других договоренностей по налоговым вопросам.

Статья 4

(1) Капиталовложения граждан или компаний одной Договаривающейся Стороны на территории другой Договаривающейся Стороны пользуются полной защитой и безопасностью.

(2) Капиталовложения граждан или компаний одной Договаривающейся Стороны могут быть подвергнуты мерам по принудительному изъятию, национализации или другим мерам, аналогичным им по своим последствиям, на территории другой Договаривающейся Стороны только в

oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

общественных интересах и с выплатой компенсации. Компенсация должна соответствовать стоимости изъятого капиталовложения, определенной непосредственно перед моментом, когда официально стало известно о фактически осуществленных или предстоящих мерах по принудительному изъятию, национализации или мерах с аналогичными последствиями. Компенсация должна выплачиваться незамедлительно и до момента ее выплаты на сумму компенсации начисляются банковские проценты в соответствии с действующей процентной ставкой; она должна быть практически используемой и свободно трансформируемой. Не позднее момента осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, должны быть приняты надлежащие профилактические меры по определению суммы и порядку выплаты компенсации. Должна быть предусмотрена возможность судебного рассмотрения правомерности осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, а также размера компенсации.

(3) Гражданам или компаниям одной Договаривающейся Стороны, капиталовложениям которых нанесен ущерб на территории другой Договаривающейся Стороны вследствие войны или прочих вооруженных столкновений, революции, чрезвычайного положения или мятежа, будет предоставлен этой Договаривающейся Стороной режим, не менее благоприятный в отношении возмещения убытков, отступных сумм, компенсаций или прочих вознаграждений, чем для своих граждан или компаний. Эти суммы должны быть свободно трансформируемыми.

(4) Граждане или компании одной Договаривающейся Стороны на территории другой Договаривающейся Стороны пользуются режимом наибольшего благоприятствования в отношении вопросов, урегулированных настоящей статьей.

Статья 5

Каждая из Договаривающихся Сторон гарантирует гражданам или компаниям другой Договаривающейся Стороны свободный трансферт платежей в связи с капиталовложением, в частности:

- a) капитала и дополнительных сумм для поддержания или увеличения объема капиталовложения;
- b) доходов;
- c) сумм, выплачиваемых в погашение займов;
- d) выручки, возникающей в связи с полной или частичной ликвидацией или продажей капиталовложения;
- e) компенсаций, предусмотренных в статье 4 настоящего Договора.

Статья 6

Если одна из Договаривающихся Сторон осуществляет выплату сумм своим гражданам или компаниям на основании гарантии капиталовложения на территории другой Договаривающейся Стороны, то эта другая Договаривающаяся Сторона, без ущемления для вытекающих из статьи 10 настоящего Договора прав первой Договаривающейся Стороны, будет признавать в силу закона или договора передачу первой Договаривающейся Стороне всех прав или притязаний этих граждан или компаний. Кроме того, другая Договаривающаяся Сторона признает вступление первой Договаривающейся Стороны во все эти права или притязания (переданные права требования), которые первая Договаривающаяся Сторона вправе осуществлять в том же объеме, что и ее предшественник по праву. В отношении трансферта платежей, осуществляемого на основании переданных прав требования, действуют соответственно пункты 2 и 3 статьи 4, а также статья 5 настоящего Договора.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die

Статья 7

(1) Трансферт платежей, указанный в пунктах 2 или 3 статьи 4, а также в статьях 5 или 6, будет осуществляться незамедлительно по курсу, действующему в данный момент.

(2) Этот курс должен соответствовать совмещенному курсу (cross rate), вытекающему из тех расчетных курсов, которые Международный валютный фонд взял бы за основу пересчета соответствующих валют в специальные права заимствования в момент осуществления платежей.

Статья 8

(1) Если из законодательства одной Договаривающейся Стороны или международно-правовых соглашений, существующих между Договаривающимися Сторонами наряду с настоящим Договором или заключаемых или в будущем, вытекают общее или специальное положение, согласно которому капиталовложения граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны пользуются более благоприятным режимом, чем по настоящему Договору, то такое положение будет иметь преимущество перед положениями настоящего Договора в той части, в которой оно более благоприятно.

(2) Каждая из Договаривающихся Сторон будет соблюдать любое другое обязательство, которое она приняла на себя в отношении капиталовложений граждан или компаний другой Договаривающейся Стороны на своей территории.

Статья 9

Настоящий Договор действует также в отношении капиталовложений, которые были осуществлены гражданами или компаниями одной Договаривающейся Стороны в соответствии с законодательством другой Договаривающейся Стороны на ее территории уже до вступления в силу настоящего Договора.

Статья 10

(1) Споры между Договаривающимися Сторонами о толковании или применении настоящего Договора, по возможности будут решаться правительствами двух Договаривающихся Сторон.

(2) Если спор не может быть урегулирован таким путем, то по требованию одной из Договаривающихся Сторон он передается на решение арбитражного суда.

(3) Арбитражный суд создается для каждого конкретного случая, причем каждая Договаривающаяся Сторона назначает по одному члену арбитражного суда, и оба члена арбитражного суда совместно договариваются о кандидатуре гражданина третьего государства, который назначается правительствами обеих Договаривающихся Сторон в качестве председателя арбитражного суда. Члены арбитражного суда должны быть назначены в течение двух месяцев, а председатель арбитражного суда – в течение трех месяцев с момента, когда одна из Договаривающихся Сторон сообщит другой Договаривающейся Стороне о своем намерении передать спор на решение арбитражного суда.

(4) Если сроки, указанные в пункте 3 настоящей Статьи, не будут соблюдены, то при отсутствии иной договоренности каждая Договаривающаяся Сторона может обратиться к председателю Международного суда ООН с просьбой осуществить необходимые назначения. Если председатель имеет гражданство одной из Договаривающихся Сторон или другая причина мешает ему осуществить назначения, то его заместитель осуществит их. В том случае, если и заместитель председателя имеет гражданство одной из Договаривающихся Сторон, или он лишен возможности действовать,

Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine

to назначения осуществит следующий по чину член Международного суда, не имеющий гражданства одной из Договаривающихся Сторон.

(5) Арбитражный суд выносит свое решение большинством голосов. Его решение имеет обязательную силу. Каждая из Договаривающихся Сторон несет расходы, связанные с деятельностью назначенного ею члена арбитражного суда, а также по своему представительству в арбитражном процессе; расходы, связанные с деятельностью председателя арбитражного суда, а также прочие расходы Договаривающихся Сторон несут в равных долях. Арбитражный суд может договориться о другом урегулировании вопроса о несении расходов. По всем остальным вопросам арбитражный суд определяет порядок своей работы самостоятельно.

(6) В том случае, если обе Договаривающиеся Стороны также являются государствами-сигнатариями Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 г., то с учетом положений пункта 1 статьи 27 Конвенции невозможно обратиться к вышеуказанному арбитражному суду, пока между гражданином или компанией одной Договаривающейся Стороны и другой Договаривающейся Стороной достигнута договоренность в соответствии со статьей 25 Конвенции. Этим не затрагивается возможность обратиться к вышеуказанному арбитражному суду в случае несоблюдения решения арбитражного суда, действующего в соответствии с упомянутой Конвенцией (статья 27), или в случае передачи прав в силу закона или на основании договора согласно статье 6 настоящего Договора.

Статья 11

(1) Споры относительно капиталовложений между одной Договаривающейся Стороной и гражданином или компанией другой Договаривающейся Стороны по возможности должны регулироваться сторонами в споре дружественным путем.

(2) Если спор не может быть урегулирован в течение шести месяцев с момента заявления о нем одной из сторон в споре, то по требованию гражданина или компании другой Договаривающейся Стороны он передается на решение арбитражного суда. Если стороны в споре не договариваются об иной процедуре, то следует соответственно применять пункты 3-5 статьи 10 настоящего Договора таким образом, чтобы назначение членов арбитражного суда осуществлялось сторонами в споре в соответствии с пунктом 3 статьи 10 настоящего Договора, и чтобы каждая сторона в споре – в случае несоблюдения срока, указанного в пункте 3 статьи 10 настоящего Договора и при отсутствии иной договоренности – могла просить председателя арбитражного суда Международной торговой палаты в Париже осуществить необходимые назначения. Решение арбитражного суда приводится в исполнение в соответствии с национальным законодательством.

(3) Во время арбитражного разбирательства или исполнения решения арбитражного суда участвующая в споре Договаривающаяся Сторона не будет выдвигать в качестве аргумента то, что гражданин или компания другой Договаривающейся Стороны получили частичную или полную компенсацию за понесенный ущерб на основании страхования.

(4) Если обе Договаривающиеся Стороны являются также государствами-сигнатариями Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 г., то упомянутые в настоящей статье споры между участвующими в них сторонами будут рассматриваться в арбитражном суде в соответствии с вышеуказанной Конвен-

abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Baku am 22. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, aserbaidchanischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des aserbaidchanischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

цией за исключением тех случаев, в отношении которых стороны в споре договариваются об иной процедуре; настоящим каждая Договаривающаяся Сторона дает свое согласие на такой порядок.

Статья 12

Настоящий Договор действует независимо от того, существуют ли между обеими Договаривающимися Сторонами дипломатические или консульские отношения.

Статья 13

(1) Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами будет осуществлен в г. Бонн в возможно короткий срок.

(2) Настоящий Договор вступит в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами. Он будет действовать в течение десяти лет. Если ни одна из Договаривающихся Сторон не заявит в письменной форме о денонсации настоящего Договора за двенадцать месяцев до истечения срока его действия, настоящий Договор продлевается на неограниченный срок. По истечении десяти лет действие настоящего Договора может быть прекращено в любое время при соблюдении срока денонсации в двенадцать месяцев.

(3) В отношении капиталовложений, осуществленных до момента прекращения действия настоящего Договора, положения статей 1-12 будут оставаться в силе в течение дальнейших пятнадцати лет со дня прекращения действия Договора.

Совершено в Баку 22 декабря 1995 г. в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, азербайджанском и русском языках, причем все тексты имеют силу. В случае возникновения разногласий в толковании немецкого и азербайджанского текстов, основным считается текст на русском языке.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Kinkel

Für die Aserbaidchanische Republik
За Азербайджанскую Республику
Hassanov

Protokoll Протокол

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Aserbaidschanischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet

При подписании Договора между Федеративной Республикой Германия и Азербайджанской Республикой о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений нижеподписавшие уполномоченные лица также договорились о следующих положениях, являющихся составной частью Договора.

(1) К статье 1

- a) Доходы от капиталовложения и, в случае их повторного вложения, доходы от них пользуются равной с капиталовложениями защитой.
- b) Без ущемления для других процедур определения гражданства, гражданином одной Договаривающейся Стороны, в частности, считается любое лицо, которое имеет национальный заграничный паспорт, выданный компетентными органами соответствующей Договаривающейся Стороны.

(2) К статье 2

- a) Капиталовложения, осуществленные в соответствии с законодательством одной Договаривающейся Стороны на ее территории гражданами или компаниями другой Договаривающейся Стороны, пользуются полной защитой настоящего Договора.
- b) Настоящий Договор действует также на территории исключительной экономической зоны и на континентальном шельфе, насколько международное право позволяет соответствующей Договаривающейся Стороне исполнение суверенных прав или полномочий в отношении этих территорий.

(3) К статье 3

- a) В качестве „деятельности“ в смысле пункта 2 статьи 3 настоящего Договора следует рассматривать, в частности, но не исключительно управление и распоряжение капиталовложением, а также его применение и использование. В качестве „менее благоприятного“ режима в смысле статьи 3 настоящего Договора следует, в частности, рассматривать: различия режима в случае ограничения в приобретении сырья и вспомогательных материалов, энергии и топлива, а также всех видов средств производства и оборотных средств, различия режима в случае препятствия сбыту продукции внутри страны и за границей, а также прочие меры с аналогичными последствиями. Меры, предпринимаемые в интересах общественной безопасности и общественного порядка, охраны здоровья народа или нравственности, не считаются „менее благоприятным“ режимом в смысле статьи 3 настоящего Договора.
- b) Положения статьи 3 настоящего Договора не обязуют Договаривающуюся Сторону распространять налоговые льготы, освобождения и скидки, предоставляемые в соответствии с налоговым законодательством только физическим лицам и компаниям с местом жительства или нахождения на ее территории, на физические лица или компании с местом жительства или нахождения на территории другой Договаривающейся Стороны.
- c) В рамках национального законодательства Договаривающиеся Стороны будут благожелательно рассматривать заявки на въезд и пребывание лиц одной Договаривающейся Стороны, намеревающихся приехать на тер-

der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Baku am 22. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, aserbaidtschanischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des aserbaidtschanischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

риторию другой Договаривающейся Стороны в связи с капиталовложением; данное положение распространяется также на трудящихся одной Договаривающейся Стороны, которые в связи с капиталовложением намереваются приехать на территорию другой Договаривающейся Стороны и находиться там с целью выполнения трудовой деятельности. Благожелательно будут рассматриваться также заявки на выдачу разрешения на работу.

(4) К статье 4

Право требования компенсации существует также и в том случае, если государство своими действиями вмешивается в предприятие, являющееся объектом капиталовложения, и, тем самым, причиняет ему существенный экономический ущерб.

(5) К статье 7

Трансферт считается выполненным „незамедлительно“ в смысле пункта 1 статьи 7 настоящего Договора в том случае, если он выполняется в пределах того срока, который при нормальных обстоятельствах требуется для соблюдения формальностей осуществления трансферта. Срок начинается с момента подачи соответствующей заявки и ни в коем случае не должен превышать два месяца.

(6) При перевозке груза и лиц в связи с капиталовложением ни одна из Договаривающихся Сторон не будет запрещать или препятствовать транспортным предприятиям другой Договаривающейся Стороны осуществлять транспортные операции и будет, по мере необходимости, выдавать разрешения на выполнение этих перевозок. Сюда относятся перевозки

- a) груза, предназначенного непосредственно для капиталовложения в смысле настоящего Договора, или приобретаемого на территории одной из Договаривающихся Сторон или третьего государства за счет средств или по поручению предприятия, в которое вложены имущественные ценности в смысле настоящего Договора;
- b) лиц, находящихся в командировке в связи с капиталовложением.

Совершено в Баку 22 декабря 1995 г. в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, азербайджанском и русском языках, причем все тексты имеют силу. В случае возникновения разногласий в толковании немецкого и азербайджанского текстов, основным считается текст на русском языке.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Kinkel

Für die Aserbaidtschanische Republik
За Азербайджанскую Республику
Hassanov

Gesetz
zu dem Vertrag vom 25. Juni 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Georgien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. Juni 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Georgien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2, das Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Georgien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

ხელშეკრულება
გერმანიის ფედერაციულ რესპუბლიკასა
და საქართველოს რესპუბლიკას შორის
კაპიტალდაბანდებათა ხელშეწყობისა და ურთიერთდაცვის შესახებ

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Georgien –

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკასა
და
საქართველოს

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

რესპუბლიკას სურთ რა გააღრმავონ ეკონომიკური თანამშრომლობა ორ სახელმწიფოს შორის

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

ესწრაფიან რა ერთი ქვეყნის მოქალაქეთა ან საზოგადოებათა კაპიტალდაბანდებისათვის მეორე ქვეყნის ტერიტორიაზე ხელსაყრელი პირობების შექმნას

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

შეგნებული აქვთ რა, რომ ამ კაპიტალდაბანდებათა ხელშეწყობა და ხელშეკრულებით დაცვა კერძო სამეურნეო ინიციატივის გამოცოცხლებისა და ორივე ხალხის კეთილდღეობის ამაღლებისაკენაა მიმართული –

haben folgendes vereinbart:

შეთანხმდნენ შემდეგზე:

Artikel 1

მუხლი 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

ამ ხელშეკრულების მიზნებისათვის

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

1. ცნება „კაპიტალდაბანდები“ მოიცავს ყველა სახის ქონებას, განსაკუთრებით

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;

ა) მოძრავ და უძრავ ქონებას, აგრეთვე ისეთ ნივთობრივ ქონებას, როგორცაა იპოთეკა და საფირავო უფლება;

b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;

ბ) საზოგადოებებში წილობრივი და სხვა სახით მონაწილეობის უფლებებს;

c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

გ) უფლებას იმ თანხაზე, რომელიც ეკონომიკური ფასეულობის შესაქმნელად იქნა გაღებული, ანდა უფლებას იმ მომსახურებაზე, რომელსაც ეკონომიკური ღირებულება გააჩნია;

d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

დ) უფლებებს ინტელექტუალურ საკუთრებაზე, კერძოდ საავტორო უფლებებს პატენტებს, რეგისტრირებულ პროექტებს, ხელოვნობის ნიმუშებსა და მოდელებს, მარკებს, საავტორო სახელწოდებებს, საწარმოსა და კომერციულ საიდუმლოებებს, ტექნიკურ სერვისებს, ნოუ-ჰაუსა და გუდვილს;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

ე) საზოგადოებრივ - სამართლებრივ კონცესიებს, საძიებო და მოპოვებელი კონცესიების ჩათვლით;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

ქონებრივ ფასეულებათა დაბანდების ფორმის შეცვლა არ იწვევს კაპიტალდაბანდების არსის შეცვლას;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2. ტერმინი „შემოსავალი“ გულისხმობს იმ თანხებს, რომლებიც ემატება კაპიტალდაბანდების დროის გარკვეულ მონაკვეთში მოგების წილის, დივიდენდების, პროცენტების, ლიცენზიური ან სხვა ტიპის ანაზღაურებათა სახით;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

3. ცნება „მოქალაქე“ გულისხმობს

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

ა) გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკისათვის: გერმანელი, გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის კონსტიტუციაში დაფიქსირებული გაგებით.

b) in bezug auf die Republik Georgien: Personen, die als solche nach den geltenden Rechtsvorschriften der Republik Georgien anerkannt sind;

ბ) საქართველოს რესპუბლიკისათვის: პირებს, რომელთაც ეს სტატუსი საქართველოს რესპუბლიკაში მოქმედა კანონმდებლობამ მიანიჭა;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Georgien:
jedes Wirtschaftssubjekt mit Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Georgien, gleichviel, ob seine Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschä-

4. ცნება "საზოგადოებანი" გულისხმობს

- ა) გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკისათვის:
ყოველ იურიდიულ პირს ისევე როგორც ყოველ კომერციულ ან სხვა სახის საზოგადოებას ან გაერთიანებას იურიდიული პირის უფლებით ან მის გარეშე, რომელიც გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის ტერიტორიაზე იმყოფებიან, იმისდა მიუხედავად არის თუ არა მათი საქმიანობა მიმართული მოგების მიღებისაკენ,
- ბ) საქართველოს რესპუბლიკისათვის:
ყოველ ეკონომიკურ სუბიექტს საქართველოს რესპუბლიკის ტერიტორიაზე, იმისდა მიუხედავად, არის თუ არა მისი საქმიანობა მიმართული მოგების მიღებისაკენ.

მუხლი 2

(1) ყოველი მონაწილე მხარე თავისი შესაძლებლობის ფარგლებში ხელს შეუწყობს თავის ტერიტორიაზე მეორე მონაწილე მხარის მოქალაქეებისა და საზოგადოებების კაპიტალდაბანდებებს ადგილობრივი კანონმდებლობის მიხედვით. ამ კაპიტალდაბანდებებს იგი ყოველ კონკრეტულ შემთხვევაში სამართლიანობის პრინციპების გამოყენებით მოეპყრობა.

(2) არც ერთმა მონაწილე მხარემ არავითარ შემთხვევაში არ უნდა მიაყენოს წინააღმდეგობა თვის ტერიტორიაზე მეორე მხარის მოქალაქეთა ან საზოგადოებათა კაპიტალდაბანდებების მართვისა და გამოყენების პროცესს.

მუხლი 3

(1) ყოველი მონაწილე მხარე ისევე უწყობს ხელს თავის ტერიტორიაზე მეორე მხარის მოქალაქეებისა ან საზოგადოებების საკუთრებას ან გავლენის სფეროში მყოფ კაპიტალდაბანდებებს, როგორც საკუთარი მოქალაქეებისა და საზოგადოებების ან შესაბამის ქვეყნის მოქალაქეებისა და საზოგადოებების კაპიტალდაბანდებებს.

(2) ყოველი მონაწილე მხარე ისევე უწყობს ხელს მეორე მხარის მოქალაქეებისა ან საზოგადოებების საინვესტიციო საქმიანობას თავის ტერიტორიაზე, როგორც საკუთარი მოქალაქეებისა და საზოგადოებების, ან შესაბამის ქვეყნის მოქალაქეებისა და საზოგადოებებისას.

(3) ამგვარი დამოკიდებულება არ ეხება იმ პრივილეგიებს, რომელთაც ერთი მხარე ანიჭებს შესაბამის ქვეყნის მოქალაქეებსა და საზოგადოებებს ხაბაყო ან ეკონომიკურ გაერთიანებაში, საერთო ბაზარს ან თავისუფალი ვაჭრობის ზონაში, ანდა ასოციაციაში მათი გაწევრიანების გამო.

(4) ამ მუხლით გათვალისწინებული რეჟიმი არ ვრცელდება იმ შეღავათებზე, რომელთაც ერთი მხარე შესაბამის ქვეყნის მოქალაქეებსა და საზოგადოებებს ანიჭებს ორმაგი დაბეგვრის თავიდან აცილების მიზნით დადებული ხელშეკრულების ან დაბეგვრის შესახებ სხვა ხელშეკრულების საფუძველზე.

მუხლი 4

(1) ერთი მონაწილე მხარის მოქალაქეთა ან საზოგადოებათა კაპიტალდაბანდებებისათვის გარანტირებულია სრული დაცვა და უსაფრთხოება მეორე მხარის ტერიტორიაზე.

(2) ერთი მონაწილე მხარის მოქალაქეთა ან საზოგადოებათა კაპიტალდაბანდებანი მეორე მხარის ტერიტორიაზე შეიძლება ექსპროპრიირებული, ნაციონალიზებული ან ექსპროპრიირებისა და ნაციონალიზების მსგავსი სხვა ღონისძიებით ჩამორთმეული იქნას მხოლოდ საზოგადოებრივი ინტერესებისათვის და კომპენსაციით. კომპენსაცია უნდა შეესაბამებოდეს ექსპროპრიირებული კაპიტალდაბანდების ღირებულებას, რომელიც განისაზღვრება მიმდინარე ან მოსალოდნელი ექსპროპრიირების, ნაციონალიზების ან რაიმე მსგავსი ღონისძიების საჯაროდ გამოცხადების წინა პერიოდის მიხედვით. კომპენსაცია დაუყოვნებლოდ უნდა მოხდეს და გადახდის წინ მას უნდა დაერიცხოს მიღებული საბანკო პროცენტები; იგი რეალურად გამოყენებადი და თავისუფლად ტრანსფერირებადი უნდა იყოს. არაუგვიანეს ექსპროპრიირების, ნაციონალიზების ან რაიმე მსგავსი ღონისძიების გატარებისა, მიღებული უნდა იქნას პროფილაქტიკური ზომები კომპენსაციის ოდენობის დადგენისა და

digung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

გადახდის წესის განსაზღვრის მიზნით. ექსპროპრიირების, ნაციონალიზების ან რაიმე მსგავსი ღონისძიების, ისევე როგორც კომპენსაციის ოდენობის კანონიერების შემოწმება დადგენილი იურიდიული წესით უნდა მოხდეს.

(3) ერთი მონაწილე მხარის მოქალაქენი ან საზოგადოებანი, რომელთა კაპიტალდაბანდებანი მეორე მხარის ტერიტორიაზე ომის ან შეიარაღებული კონფლიქტის, რევოლუციის, ამბოხების ან სტიქიური უბედურების შედეგად დაზარალდა, დანაკარგის ანაზღაურების, კომპენსაციის ან გასამრჯელოს მიღებისას ისარგებლებენ არანაკლები ხელშეწყობით, ვიდრე ამ უკანასკნელის მოქალაქენი ან საზოგადოებანი. ამგვარი თანხები თავისუფლად ტრანსფერირებადი უნდა იყოს.

(4) ამ მუხლში ჩამოყალიბებულ პრობლემათა გადაწყვეტისას ერთი მონაწილე მხარის მოქალაქენი ან საზოგადოებანი უპირატესი ხელშეწყობით სარგებლობენ მეორე მხარის ტერიტორიაზე.

მუხლი 5

ყოველი მონაწილე მხარე უზრუნველყოფს მეორე მხარის მოქალაქეების ან საზოგადოებებისათვის კაპიტალდაბანდებთან დაკავშირებული თანხების თავისუფალ ტრანსფერირებას . იგულისხმება

- ა) კაპიტალი და კაპიტალდაბანდების შენარჩუნებისა ან გაზრდისათვის საჭირო დამატებითი თანხები;
- ბ) შემოსავლები;
- გ) სესხების გასასტუმრებელი თანხები;
- დ) ამონაგები კაპიტალდაბანდების სრული ან ნაწილობრივი ლიკვიდირების ან გაყიდვის შემთხვევაში;
- ე) კომპენსაციები . რომელნიც მე-4 მუხლითაა გათვალისწინებული.

მუხლი 6

თუ ერთი მონაწილე მხარე გადაუხდის თავის მოქალაქეებს ან საზოგადოებებს თანხას მეორე მხარის ტერიტორიაზე განლაგებული კაპიტალდაბანდების სავარანტიოდ, მაშინ ეს უკანასკნელი, მეათე მუხლიდან გამომდინარე, პირველად ნახსენები მხარის უფლებამოსილების შებღალვის გარეშე, კანონის ან იურიდიული გარიგების საფუძველზე ცნობს პირველად ნახსენები მხარისათვის ამ მოქალაქეებისა. ან საზოგადოებების მთელი უფლებების ან პრეტენზიების გადაცემას. მეორე მხარე ცნობს აგრეთვე პირველად ნახსენები მხარის უფლებამოსილების გავრცელებას ყველა იმ უფლებებზე ან პრეტენზიებზე/გადაცემული პრეტენზიები/, რომელთა გამოყენებაც შეუძლია პირველად ნახსენებ მხარეს იმავე მოცულობით. რაც მის უფლებრივ წინამორბედს. გადაცემული პრეტენზიების საფუძველზე გადარიცხვის ტრანსფერტისათვის გამოყენებული უნდა იქნას მეოთხე მუხლის მე-2 და მე-3 პუნქტები და მესხუთე მუხლი.

მუხლი 7

(1) მეოთხე მუხლის მე-2 და მე-3 პუნქტებში, მესხუთე და მეექვსე მუხლებში აღნიშნული თანხების გადაგზავნა უნდა მოხდეს დაუყოვნებლივ, მოცემულ მომენტში არსებული სავალუტო-გაცვლითი კურსის საფუძველზე.

(2) ეს სავალუტო-გაცვლითი კურსი უნდა შეესაბამებოდეს კროს-კურსს, რომელიც იმ გადასაანგარიშებელი კურსების ბაზაზე იქმნება, რომლებსაც ეყრდნობა საერთაშორისო სავალუტო ფონდი იმ შემთხვევაში, თუ მოხდება ვალუტის გადაანგარიშება სხვის ადების განსაკუთრებულ უფლებებზე.

მუხლი 8

(1) თუ რომელიმე ხელმოწერილი მხარის კანონმდებლობა ან ორმხრივი შეთანხმების პარალელურად არსებული ან მოსალოდნელი საერთაშორისო - სამართლებრივი ვალდებულებანი მხარეებისა შეიცავს ზოგად ან სპეციფიკურ დებულებას, რომელიც მეორე ხელმოწერილი მხარის მოქალაქეთა ან საზოგადოებთა კაპიტალდაბანდებებს უფლებას აძლევს ისარგებლონ უფრო ხელსაყრელი პირობებით ვიდრე ეს ამ ხელშეკრულებითაა გათვალისწინებული, მაშინ ეს დებულება პრივალირებს ამ ხელშეკრულებაზე, რადგანაც იგი უფრო ხელსაყრელია.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) ყოველმა ხელმომწერმა მხარემ უნდა შეასრულოს ყოველი სხვა ვალდებულება, რომელიც მან თავის ტერიტორიაზე მეორე მხარის მოქალაქეებისა ან საზოგადოებების კაპიტალდაბანდებათა მიმართ იკისრა.

მუხლი 9

წინამდებარე ხელშეკრულება ვრცელდება აგრეთვე იმ კაპიტალდაბანდებაზე, რომელიც ერთი მხარის მოქალაქეებმა ან საზოგადოებებმა მეორე მხარის ტერიტორიაზე მისი კანონმდებლობის გათვალისწინებით ჯერ კიდევ ამ ხელშეკრულების ძალაში შესვლამდე შექმნეს.

მუხლი 10

(1) უთანხმოებანი ხელმომწერი მხარეთა შორის წინამდებარე ხელშეკრულების განმარტების ან გამოყენების თაობაზე, შესაძლებლობის ფარგლებში ორივე ხელმომწერი მხარის მთავრობებმა უნდა მოაგვარონ.

(2) თუ დავა ამ საშუალებით არ მოგვარდა, მაშინ ერთი რომელიმე მხარის მიერ იგი სამედიატორო სასამართლოს გადაეცემა.

(3) სამედიატორო სასამართლო რომელიმე კონკრეტული შემთხვევის გამო იქმნება. ორივე მხარე ნიშნავს თითო წევრს, რომლებიც თავმჯდომარედ მესამე ხელმომწერი წარმომადგენელს ირჩევენ. მისი კანდიდატურას ადასტურებენ ორივე ხელმომწერი მხარის მთავრობები. წევრები ინიშნებიან ორ თვეში. თავმჯდომარე კი სამ თვეში იმ მომენტიდან, როცა ერთმა მონაწილე მხარემ მეორეს აცნობა, რომ სურს უთანხმოების თაობაზე სასამართლოს მიმართოს.

(4) თუ მესამე პუნქტში აღნიშნული ვიდა არ იქნა დაცული. მაშინ რომელიმე სხვა ხელშეკრულების არარსებობისას, ყოველ მხარეს შეუძლია მიმართოს საერთაშორისო უმაღლეს სასამართლოს პრეზიდენტს, რათა მან განასორციელოს საჭირო დანიშნვები. თუ პრეზიდენტი ერთ-ერთი მხარის მოქალაქეა, ან თუ მას რაიმე სხვა გარემოება უშლის ხელს, მაშინ დანიშნვებს ვიცეპრეზიდენტი ანსორცილებს. თუ ვიცეპრეზიდენტიც ერთ-ერთი ხელმომწერი მხარის მოქალაქეა, ან მასაც რაიმე გარემოება უშლის ხელს, მაშინ დანიშნვები უმაღლეს სასამართლოში მომდევნო რანგის მქონე წევრმა უნდა განასორციელოს. რომელიც არაა რომელიმე მხარის მოქალაქე.

(5) სამედიატორო სასამართლო გადაწყვეტილებას სმების უმრავლესობის საფუძველზე იღებს. მისი გადაწყვეტილებანი აუცილებელია ორივე მხარისათვის. ორივე ხელმომწერი მხარე კისრულობს სამედიატორო სასამართლოში თავისი წარმომადგენლის ან თავისი ინტერესების დამცველის სარგებეს; თავმჯდომარისა და სხვა სარგებებს თანაბრად ინაწილებს ორივე ხელმომწერი მხარე. სამედიატორო სასამართლოს შეუძლია სხვაგვარად გადაანაწილოს სარგებები. ჩვეულებრივ სამედიატორო სასამართლო თვითონ განსაზღვრავს თავის პროცედურას.

(6) თუ ორივე ხელმომწერი მხარე 1965 წლის 16 მარტის ქვეყნებსა და სხვა ხელმომწერთა მოქალაქეებს შორის საინვესტიციო დავების მოგვარების კონვენციის წევრია, მაშინ მათ ამ კონვენციის 27-ე მუხლის 1-ი პუნქტის თანახმად არ უნდა მიმართონ სამედიატორო სასამართლოს, რადგან როგორც ერთი ისე მეორე ხელმომწერი მხარის მოქალაქეებსა ან საზოგადოებებს შორის ამ კონვენციის 25-ე მუხლის თანახმად შეთანხმება არსებობს. ეს არ გამოირიცხავს სამედიატორო სასამართლოსადმი მიმართვას იმ შემთხვევაში, თუ მე-2 მუხლის შესაბამისად შექმნილი სამედიატორო სასამართლოს გადაწყვეტილება არ სრულდება, ან წინამდებარე ხელშეკრულების მე-2 მუხლის მიხედვით უფლებამოსილების გადაცემისას.

მუხლი 11

(1) დავა კაპიტალდაბანდებათა შესახებ ერთ-ერთ ხელმომწერი მხარესა და მეორე მხარის მოქალაქეებსა ან საზოგადოებებს შორის შეტლებისდაგვარად მხარეთა მგობრული მოლაპარაკების გზით უნდა მოგვარდეს.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Tiflis ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
გერმანიის ფედერაციული საქართველოს რესპუბლიკის
Kinkel

Für die Republik Georgien
რესპუბლიკის სახელით სახელით
Tschikwaidse

(2) თუ ერთ-ერთი მხარის მიერ განცხადების მომენტიდან ექვსი თვის ვადაში არ მოხერხდა დავის გადაწყვეტა, მაშინ საკითხი მეორე მხარის მოქალაქის ან საზოგადოების მოთხოვნით გასარჩევად გადაეცემა სამედიატორო სასამართლოს. თუ მოდავენი დათმობაზე არ წაუვლენ, მაშინ გამოყენებულ უნდა იქნას მე-10 მუხლის მე-3 დან მე-5 პუნქტები იმის შიითებით, რომ სამედიატორო სასამართლოს წევრები მოდავე მხარეთა მიერ მე-10 მუხლის მე-3 პუნქტის საფუძველზე ინიშნებიან. თუ მე-10 მუხლის მე-3 პუნქტში აღნიშნული ვადა არ იქნა დაცული, სხვა შეთანხმების არარსებობის შემთხვევაში ყოველ მოდავე მხარეს შეუძლია სოსოგოს საერთაშორისო სავაჭრო პალატის სამედიატორო სასამართლოს პრეზიდენტს პარიზში. რათა მან მოახდინოს საქირო დანიშნები. სამედიატორო სასამართლოს გადაწყვეტილება შიდასახელმწიფოებრივი კანონმდებლობის საფუძველზე უნდა იქნას განხორციელებული.

(3) სამედიატორო განხილვის ან სასამართლოს განაჩენის სისრულეში მოყვანის პროცესში დავის მონაწილე ერთი მხარე არ იქნება წინააღმდეგი იმისა, თუ მეორე მხარის მოქალაქე ან საზოგადოება დაზღვევისაგან ზარალის ნაწილობრივ ან სრულ კომპენსაციას მიიღებს.

(4) თუ ორივე ხელმომწერი მხარე გახდა 1965 წლის 18 მარტის ქვეყნებსა და სხვა სახელმწიფოთა მოქალაქეებს შორის საინვესტიციო დავების მოგვარების კონვენციის წევრი, მაშინ დავა მხარეებს შორის ამ კონვენციის საფუძველზე სამედიატორო სასამართლოში გაიხრევა, თუ მხარეები არ მიადწევენ რაიმე სხვა შეთანხმებას; ამით ყოველი ხელმომწერი მხარე თანხმობას აცხადებს ამ პროცედურაზე.

მუხლი 12

წინამდებარე ხელშეკრულება ძალაშია იმისდა მიუხედავად, არსებობს თუ არა ორ ხელმომწერ მხარეს შორის დიპლომატიური ან საკონსულულო ურთიერთობა.

მუხლი 13

(1) წინამდებარე ხელშეკრულება რატიფიცირებულ უნდა იქნას სარატიფიკაციო სიგელები უნდა გაიცვალოს რაც შეიძლება მალე.

(2) წინამდებარე ხელშეკრულება ძალაში შედის სარატიფიკაციო სიგელების გაცვლიდან ერთი თვის შემდეგ. იგი ათი წლის განმავლობაში იქნება ძალაში, ამის შემდეგ იგი შეიძლება განუსაზღვრელი დროით იქნას გაგრძელებული. იქამდე სანამ ერთ-ერთი ხელმომწერი მხარე თორმეტი თვით ადრე არ განაცხადებს წერილობით, რომ სურს ხელშეკრულების დენონსაცია. ათი წლის შემდეგ ხელშეკრულება თორმეტი თვის ვადაში შეიძლება იქნას დენონსირებული.

(3) იმ კაპიტალდაბანდებათათვის, რომლებიც წინამდებარე ხელშეკრულების მოქმედების შეწყვეტამდე იქნება განხორციელებული, შეწყვეტის დღიდან ოცი წლის მანძილზე ძალაში რჩება 1-დან მე-12 მუხლები.

ხელმოწერილია 1993 წ. 25 ივნისს გერმანულ და ქართულ ენებზე, ამასთან ორივე ტექსტს თანაბარი ძალა აქვს.

Protokoll

№ 30

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Georgien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

კაპიტალდაბანდების წახალისებისა და მათი ორმხრივი დაცვის შესახებ გერმანიის ფედერაციულ რესპუბლიკასა და საქართველოს რესპუბლიკას შორის ხელშეკრულების ხელმოწერისას, უფლებამოსილებით აღჭურვილმა პირებმა დამატებით გამოიმუშავეს შემდეგი დებულებანი, რომლებიც წინამდებარე ხელშეკრულების შემადგენელ ნაწილს წარმოადგენენ:

(1) დამ. 1 მუხლზე

- a) კაპიტალდაბანდებიდან ამოკებული შემოსავალი ისევე როგორც მისი კვლავ დაბანდების გზით მიღებული შემოსავალი ისეთივე დაცვით სარგებლობს, როგორც კაპიტალდაბანდება.
- b) მოქალაქეობის დადგენის სხვა საშუალებასთან ერთად ერთ-ერთი ხელმოწერი მხარის მოქალაქედ ჩათვლება ყოველი პირი, ვისაც შესაბამისი მხარის კომპეტენტურ ხელისუფალთა მიერ გაცემული საზღვარგარეთ წასასვლელი ეროვნული პასპორტი გააჩნია.

(2) დამ. მე-2 მუხლზე

- a) ერთ-ერთი ხელმოწერი მხარის კანონმდებლობის შესაბამისად მისი იურისდიქციის გავრცელების ფარგლებში მეორე მხარის მოქალაქეთა ან საზოგადოებათა მიერ განხორციელებული კაპიტალდაბანდებანი მოლიანადაა დაცული წინამდებარე ხელშეკრულებით.
- b) წინამდებარე ხელშეკრულება ვრცელდება აგრეთვე განსაკუთრებულ ეკონომიკურ ზონებსა და კონტინენტალურ შეღწევი იმისდა მიხედვით, თუ რამდენად ანიჭებს საერთაშორისო სამართალი რომელიმე კონკრეტულ ხელმოწერი მხარეს ამ ტერიტორიაზე თავისი სუვერენული უფლებების ან რწმუნებების განხორციელების საშუალებას.

(3) დამ. მე-3 მუხლზე

- a) მე-3 მუხლის მე-2 პუნქტის მიხედვით ტერმინი „მოღვაწეობა“ ნიშნავს განსაკუთრებით, მაგრამ არა მხოლოდ, კაპიტალდაბანდების მართვას, განმგებლობას და გამოყენებას. მე-3 მუხლის მიხედვით „ნაკლები ხელშეწყობის რეჟიმი“ ნიშნავს: ნედლეულის და სუბპროდუქტების, ენერჯისა და საწვავის აგრეთვე ყველა ხაზის წარმოებისა და მართვის საშუალებების შესყიდვის შეზღუდვას, პროდუქციის მარკეტინგის შეფერხებას სახელმწიფოს შიგნით ან მის ფარგლებს გარეთ, ისევე როგორც სხვა მსგავს ღონისძიებებს. მე-3 მუხლის მიხედვით „ნაკლები ხელშეწყობის რეჟიმი“ არ ითვლება ის ღონისძიებანი, რომლებიც ჯანმრთელობის ან მორალის დაცვის მიზნით სორციელდება.
- b) მე-3 მუხლის დებულებანი არ ავალდებულებენ რომელიმე მონაწილე მხარეს გააგრძელოს მეორე მხარის ტერიტორიაზე მყოფ პირებსა და საზოგადოებებზე ის გამოწვევები და შეღავათები, რომლებიც საგადასახადო კანონმდებლობით მხოლოდ მის ტერიტორიაზე მყოფ ფიზიკურ პირებსა და საზოგადოებებს ეძლევათ.
- გ) ხელმოწერი მხარეები შეიძლება შეიმუშაონ კანონმდებლობის ფარგლებში კეთილმოსურნედ განხილავენ მეორე მხარის ტერიტორიაზე კაპიტალდაბანდების გამო ერთ-ერთ ხელმოწერი მხარის მოქალაქეთა განცხადებებს ქვეყანაში შესვლისა და ყოფნის შესახებ; იგივე ეხება ერთ-ერთ ხელმოწერი მხარის იმ მომსახურებებს, რომელთაც კაპიტალდაბანდებასთან დაკავშირებით სურთ მეორე მხარის ტერიტორიაზე შესვლა, იქ ყოფნა და მუშაობა. ამავე კეთილმოსურნედ უნდა იქნას განხილული განცხადებები მუშაობაზე ნებართვის შესახებ.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 in ein Gemeinschaftsunternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

a) Während einer Übergangszeit bis zur Einführung einer nationalen Währung, aber nicht später als bis zum 31. Dezember 1993, wird die Republik Georgien alle Anstrengungen unternehmen, die für den Transfer erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den Transfer von Erträgen.

Unabhängig davon sind Entschädigungen nach Artikel 4 dieses Vertrags frei transferierbar.

b) Nach Einführung einer nationalen Währung oder nach Ablauf der oben genannten Übergangszeit gilt Artikel 5 uneingeschränkt.

(6) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
გერმანიის ფედერაციული საქართველოს რესპუბლიკის
Kinkel

Für die Republik Georgien
რესპუბლიკის ხალხით ხატულით
Tschikwaidse

(4) დამ. მე-4 მუხლზე

პრეტენზია კომპენსაციაზე მაშინაც შეიძლება იქნას წამოყენებული, თუ, როგორც ეს მე-4 მუხლის მე-2 პუნქტშია ჩამოყალიბებული, სახელმწიფოს მიერ გატარებულმა ღონისძიებამ იმ საწარმოს მიმართ, რომელშიც კაპიტალდაბანდება განხორციელდა, ამ უკანასკნელის ეკონომიკური მდგომარეობის სერიოზული გაუარესება გამოიწვია.

(5) დამ. მე-5 მუხლზე

ა) გარდამავალ პერიოდში, ეროვნული ვალუტის შემოღებამდე, მაგრამ არა უგვიანეს 1993 წლის 31 დეკემბრის საქართველოს რესპუბლიკა ყველა ზომებს მიიღებს იმისათვის, რათა გამოინახოს ტრანსფერტისათვის, განსაკუთრებით შემოსავლების ტრანსფერტისათვის საჭირო ვალუტა.

ამისაგან დამოუკიდებლად წინამდებარე ხელშეკრულების მე-4 მუხლის მიხედვით კომპენსაციები თავისუფლად ტრანსფერირებადია.

ბ) ეროვნული ვალუტის შემოღების შემდეგ ან ზემოაღნიშნული გარდამავალი პერიოდის გახვლის შემდეგ შეუზღუდავად მოქმედებს მე-5 მუხლი.

(6) დამ. მე-7 მუხლზე

მე-7 მუხლის 1 პუნქტის შესაბამისად "დაუყოვნებლივ" განხორციელებულად ითვლება ის ტრანსფერტი, რომელიც ჩვეულებრივად ტრანსფერტის ფორმალობათა მოსაგვარებლად საჭირო ვადაში განხორციელდება. ვადა იწყება შესაბამისი განცხადების მომენტიდან და მან არაუთარ შემთხვევაში არ უნდა გადააჭარბოს ორ თვეს.

(7) არც ერთი ხელმოწერი მხარე არ დააბრკოლებს მეორე მხარის სატრანსპორტო ფირმებს კაპიტალდაბანდებებთან დაკავშირებული ტვირთისა და პირების ტრანსპორტირებისას. საჭიროების შემთხვევაში იგი ვაცემს ტრანსპორტირების განხორციელებისათვის საჭირო ნებართვას. აქ იგულისხმება ტრანსპორტირება

ა) იმ ტვირთისა, რომელიც უშუალოდ ხელშეკრულების მიხედვით კაპიტალდაბანდებისთვისაა გამოწვნილი ან რომელიც ერთი ფირმის მიერ ანდა ფირმის დავალებით იქნა შექმნილი ერთ-ერთი ხელმოწერი მხარის ან მესამე ქვეყნის ტერიტორიაზე, სადაც ხელშეკრულების მიხედვით ქონებაა დეპონირებული;

ბ) იმ პირებისა, რომელნიც კაპიტალდაბანდებისთან დაკავშირებით მოგზაურობენ.

ხელმოწერილია 1993 წ. 25 ივნისს გერმანულ და ქართულ ენებზე. ამასთან ორივე ტექსტს თანაბარი ძალა აქვს.

Der Minister
für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Georgien

Bonn, den 25. Juni 1993

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 25. Juni 1993

Herr Minister,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Georgien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Georgien wird nach der Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Georgien schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Georgien schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Mit dem Inkrafttreten des heute unterzeichneten Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Georgien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Georgien außer Kraft.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Tschikwaidse

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister
des Auswärtigen
Herrn Dr. Klaus Kinkel
Bonn

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang der Note der Regierung der Republik Georgien vom 25. Juni 1993 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige
Angelegenheiten der
Republik Georgien
Herrn Aleksandr Dawidowitsch Tschikwaidse

Gesetz
zu dem Vertrag vom 3. Mai 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kenia
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Nairobi am 3. Mai 1996 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kenia
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Kenya
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Kenia –

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Kenya –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations –

haben folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

For the purposes of this Treaty

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, eingetragene Geschmacksmuster, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

1. the term “investments” comprises every kind of asset, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, registered designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
 - (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;
2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
3. the term “nationals” means
 - (a) in respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,

b) in bezug auf die Republik Kenia:

Kenianer im Sinne der Gesetze der Republik Kenia;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Republik Kenia:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die im Hoheitsgebiet der Republik Kenia ansässig ist, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Instandhaltung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlagen unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich

(b) in respect of the Republic of Kenya:

Kenians within the meaning of the laws of the Republic of Kenya;

4. the term "companies" means

(a) in respect of the Federal Republic of Germany:

any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,

(b) in respect of the Republic of Kenya:

any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its residence within the Republic of Kenya irrespective of whether or not its activities are directed at profit.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatments shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation

bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung,

shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) the returns;
- (c) the repayment of loans;
- (d) the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Article 7

(1) Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange.

(2) This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling invest-

durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

ments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Divergencies between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting Parties.

(2) If a divergency cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States the arbitration tribunal provided for above may in consideration of the provisions of Article 27(1) of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under Article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitration tribunal in the event that a decision of the Arbitration Tribunal established under the said Convention is not complied with (Article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Treaty.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Nairobi am 3. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Walter Lammert
Michael Gerdts

Für die Republik Kenia
For the Republic of Kenya
Mudavadi

Article 11

(1) Divergencies concerning investments between a Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the divergency cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the national or company of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the divergency shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 12

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of Articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of fifteen years from the date of termination of this Treaty.

Done at Nairobi on this 3rd day of May 1996 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Protokoll

Protocol

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszuweiten.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Kenya concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) Ad Article 1

- a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.

(2) Ad Article 2

- a) Investments made, in accordance with the legislation of either Contracting Party, within the territory of that Contracting Party by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the Treaty.
- b) The Treaty shall also apply to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

(3) Ad Article 3

- a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3(2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.
- b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
- c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten. Ungeachtet dieser Bestimmung darf die Republik Kenia den Erlös aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage gemäß Artikel 5 Buchstabe d innerhalb einer Frist von höchstens drei Monaten transferieren.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschließen noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Nairobi am 3. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Ad Article 4

A claim to compensation shall also exist when, as a result of State intervention in the company in which the investment is made, its economic substance is severely impaired.

(5) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 (1) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months. Notwithstanding this provision the Republic of Kenya is permitted to carry out transfers of proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of an investment as referred to in Article 5 (d) within a period not exceeding three months.

(6) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;
- (b) persons travelling in connection with an investment.

Done at Nairobi on this 3rd day of May 1996 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Walter Lammert
Michael Gerdts

Für die Republik Kenia
For the Republic of Kenya
Mudavadi

Gesetz
zu dem Abkommen vom 29. Oktober 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Saudi-Arabien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Riad am 29. Oktober 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Saudi-Arabien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Saudi-Arabien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

اتفاقية
بين جمهورية ألمانيا الاتحادية
والمملكة العربية السعودية
حول التشجيع والحماية المتبادلة للاستثمارات

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Saudi-Arabien –

ان جمهورية ألمانيا الاتحادية
و
المملكة العربية السعودية

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

رغبة منهما في تكثيف التعاون الاقتصادي بين البلدين.

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

ولعزمهما على تهيئة ظروف مواتية للاستثمار من قبل مستثمرى أى من الدولتين فى أراضي الدولة الأخرى،

in der Erkenntnis, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

وانطلاقاً من ادراكهما بأن تشجيع وحماية هذه الاستثمارات من شأنهما تشجيع مبادرت القطاع الخاص على القيام بالاعمال الاستثمارية وزيادة الرفاه الاقتصادى لكلا البلدين،

haben folgendes vereinbart:

قد اتفقتا على مايلي:

Artikel 1

المادة الأولى

Für die Zwecke dieses Abkommens

لأغراض هذه الاتفاقية:

1. bezeichnet der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die im Eigentum eines Investors einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung stehen oder von ihm kontrolliert werden, insbesondere, aber nicht ausschließlich

١ - يعنى اصطلاح (استثمار) كل نوع من الأصول المملوكة لمستثمر أو التي يسيطر عليها مستثمر من دولة متعاقدة فى أرض الدولة المتعاقدة الأخرى وفقاً لتشريع تلك الدولة، ويشمل على وجه الخصوص دون حصر مايلي:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige materielle Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte, Aktien und Schuldverschreibungen von Gesellschaften und andere Arten von Rechten oder Beteiligungen an Gesellschaften sowie von einer Vertragspartei oder einem ihrer Investoren ausgegebene Wertpapiere;
- c) Ansprüche auf Geld, wie z. B. Darlehen, oder auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben, im Zusammenhang mit Kapitalanlagen;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf Urheberrechte, Patente, gewerbliche Muster, Know-how, Marken, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, Handelsnamen, Goodwill;
- e) ein kraft Gesetzes oder gemäß einem öffentlichen Auftrag übertragenes Recht oder in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht ausgegebene Lizenzen, Genehmigungen oder Konzessionen;
- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, insbesondere Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenzentgelte, Kapitalgewinne oder andere Entgelte oder Zahlungen;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“
- a) in bezug auf das Königreich Saudi-Arabien:
- I. natürliche Personen, die gemäß der Gesetzgebung des Königreichs Saudi-Arabien die Staatsangehörigkeit des Königreichs Saudi-Arabien besitzen,
- II. jedes Rechtssubjekt, mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, das gemäß den Gesetzen des Königreichs Saudi-Arabien geschaffen worden ist und seinen Hauptsitz in seinem Hoheitsgebiet hat, wie z. B. Kapitalgesellschaften, Unternehmen, Genossenschaften, Gesellschaften, Personengesellschaften, Geschäftsstellen, Niederlassungen, Fonds, Organisationen, Wirtschaftsverbände und andere ähnliche Rechtssubjekte, gleichviel, ob sie beschränkt haften oder nicht,
- III. die Regierung des Königreichs Saudi-Arabien und seine Finanzeinrichtungen und -behörden wie die Saudi Arabian Monetary Agency, staatliche Fonds und andere ähnliche Regierungsinstitutionen in Saudi-Arabien;
- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- I. Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- II. jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die gemäß deren Gesetzen gegründet worden ist und ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.
- أ) الممتلكات المنقولة وغير المنقولة وكذلك أية حقوق أخرى مترتبة على رهونات عقارية، أو حق حجز ممتلكات مدين وفاء لدين، أو تعهدات أو حق الانتفاع بالريع لمدة معينة والحقوق المماثلة.
- ب) الأسهم وأسهم الشركات والسندات الخاصة بالشركات وأية حقوق أو مصالح أخرى في شركات وفي الأوراق المالية التي تصدرها دولة متعاقدة أو أي من مستثمريها.
- ج) المطالبات بالأموال مثل القروض أو أى عمل له قيمة اقتصادية مرتبط بالاستثمار.
- د) حقوق الملكية الفكرية والتي تشمل ولا تقتصر على حقوق الطبع وبراءات الاختراع والتصاميم الصناعية والمعرفة الفنية، والعلامات التجارية الفارقة، وأسرار التجارة والأعمال، والأسماء والشهرة التجارية.
- هـ) أى حق يخوله قانون أو عقد عام أو أية تراخيص أو تصاريح أو امتيازات أصدرت وفقاً للقانون.
- أى تغيير في الشكل الذى تستثمر به الأصول أو يعاد استثمارها لايؤثر على تصنيفها كاستثمارات.
- ٢ - يعنى اصطلاح (العائدات) المبالغ التى يدرها الاستثمار وتشمل بصفة خاصة الأرباح أو أرباح الأسهم، الفوائد أو المكاسب الرأسمالية أو الاتاوات أو أية رسوم أو مدفوعات مماثلة.
- ٣ - يعنى اصطلاح (مستثمر) فيما يتعلق بكل طرف متعاقد:
- أ) فيما يتعلق بالمملكة العربية السعودية:
- ١ - الأشخاص الطبيعيين الحاملين لجنسية المملكة العربية السعودية وفقاً لأنظمة المملكة العربية السعودية.
- ٢ - أى كيان له أو ليس له شخصية قانونية تم تأسيسه وفقاً لأنظمة المملكة العربية السعودية وله مقره الرئيسى فى أراضيهما مثل الهيئات، والمؤسسات والجمعيات التعاونية، والشركات والشراكات، والمكاتب والمنشآت والصناديق والمنظمات وجمعيات الاعمال أو الكيانات المماثلة، بغض النظر عما اذا كانت محدودة المسؤولية أم خلاف ذلك.
- ٣ - حكومة المملكة العربية السعودية ومؤسساتها وهيئاتها المالية مثل مؤسسة النقد العربى السعودى والصناديق العامة والمؤسسات الحكومية المماثلة الموجودة فى المملكة العربية السعودية.
- ب) فيما يتعلق بجمهورية المانيا الاتحادية:
- ١ - الألمان فى اطار معنى القانون الأساسى لجمهورية المانيا الاتحادية.
- ٢ - أى شخص قانونى أو أية شركة تجارية أو شركة أو جمعية أخرى لها أو ليس لها شخصية قانونية تأسست وفقاً لقوانينها ولها مقرها فى أرض جمهورية المانيا الاتحادية بغض النظر عما اذا كانت أنشطتها موجهة لتحقيق الربح من عدمه.

Artikel 2

المادة الثانية

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch und die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder ihr Verfügungsrecht über diese Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

١ - تقوم كل دولة متعاقدة فى أرضها بتشجيع استثمار رأس المال من قبل مستثمري الدولة المتعاقدة الأخرى بقدر ما يمكن والسماح بدخول هذه الاستثمارات طبقاً لتشريعاتها، كما تقوم فى أى حال من الاحوال بمعاملة هذه الاستثمارات بمعاملة عادلة ومتكافئة.

٢ - لاتتخذ أى من الدولتين المتعاقدتين بأى حال من الاحوال أية تدابير تعسفية أو مميزة من شأنها أن تضعف ادارة أو صيانة أو استخدام أو التمتع باستثمارات مستثمري الدولة المتعاقدة الأخرى أو التصرف فيها فى أرضها.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt einmal zugelassene Kapitalanlagen und Erträge aus Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig als Kapitalanlagen und Erträge aus Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Gemäß ihren Gesetzen und Vorschriften behandelt jede Vertragspartei einmal zugelassene Kapitalanlagen und Erträge aus Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig als Kapitalanlagen und Erträge aus Kapitalanlagen ihrer Investoren.

(3) Jede Vertragspartei behandelt die Investoren der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit der Verwaltung, der Verwendung, dem Gebrauch und der Nutzung von Kapitalanlagen, dem Verfügungsrecht über Kapitalanlagen, den Mitteln zur Sicherung ihrer Rechte hinsichtlich dieser Kapitalanlagen wie Transfers und Abfindungen oder jeder damit einhergehenden Tätigkeit auf ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre Investoren oder die Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung günstiger ist.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 3 dieses Artikels beziehen sich jedoch nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zollunion, in einer Wirtschaftsunion, in einem gemeinsamen Markt oder in einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(5) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen von der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen umgehende, angemessene und effektive Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen nicht diskriminierend sind und im Einklang mit den allgemeinen nationalen Gesetzen stehen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit einem Zinssatz zu verzinsen, der auf der Grundlage des marktüblichen Zinssatzes festgelegt wird; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

المادة الثالثة

١ - ممنوع كل من الدولتين المتعاقدين الاستثمارات - بمجرد السماح بها وعوائدها الخاصة. مستثمري الدولة المتعاقدة الاخرى معاملة لا تقل مواتاة عن المعاملة التي تمنحها للاستثمارات او عوائد الاستثمارات الخاصة. مستثمري دولة ثالثة.

٢ - وفقا لقوانينها وانظمتها - ممنوع كل من الدولتين المتعاقدين الاستثمارات بمجرد السماح بها وعوائدها الخاصة. مستثمري الدولة المتعاقدة الاخرى معاملة لا تقل مواتاة عن المعاملة التي تمنحها للاستثمارات وعوائد الاستثمارات الخاصة. مستثمريها.

٣ - ممنوع كل دولة متعاقدة مستثمري الدولة المتعاقدة الاخرى فيما يتعلق ببادرة وصيانة واستخدام الاستثمارات والتمتع بها أو التصرف فيها أو بوسائل تأكيد حقوقهم في مثل هذه الاستثمارات كالتحويلات والتعويض أو أى نشاط آخر له ارتباط بذلك في أراضيها معاملة لا تقل مواتاة عن المعاملة التي تمنحها لمستثمريها أو لمستثمري أية دولة ثالثة أيهما أفضل.

٤ - لا تسرى النصوص الواردة في الفقرات ١، ٢، ٣ من هذه المادة على المزايا التي تمنحها أى من الدولتين المتعاقدين الى مستثمري دولة ثالثة بفضل عضويتها في أو ارتباطها بانحداء جمركي أو اتحاد اقتصادي أو سوق مشتركة أو منطقة للتجارة الحرة.

٥ - لا تسحب المعاملة الممنوحة بموجب هذه المادة على المزايا التي تمنحها أى من الدولتين المتعاقدين لمستثمري دولة ثالثة وفقا لاتفاقية تتعلق بالازدواج الضريبي أو اتفاقيات اخرى فيما يتعلق بالامور الضريبية.

المادة الرابعة

١ - تتمتع الاستثمارات الخاصة. مستثمري أو من الدولتين المتعاقدين بالحماية والامن الكاملين في ارض الدولة المتعاقدة الاخرى.

٢ - لا تتم مصادرة أو تأميم الاستثمارات التي يقوم بها مستثمرون من أى من الدولتين المتعاقدين ولا يتم اخضاعها لأية اجراءات تترتب عليها آثار لها مفعول المصادرة أو التأميم وذلك من قبل الدولة المتعاقدة الاخرى باستثناء أن يكون ذلك للمنفعة العامة لتلك الدولة ومقابل تعويض عاجل ومناسب وفعال وبمشرط ألا تكون هذه الاجراءات مميزة وطبقا للقوانين الداخلية ذات التطبيق العام. مثل هذا التعويض يكون معادلا لقيمة الاستثمار الذي تمت مصادرته مباشرة قبل التاريخ الذي شاع فيه العلم بالتوجه أو بالقيام فعلا بالمصادرة أو التأميم أو أى اجراء مماثل. يتم دفع التعويض دون تأخير بحيث يشتمل على تعويض يحدد على اساس العائد السائد في السوق حتى وقت الدفع، يكون هذا التعويض قابلا للتحويل الى نقد وقابلا للتحويل الى الخارج بلا قيود، يصاغ نص بأسلوب مناسب في وقت أو قبل وقت المصادرة أو التأميم أو أى اجراء مماثل وذلك لتقرير ودفع مثل هذا التعويض. تخضع قانونية أية مصادرة، أو تأميم أو أى اجراء مماثل وكذلك مبلغ التعويض للمراجعة طبقا للمعالجة القانونية المناسبة.

٣ - ممنوع مستثمرو أى من الدولتين المتعاقدين الذين تلحق باستثماراتهم خسائر في اراض الدولة المتعاقدة الاخرى نتيجة للحرب أو أى نزاع مسلح اخر أو ثورة أو حالة طوارئ عامة أو مجرد، معاملة لا تقل مواتاة عن ذلك التي تمنحها هذه الدولة المتعاقدة الاخرى لمستثمريها فيما يتعلق بالتعويض عن الأضرار أو الخسائر أو أى تعويض آخر له قيمته، على أن تكون هذه المدفوعات قابلة للتحويل بلا قيود.

٤ - يتمتع مستثمرو أى من الدولتين المتعاقدين بمعاملة الدولة الأولى بالرعاية في اراض الدولة المتعاقدة الاخرى وذلك فيما يتعلق بالامور التي تنص عليها هذه المادة.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage oder für einen Teil einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei oder tritt sie in die Rechte dieser Investoren hinsichtlich der Rechtsansprüche in bezug auf diese Kapitalanlagen ein, so erkennt diese andere Vertragspartei an:

- a) das Recht der erstgenannten Vertragspartei auf der Grundlage des Eintritts in diese Rechtsansprüche kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts;
- b) daß die erstgenannte Vertragspartei gemäß dem Eintritt in diese Rechte oder diese Ansprüche dazu berechtigt ist, diese Rechte in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem geltenden Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragspartei bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

المادة الخامسة

تضمن كل دولة متعاقدة لمستثمرى الدولة المتعاقدة الاخرى التحويل الحر للمدفوعات المتعلقة بأى استثمار، وخاصة:

- (أ) المبالغ الأساسية والاضافية الخاصة بصيانة أو زيادة الاستثمار.
- (ب) العائدات.
- (ج) المبالغ التى تدفع لسداد القروض.
- (د) الايرادات المتحققة من تصفية أو بيع كل أو أى جزء من الاستثمار.
- (هـ) التعويض المنصوص عليه فى المادة الرابعة.

المادة السادسة

فى حالة قيام أى من الدولتين المتعاقدين بعملية دفع لأى من مستثمريها طبقاً لضمآن تحملته فيما يتعلق باستثمار أو أى جزء منه فى أرض الدولة المتعاقدة الاخرى أو صارت تحمل عمل مثل هوءاء المستثمرين فى المطالبة بأى من الحقوق المتعلقة بهذه الاستثمارات فإن الدولة المتعاقدة الاخرى تعترف:

- (أ) بحق الدولة المتعاقدة الاخرى الناشء عن عملية الاحلال فى المطالبة تلك سواء وفقاً لقانون أو وفقاً لاجراء قانوني.
- (ب) بأن الدولة المتعاقدة الاخرى يحق لها على أساس عملية الاحلال فى المطالبة أن تؤكّد مثل هذه الحقوق والى نفس المدى المحدد لمن حلت محله فى الحق.

المادة السابعة

١ - تتم التحويلات بموجب المادة الرابعة فقرة ٢ أو ٣ وأيضاً بموجب المادة الخامسة أو المادة السادسة دون تأخير وبسعر الصرف السائد.

٢ - يطابق سعر الصرف المشار اليه سعر الصرف الحاصل من تلك الاسعار التى يطبقها صندوق النقد الدولى فى تاريخ الدفع وذلك لتحويلات العملات المعنية الى حقوق السحب الخاصة.

المادة الثامنة

١ - اذا كان تشريع أى من الدولتين المتعاقدين أو الالتزامات القائمة وفقاً للقانون الدولى فى الوقت الحاضر أو التى قد توجد فى المستقبل بين الدولتين المتعاقدين بالاضافة الى هذه الاتفاقية، تتضمن لائحة تنظيمية سواء أكانت عامة أو محددة، تعطى الحق للاستثمارات التى يقوم بها مستثمرو الدولة المتعاقدة الاخرى فى الحصول على معاملة أكثر مواتاة من تلك التى تنص عليها هذه الاتفاقية، فإن اللائحة التنظيمية الى الحد الذى تكون فيه أكثر مواتاة سوف يسرى العمل بها عوضاً عما جاء بهذه الاتفاقية فى هذا الصدد.

٢ - تلزم كل دولة متعاقدة بأية التزامات أخرى ترتبط بها تجاه الاستثمارات فى أراضيها من قبل مستثمرى الدولة المتعاقدة الاخرى.

المادة التاسعة

تسرى هذه الاتفاقية أيضاً على الاستثمارات القائمة قبل تاريخ العمل بها من قبل مستثمرى أى من الدولتين المتعاقدين فى أراضي الدولة المتعاقدة الاخرى بما يتمشى مع تشريعات الأخيرة.

المادة العاشرة

١ - تتم تسوية الخلافات التى تنشأ بين الدولتين المتعاقدين حول تفسير أو تطبيق هذه الاتفاقية ودياً كلما كان ذلك ممكناً، من قبل حكومتى الدولتين المتعاقدين.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und die Beratungskosten im Schiedsverfahren. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung nicht in der in Absatz 1 vorgesehenen Weise beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors dem zuständigen Gericht der Vertragspartei unterbreitet, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde, oder einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

2 - إذا تعذر تسوية الخلاف بهذه الطريقة فانه يعرض بناء على طلب أى من الدولتين المتعاقبتين على هيئة تحكيم.

3 - يتم تشكيل هيئة تحكيم خاصة لهذا الغرض على النحو التالي: تقوم كل دولة متعاقدة بتعيين عضو واحد، ويتفق العضوان على اختيار مواطن دولة ثالثة كرئيس لهما ويتم تعيينه من قبل حكومتي الدولتين المتعاقبتين، ويتم تعيين العضوين خلال شهرين والرئيس خلال ثلاثة أشهر من التاريخ الذى قامت فيه أى من الدولتين المتعاقبتين بإبلاغ الدولة المتعاقدة الأخرى بنيتها عرض موضوع النزاع على هيئة التحكيم.

4 - إذا لم تتم مراعاة الفترات الزمنية المنصوص عاها في الفقرة (3) المذكورة أعلاه، يجوز لأى من الدولتين المتعاقبتين، في حالة عدم وجود أى ترتيب آخر بهذا الخصوص، دعوة رئيس محكمة العدل الدولية لاجراء التعيينات اللازمة، وإذا كان الرئيس من مواطني أى من الدولتين المتعاقبتين أو إذا كان هناك ما يحول دون أداء المهمة المذكورة، يقوم نائب الرئيس باجراء التعيينات اللازمة، وإذا كان نائب الرئيس من مواطني إحدى الدولتين المتعاقبتين أو إذا كان هناك ما يحول بينه وبين أداءه المهمة المذكورة آنفاً، فإن عضو محكمة العدل الدولية التالي له في المرتبة يقوم بالتعيينات المطلوبة والذي لا يكون من مواطني أى من الدولتين المتعاقبتين.

5 - توصل هيئة التحكيم الى قراراتها بأغلبية الأصوات وتكون هذه القرارات نهائية وملزمة، وتحمل كل دولة متعاقدة تكاليف العضو التابع لها وتكاليف الداء المشورة ضمن اجراءات نظر التحكيم. أما تكاليف الرئيس وغيرها من جوانب الانفاق المتبقية، فتحملها كلتا الدولتين المتعاقبتين بالتساوى ويمكن لهيئة التحكيم عمل ترتيب مختلف بشأن التكاليف. وفيما يتعلق بكافة الأمور الأخرى، تحدد هيئة التحكيم الاجراءات الخاصة بها.

المادة الحادية عشرة

1 - تتم تسوية المنازعات التي تحدث بين أى من الدولتين المتعاقبتين وبين مستثمر من الدولة المتعاقدة الأخرى فيما له علاقة باستثماراته على أرض الدولة المتعاقدة الأولى ودبا بقدر الامكان.

2 - في حالة تعذر تسوية مثل هذه المنازعات بالكيفية الموضحة في الفقرة (1) من هذه المادة وذلك خلال ستة أشهر من تاريخ التقدم بطلب التسوية يتم بناء على طلب المستثمر عرض النزاع على المحكمة المختصة بالدولة المتعاقدة التي يتم الاستثمار على أرضها، أو يتم عرضه على التحكيم وفقاً لاتفاقية ١٨ مارس ١٩٦٥ الخاصة بتسوية منازعات الاستثمار بين الدول ومواطني الدول الأخرى.

3 - يكون الحكم ملزماً ولا يخضع لأى نقض أو مظلمة خلاف تلك المنصوص عليها في الاتفاقية المذكورة ويتم تنفيذ الحكم وفقاً للقوانين الوطنية.

المادة الثانية عشرة

تكون هذه الاتفاقية سارية المفعول بصرف النظر عن وجود أو عدم وجود علاقات دبلوماسية أو فصلية بين الدولتين المتعاقبتين.

المادة الثالثة عشرة

1 - تتم التصديق على هذه الاتفاقية وتبادل وثائق التصديق عليها في أسرع وقت ممكن.

2 - يبدأ سريان مفعول هذه الاتفاقية بعد ثلاثين يوماً من تاريخ تبادل وثائق التصديق وتظل سارية المفعول لمدة عشر سنوات، ثم تمدد بعد ذلك لفترة غير محددة مالم تعلن إحدى الدولتين المتعاقبتين كتابة عن رغبتها في إنهاؤها قبل تاريخ انتهائها باثني عشر شهراً، وبعد انقضاء فترة العشر سنوات يمكن إنهاء هذه الاتفاقية من قبل أى من الدولتين المتعاقبتين في أى وقت بعد تقديم اخطار بذلك مدته اثنا عشر شهراً.

3 - فيما يتعلق بالاستثمارات التي تتم قبل تاريخ انتهاء هذه الاتفاقية سوف يستمر سريان مفعول أحكام المواد من ١ الى ١٢ لمدة عشرين سنة أخرى اعتباراً من تاريخ انتهاء هذه الاتفاقية.

Artikel 14

Dieses Abkommen tritt an die Stelle der Vereinbarung über die Rechtswahrung bei garantierten privaten Kapitalanlagen, die zwischen den Regierungen der beiden Vertragsparteien am 5/3/1399/A.H., was dem 2. Februar 1979 entspricht, geschlossen wurde und die mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens außer Kraft tritt.

المادة الرابعة عشرة

تحل هذه الاتفاقية محل اتفاقية التمثيل النظامي للاستثمارات الخاصة المضمونة المبرمة بين حكومتى الطرفين المتعاقدين في ٥/٣/١٣٩٩ الموافق ٢ فبراير ١٩٧٩ م والتي تتوقف عن السريان في تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التنفيذ

Geschehen zu Riad am 29. Oktober 1996 bzw. 17/6/1417/A.H. in zwei Urschriften, jede in arabischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

حررت الاتفاقية في الرياض في ١٧/جمادى الآخرة ١٤١٧ هـ الموافق ٢٩/أكتوبر ١٩٩٦ م باللغتين الألمانية والعربية من نسختين أصليتين، ويعد النصان أصليين ويعتد بهما على حد سواء.

Für die Bundesrepublik Deutschland

عن جمهورية ألمانيا الاتحادية

Rapke

Für das Königreich Saudi-Arabien

عن المملكة العربية السعودية المادة الحادية عشرة

Dr. Ibrahim Al-Assaf

Protokoll

بروتوكول

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Saudi-Arabien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

(1) Zu Artikel 1

Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage gemäß diesem Abkommen.

(2) Zu Artikel 2

- Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Investoren der anderen Vertragspartei vorgenommen werden, genießen den vollen Schutz des Abkommens.
- Das Abkommen gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- Als eine „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 3 ist insbesondere folgendes anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Investor hat einen Anspruch auf Entschädigung, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

عند توقيع الاتفاقية الخاصة بالتشجيع والحماية المتبادلة للاستثمارات والمبرمة بين جمهورية ألمانيا الاتحادية والمملكة العربية السعودية اتفق الطرفان المفوضان الموقعان عليها، بالإضافة إلى ذلك، على الأحكام الآتية التي سوف تعتبر جزءاً لا يتجزأ من الاتفاقية المذكورة.

١ - إضافة للمادة الأولى:

تتمتع عائدات الاستثمار وفي حالة إعادة استثمارها، تتمتع أيضاً تلك العائدات بنفس الحماية المكفولة للاستثمارات في هذه الاتفاقية.

٢ - إضافة للمادة الثانية:

أ) إن الاستثمارات التي تتم وفقاً لتشريعات أي من الدولتين المتعاقدين في المناطق الخاضعة لتطبيق قانون تلك الدولة المتعاقدة من قبل مستثمري الدولة المتعاقدة الأخرى تتمتع بالحماية الكاملة التي تكفلها هذه الاتفاقية.

ب) تطبق الاتفاقية في نطاق المناطق الاقتصادية الخاصة والجرف القاري ضمن الحدود التي يسمح بها القانون الدولي للدولة المتعاقدة المعنية بممارسة الحقوق السيادية أو ولايتها القانونية على هذه المناطق.

٣ - إضافة للمادة الثالثة:

أ) يفسر التالي على وجه التحديد على أنه (معاملة أقل مواتاة) ضمن معنى المادة ٣ (٣): معاملة غير متكافئة، في حالة فرض قيود على شراء المواد الخام أو المواد المساعدة أو الطاقة أو الوقود أو وسائل الإنتاج أو التشغيل من أي نوع، ومعاملة غير متكافئة، في حالة اعاقبة تسويق المنتجات داخل أو خارج الدولة، وكذلك أية تدابير أخرى لها آثار مماثلة، أما التدابير التي ينبغي اتخاذها لأسباب تتعلق بالأمن العام أو النظام العام أو الصحة العامة أو الأخلاقيات العامة، فلن تعتبر (معاملة أقل مواتاة) ضمن معنى المادة ٣.

ب) لا تلزم أحكام المادة ٣ دولة متعاقدة بمنح المستثمرين المقيمين في أراضي الدولة المتعاقدة الأخرى المزايا أو الإعفاءات أو التخفيضات الضريبية التي تمنح فقط في ظل قوانينها الضريبية للشركات والأشخاص الطبيعيين المقيمين في أراضيها.

ج) تنظر الدولتان المتعاقدتان ضمن إطار تشريعاتهما الوطنية بعين العطف إلى طلبات الدخول والإقامة المؤقتة التي يقدمها أفراد تابعون لأي من الدولتين المتعاقدين ممن يرغبون في الدخول إلى أراضي الدولة المتعاقدة الأخرى لأموال تتعلق بالاستثمار، وينطبق نفس الشيء على الأفراد الموظفين من قبل أي من الدولتين المتعاقدين فيما يتعلق بأحد الاستثمارات ممن يرغبون في دخول أراضي الدولة المتعاقدة الأخرى والإقامة المؤقتة بها للعمل، وطلبات الحصول على تصاريح عمل سوف ينظر فيها بعين العطف.

٤ - إضافة للمادة الرابعة:

يحق للمستثمر المطالبة بالتعويض نتيجة لتدخل الدولة في الشركة التي يتم فيها الاستثمار عندما يلحق ذلك بجوهرها الاقتصادي ضرراً بالغاً.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

٥ - اضافة للمادة السابعة:

يعتبر التحويل قد تم (بلا ابطاء) ضمن معنى المادة ٧ اذا كان قد تم خلال هذه الفترة كما هو مطلوب عادة لانمام اجراءات التحويل الرسمية، وتبدأ الفترة المذكورة من تاريخ تقديم الطلب الخاص بالتحويل على ألا تتجاوز الشهرين بأى حال من الاحوال.

(6) Zu Artikel 11

Ein Investor aus Saudi-Arabien, der in Deutschland eine Kapitalanlage besitzt, kann auch nach der Entscheidung einer Streitigkeit durch ein deutsches Gericht ein internationales Schiedsgericht anrufen. Ein Investor aus Deutschland, der in Saudi-Arabien eine Kapitalanlage besitzt, hat das Recht, ein internationales Schiedsgericht anzurufen oder die Streitigkeit dem örtlichen Gericht zu unterbreiten; er kann die Streitigkeit jedoch nicht einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten, wenn ein örtliches Gericht in Saudi-Arabien eine Entscheidung über die Streitigkeit gefällt hat.

٦ - اضافة للمادة الحادية عشرة:

يمكن للمستثمر من المملكة العربية السعودية الذى لديه استثمارات في ألمانيا أن يلجأ للتحكيم الدولي حتى بعد أن يتم اتخاذ قرار بشأن النزاع من قبل محكمة ألمانيا. ويحق للمستثمر من ألمانيا الذى لديه استثمار في المملكة العربية السعودية أن يلجأ للتحكيم الدولي أو أن يرفع النزاع الى محكمة محلية، لكنه لا يستطيع أن يرفع النزاع للتحكيم الدولي اذا ما أصدرت المحكمة المحلية في المملكة العربية السعودية قرارها بشأن هذا النزاع.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und die zur Durchführung der Transporte erforderlichen Genehmigungen erteilen.

٧ - كلما تطلب الحال نقل السلع أو الاشخاص المرتبطين بأحد الاستثمارات، فإن الدولة المتعاقدة لا تستبعد أو تعيق مؤسسات النقل التابعة للدولة المتعاقدة الأخرى من القيام بذلك وتقوم باصدار التصاريح اللازمة لضمان مثل هذا النقل.

(8) Die Vertragsparteien vereinbaren, auf Ersuchen einer der Vertragsparteien Beratungen abzuhalten, um Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Abkommen zu lösen oder Angelegenheiten in bezug auf die Auslegung oder Anwendung des Abkommens zu erörtern.

٨ - توافق الدولتان المتعاقدتان بناء على طلب أى منهما، على عقد مشاورات لتسوية أى نزاع يتعلق بالاتفاقية أو لمناقشة أى يتعلق بتفسير أو بتطبيق الاتفاقية.

Geschehen zu Riad am 29. Oktober 1996 bzw. 17/6/1417/A.H. in zwei Urschriften, jede in deutscher und arabischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

حرر في الرياض في ١٧/جمادى الآخرة ١٤١٧هـ الموافق ٢٩/اكتوبر ١٩٩٦م من نسختين بالألمانية والعربية، وتعتبر النسختان أصليتين ويعتد بهما على قدم المساواه.

Für die Bundesrepublik Deutschland

عن جمهورية ألمانيا الاتحادية

Rapke

Für das Königreich Saudi-Arabien

عن المملكة العربية السعودية المادة الحادية عشرة

Dr. Ibrahim Al-Assaf

Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. September 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Republik Brasilien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 21. September 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Republik Brasilien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acordo
entre a República Federal da Alemanha
e a República Federativa do Brasil
sobre Promoção e Proteção Recíproca de Investimentos

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Föderative Republik Brasilien –

A República Federal da Alemanha
e
A República Federativa do Brasil
(doravante denominados «Partes Contratantes»),

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand in beiden Staaten zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. bezeichnet der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die der Investor einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften anlegt oder wiederanlegt, insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Aktien, Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und in Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie zum Beispiel Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, nicht offenbarte Informationen, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen in bezug auf natürliche Ressourcen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investoren“
 - a) natürliche Personen, die nach der Verfassung einer Vertragspartei deren Staatsangehörigkeit besitzen und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Kapitalanlage vornehmen,

Animados pelo desejo de intensificar a cooperação econômica entre os dois países;

Desejando criar condições favoráveis para investimentos de investidores de um país no território do outro;

Reconhecendo que a promoção e a proteção desses investimentos por meio de um acordo poderão servir para estimular a iniciativa econômica privada e favorecer a prosperidade nos dois países,

Acordam o seguinte:

Artigo 1

Para os efeitos do presente Acordo:

1. O termo «investimentos» significa toda espécie de haveres investidos ou reinvestidos por um investidor de uma Parte Contratante no território da outra, de acordo com a legislação desta última, e inclui, em particular, ainda que não exclusivamente:
 - a) a propriedade de bens móveis e imóveis, bem como quaisquer outros direitos reais, tais como hipotecas e penhoras;
 - b) as ações, quotas ou outras formas de participação societária;
 - c) os direitos sobre créditos ou quaisquer outros direitos sobre obrigações com valor econômico relativos a um investimento;
 - d) os direitos de propriedade intelectual, tais como direitos de autor, patentes, modelos registrados, desenhos e modelos industriais, marcas, nomes comerciais, informações não divulgadas, processos tecnológicos, *know-how* e fundo de comércio, e
 - e) as concessões de direito público, inclusive concessões para pesquisa, exploração e extração de recursos naturais.
 A alteração da forma pela qual os bens foram investidos não afeta a sua qualificação como investimento.
2. O termo «rendimentos» designa as quantias geradas por um investimento, em um determinado período, tais como lucros, dividendos, juros, *royalties*, ou outras formas de remuneração.
3. O termo «investidores» designa:
 - a) as pessoas físicas que tenham a nacionalidade de uma das Partes Contratantes em conformidade com sua Constituição e que realizem um investimento no território da outra Parte Contratante, e

- b) juristische Personen, Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei haben und nach ihren Rechtsvorschriften gegründet worden sind, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht, und die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Kapitalanlage vornehmen;
4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ das Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei einschließlich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht dieser Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.
- b) as pessoas jurídicas, as sociedades comerciais ou outras sociedades e associações, com ou sem personalidade jurídica, que tenham sede no território de uma das Partes Contratantes, constituídas de acordo com a sua respectiva legislação interna, independentemente de terem suas atividades fins lucrativos, e que realizem um investimento no território da outra Parte Contratante.
4. O termo «território» designa o território de cada Parte Contratante, compreendendo a plataforma continental e a zona econômica exclusiva, sobre o qual a Parte Contratante em questão possa, de acordo com o Direito Internacional, exercer direitos soberanos ou jurisdição.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet nicht durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone, oder einem ähnlichen regionalen Zusammenschluß oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Diese Behandlung bezieht sich auch nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich in konvertibler Währung geleistet werden und frei transferierbar sein. Bis zum Zeitpunkt der Zahlung ist sie mit dem geltenden LIBOR-Satz zu verzinsen. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

Artigo 2

1. Cada Parte Contratante promoverá, na medida do possível, e admitirá investimentos de investidores da outra Parte Contratante em seu território, de acordo com as disposições legais vigentes, e concederá a esses investimentos tratamento justo e equitativo.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dificultará a administração, a aplicação, o uso ou o gozo dos investimentos de investidores da outra Parte Contratante em seu território por meio de medidas arbitrárias ou discriminatórias.

Artigo 3

1. Nenhuma das Partes Contratantes submeterá, em seu território, os investimentos de investidores da outra Parte Contratante ou os investimentos em que detenham participação os investidores da outra Parte Contratante a um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos seus próprios nacionais ou aos investimentos de investidores de um terceiro país.

2. Nenhuma das Partes Contratantes submeterá os investidores da outra Parte Contratante, no que respeita às suas atividades relacionadas aos investimentos realizados em seu território a um tratamento menos favorável do que o concedido aos seus próprios investidores ou a investidores de um terceiro país.

3. Este tratamento não se estenderá a concessões de uma das Partes Contratantes a investidores de terceiros países em razão de sua adesão ou associação a uma união aduaneira ou econômica, mercado comum, zona de livre comércio, ou acordo regional similar.

4. Este tratamento tampouco se estenderá a benefícios que uma das Partes Contratantes conceda a investidores de um terceiro país em consequência de acordo para evitar a dupla tributação ou de outros acordos sobre questões tributárias.

Artigo 4

1. Os investimentos de investidores de uma das Partes Contratantes gozarão no território da outra Parte Contratante de plena proteção e segurança.

2. Os investimentos de investidores de uma das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante não poderão ser expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou à nacionalização, exceto por motivos de utilidade pública e mediante indenização. A indenização deverá corresponder ao valor que o investimento expropriado tinha imediatamente antes da data em que a expropriação, nacionalização ou medida equivalente, já consumada ou iminente, tenha sido tomada de domínio público. A indenização deverá ser paga de imediato, em moeda conversível e livremente transferível. Será acrescida de juros à taxa *Libor* em vigor até a data de seu efetivo pagamento. A legalidade da expropriação, nacionalização ou medida equivalente, bem como o montante de indenização, serão suscetíveis de recurso em processo judicial ordinário.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen;
- f) der in Artikel 6 vorgesehenen Zahlungen.

Diese Transferierungen erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs soll nicht wesentlich von dem Marktkurs abweichen, der sich aus der Umrechnung der Währung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage gelegen ist, und der vom Investor gewünschten Währung in US-Dollar an den offiziellen Märkten der beiden betreffenden Länder für laufende Transaktionen ergibt.

Artikel 6

Hat eine Vertragspartei oder eine ihrer Institutionen ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geleistet, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die berechnete Vertragspartei oder eine ihrer Institutionen kann die Rechte in demselben Umfang ausüben wie ihr Rechtsvorgänger. Die vorgenannten Bestimmungen gelten insoweit nicht, als nach der nationalen Gesetzgebung einer Vertragspartei die Übertragung von Eigentum an unbeweglichen Sachen im Rahmen der Subrogation nicht möglich ist. In diesem Fall erwirbt die berechnete Vertragspartei oder eine ihrer Institutionen einen Ausgleichsanspruch in Geld. Für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs und den Transfer von Zahlungen aufgrund der in diesem Artikel vorgesehenen übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

3. Os investidores de uma das Partes Contratantes que venham a sofrer perdas de investimentos no território da outra Parte Contratante em razão de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, receberão dessa Parte Contratante tratamento não menos favorável em matéria de restituições, compensações, indenizações ou demais retribuições, do que o concedido aos seus próprios investidores. Esses pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

4. Em relação às matérias reguladas neste Artigo, os investidores de uma das Partes Contratantes gozarão, no território da outra Parte Contratante, do tratamento de nação mais favorecida.

Artigo 5

1. Ambas as Partes Contratantes garantirão aos investidores da outra Parte Contratante a livre transferência das importâncias relacionadas aos investimentos, em particular, mas não exclusivamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais para a manutenção ou ampliação do investimento;
- b) dos rendimentos;
- c) das amortizações de empréstimos;
- d) do produto resultante da liquidação ou alienação total ou parcial do investimento;
- e) das indenizações previstas no Artigo 4, e
- f) dos pagamentos previstos no Artigo 6.

As transferências efetuar-se-ão, sem demora, à taxa de câmbio em vigor na data da transferência.

2. Esta taxa não deverá diferir sensivelmente da taxa de mercado resultante do câmbio, em dólares americanos, da moeda da Parte Contratante em cujo território se encontra o investimento e da moeda desejada pelo investidor, em vigor para transações correntes nos mercados oficiais dos respectivos dois países.

Artigo 6

Se uma das Partes Contratantes ou uma de suas agências houver realizado pagamento a um investidor em razão de uma garantia concedida a um investimento no território da outra Parte Contratante, esta última, sem prejuízo das disposições do Artigo 9, reconhecerá à primeira Parte Contratante a sub-rogação em todos os direitos daquele investidor. A Parte Contratante sub-rogada ou uma de suas agências poderá exercer tais direitos na mesma medida em que seu titular original. As disposições precedentes não se aplicam aos casos em que a legislação nacional de uma Parte Contratante não possibilite a sub-rogação nos direitos sobre a propriedade de bens imóveis. Neste caso, à Parte Contratante sub-rogada ou a uma de suas agências é reconhecido o direito à indenização pecuniária. Ao cálculo deste direito à indenização e às transferências efetuadas em decorrência da sub-rogação prevista neste Artigo aplicam-se, analogamente, as disposições dos parágrafos 2 e 3 do Artigo 4 e do Artigo 5.

Artigo 7

1. Se das disposições legais de uma das Partes Contratantes ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional, que existam ou venham a existir entre as Partes Contratantes além deste Acordo, resultar uma regulamentação geral ou especial em que seja concedido aos investimentos de investidores da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto neste Acordo, esta regulamentação prevalecerá na parte em que for mais favorável.

2. Cada Parte Contratante observará qualquer outro compromisso que tenha assumido em relação a investimentos de investidores da outra Parte Contratante em seu território.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Der Vertrag gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann auf diese Weise keine Einigung erzielt werden, so ist die Meinungsverschiedenheit auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei einen Schiedsrichter bestellt und beide Schiedsrichter sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen. Der Obmann und die Mitglieder des Schiedsgerichts müssen die Staatsangehörigkeit von Staaten besitzen, mit denen beide Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhalten.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Vertragsparteien endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors einem internationalen Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind, soweit anwendbar, die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 9 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 9 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artigo 8

O presente Acordo aplicar-se á igualmente aos investimentos já realizados antes da entrada em vigor deste Acordo por investidores de uma Parte Contratante no território da outra Parte Contratante em conformidade com as respectivas disposições legais. As disposições deste Acordo não se aplicarão porém a controvérsias surgidas antes de sua vigência.

Artigo 9

1. As controvérsias que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão dirimidas, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes de forma amigável.

2. Caso não se chegue a um entendimento, a controvérsia será submetida, a pedido de qualquer das Partes Contratantes, a um tribunal arbitral.

3. O tribunal será constituído *ad hoc*, da seguinte forma: cada Parte Contratante designará um árbitro; de comum acordo, os dois árbitros elegerão um nacional de um terceiro Estado como Presidente, que será designado pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os árbitros deverão ser designados no prazo de 2 (dois) meses e o Presidente em um prazo de 3 (três) meses, a contar da data em que uma das Partes Contratantes tenha comunicado á outra sua intenção de submeter a controvérsia a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos estipulados no parágrafo 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, à falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias designações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes, ou por qualquer outro motivo esteja impedido, caberá ao Vice-Presidente proceder às designações. Se o Vice-Presidente também possuir a nacionalidade de uma das Partes Contratantes, ou igualmente achar-se impedido, as designações caberão ao membro do Tribunal que o siga na ordem de precedência e não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes. O Presidente e os membros do tribunal arbitral deverão ser nacionais de Estados com os quais ambas as Partes Contratantes mantenham relações diplomáticas.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão definitivas e obrigatórias para ambas as Partes Contratantes. Cada uma das Partes Contratantes arcará com as despesas do respectivo árbitro, bem como com as relativas á sua representação no processo arbitral. As despesas do Presidente e os demais custos do processo serão repartidos em partes iguais pelas Partes Contratantes. O tribunal arbitral poderá adotar disposições diferentes quanto às despesas. De resto, o tribunal arbitral definirá suas próprias regras processuais.

Artigo 10

1. As controvérsias que surgirem entre uma das Partes Contratantes e um investidor da outra Parte Contratante em relação a investimentos deverão, na medida do possível, ser dirimidas de forma amigável.

2. Se uma controvérsia não puder ser solucionada dentro de um prazo de 6 (seis) meses, contado a partir da data em que uma das partes litigantes a tenha suscitado, será submetida, a pedido do investidor, á arbitragem internacional. A menos que as partes em litígio acordem diversamente, as disposições contidas nos parágrafos 3 a 5 do Artigo 9 deste Acordo, na medida em que forem aplicáveis, aplicar-se-ão analogamente; as partes na controvérsia designarão os árbitros do tribunal arbitral de acordo com o procedimento estabelecido no parágrafo 3 daquele Artigo; se os prazos estipulados naquele parágrafo não forem observados, cada parte no litígio poderá, à falta de outros acordos, convidar o Presidente da Corte de Arbitragem da Câmara Internacional de Comércio em Paris a proceder às necessárias designações. O laudo arbitral será executado em conformidade com o direito nacional.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schaden oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten auch in den in Artikel 63 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge genannten Fällen uneingeschränkt fort.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Brasília ausgetauscht, sobald die Föderative Republik Brasilien der Bundesrepublik Deutschland notifiziert hat, daß sie die innerstaatlichen gesetzlichen Voraussetzungen zum Inkrafttreten des Vertrags erfüllt hat.

(2) Der Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer stillschweigend auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(4) Für Kapitalanlagen, die vor dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 21. September 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Kinkel

Für die Föderative Republik Brasilien
Pela República Federativa do Brasil
Lampraia

3. A Parte Contratante envolvida na controvérsia não objetará, durante um processo arbitral ou quando da execução do laudo arbitral, a que o investidor da outra Parte Contratante tenha recebido indenização resultante de um seguro pela perda parcial ou total do investimento.

4. Uma vez que ambas as Partes Contratantes tenham aderido à Convenção para Regular Controvérsias entre Estados e Nacionais de outros Estados relativas a Investimentos, de 18 de março de 1965, as controvérsias de que trata este Artigo serão submetidas a um processo arbitral nos termos daquela Convenção, a menos que as Partes Contratantes acordem diversamente.

Artigo 11

As disposições deste Acordo continuarão a aplicar-se integralmente mesmo nos casos previstos no Artigo 63 da Convenção de Viena sobre Direito dos Tratados, de 23 de maio de 1969.

Artigo 12

1. O presente Acordo deverá ser ratificado. Os instrumentos de ratificação serão trocados em Brasília, logo que a República Federativa do Brasil tiver notificado a República Federal da Alemanha do cumprimento dos requisitos legais internos necessários para a entrada em vigor deste Acordo.

2. Este Acordo entrará em vigor 1 (um) mês após a data da troca dos Instrumentos de Ratificação.

3. Este Acordo permanecerá em vigor por um prazo de 10 (dez) anos, após o qual será tacitamente prorrogado por tempo indeterminado, a não ser que uma das Partes Contratantes o denuncie, mediante notificação por escrito encaminhada por via diplomática, com uma antecedência de doze meses. Expirado o prazo de 10 (dez) anos, o Acordo poderá ser denunciado a qualquer momento, com 12 (doze) meses de antecedência.

4. As disposições previstas nos Artigos 1 a 11 deste Acordo continuarão a aplicar-se por um período de 15 (quinze) anos, a partir do dia de sua expiração, a todos os investimentos realizados antes de sua expiração.

Feito em Bonn, em 21 de setembro de 1995, em dois exemplares originais, cada um nas línguas alemã e portuguesa, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Investoren der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, sowie Erträge aus der Kapitalanlage genießen den vollen Schutz des Vertrags.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszuweiten.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen und auch für Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist.

Por ocasião da assinatura do Acordo sobre Promoção e Proteção Recíproca de Investimentos entre a República Federal da Alemanha e a República Federativa do Brasil, os plenipotenciários abaixo assinados acordaram ainda as seguintes disposições, que constituem parte integrante do referido Acordo:

1. Com referência ao Artigo 1

Considerar-se-á nacional de uma das Partes Contratantes toda pessoa que possua um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes da referida Parte Contratante, sem prejuízo de outros procedimentos para a determinação da nacionalidade.

2. Com referência ao Artigo 2

Os investimentos realizados por investidor de uma Parte Contratante no território de outra Parte Contratante de acordo com as disposições legais internas desta última, bem como os rendimentos deles resultantes, gozarão da plena proteção deste Acordo.

3. Com referência ao Artigo 3

- a) Como «atividade», nos termos do parágrafo 2 do Artigo 3, serão compreendidos em particular, mas não exclusivamente, a administração, a aplicação, o uso e o gozo de um investimento. Como tratamento «menos favorável», nos termos do Artigo 3, serão considerados, especialmente, o tratamento diferenciado em caso de limitações à aquisição de matérias primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como de meios de produção e exploração de todo tipo, o tratamento diferenciado em caso de impedimento à venda de produtos dentro do país e no exterior e ainda outras medidas com efeitos equivalentes. Não serão consideradas como tratamento «menos favorável», nos termos do Artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem públicas, de saúde pública ou de ordem moral.
- b) As disposições do Artigo 3 não obrigam as Partes Contratantes a estender a investidores residentes ou domiciliados no território da outra Parte Contratante as vantagens, isenções e reduções fiscais que, segundo as leis tributárias, somente são concedidas a investidores residentes ou domiciliados no seu próprio território.
- c) No âmbito de suas disposições legais internas, as Partes Contratantes examinarão com benevolência os requerimentos de entrada e permanência de nacionais de uma das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante, em conexão com um investimento; o mesmo se aplicará aos empregados de uma das Partes Contratantes que queiram exercer atividade remunerada em conexão com um investimento e aos requerimentos para autorização de trabalho.

4. Com referência ao Artigo 4

O direito à indenização também prevalecerá se houver uma intervenção do Estado na empresa objeto de um investimento que comprometa consideravelmente a substância econômica da mesma.

5. Com referência ao Artigo 5

Uma transferência considerar-se-á como realizada «sem demora», nos termos do parágrafo 1 do Artigo 5, quando efetuada dentro do prazo normalmente requerido para o cumprimento das

Die Frist beginnt mit der Einreichung eines formgerechten und vollständigen Antrags und darf zwei Monate nicht überschreiten. Abweichend hiervon ist die Föderative Republik Brasilien berechtigt, den Transfer von Erlösen aus einer vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d innerhalb einer Frist von höchstens sechs Monaten durchzuführen.

(6) Zu Artikel 10

Im Falle der Föderativen Republik Brasilien kann eine Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht nach Artikel 10 Absatz 2 insoweit nicht unterbreitet werden, als der Investor ein nationales Gericht bereits angerufen und dieses ein Urteil in der Sache bereits gefällt hat.

(7) Bei der grenzüberschreitenden Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, die entsprechenden Genehmigungen erteilen.

Geschehen zu Bonn am 21. September 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

formalidades necessárias. O prazo será contado a partir do dia em que o requerimento devidamente instruído tenha sido apresentado, não podendo exceder 2 (dois) meses. Não obstante esta disposição, a República Federativa do Brasil terá o direito de efetuar transferências relativas ao produto resultante da liquidação ou alienação total ou parcial do investimento, previstas na letra «d» do parágrafo 1 do Artigo 5, em um prazo máximo de 6 (seis) meses.

6. Com referência ao Artigo 10

Com relação à República Federativa do Brasil, uma controvérsia não poderá ser submetida à arbitragem internacional, nos termos do parágrafo 2 do Artigo 10, na medida em que o investidor já houver recorrido à sua jurisdição interna e esta já houver proferido decisão quanto ao mérito.

7. Com referência ao transporte internacional de bens e pessoas, decorrente de um investimento, nenhuma das Partes Contratantes excluirá ou dificultará a ação de empresas de transporte da outra Parte Contratante e outorgará, quando necessário, as autorizações correspondentes.

Feito em Bonn, em 21 de setembro de 1995, em dois exemplares originais, cada um nas línguas alemã e portuguesa, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Kinkel

Für die Föderative Republik Brasilien
Pela República Federativa do Brasil
Lampreia

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. März 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ecuador
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Quito am 21. März 1996 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ecuador
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República del Ecuador
y la República Federal de Alemania
sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de Capital

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Ecuador –

La República del Ecuador
y
la República Federal de Alemania:

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1
Definitionen

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen und Lizenzentgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

Animadas del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados;

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de uno de los dos Estados en el territorio del otro Estado;

Reconociendo que el fomento y la protección de esas inversiones de capital mediante un tratado pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos;

Han convenido en lo siguiente:

Artículo 1
Definiciones

Para los fines del presente Tratado:

1. El concepto de «Inversiones de capital» comprende toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) derechos de participación en sociedades, y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico o prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual, en especial derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, know-how y valor llave;
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación;
 las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan a su carácter de inversiones de capital.
2. El concepto de «rentas» designa aquellas cantidades que corresponden a una inversión de capital por un período determinado, como participantes en los beneficios, dividendos, intereses y derechos de licencia.
3. El concepto de «nacionales» designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania: los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

- b) in bezug auf die Republik Ecuador:
Ecuadorianer im Sinne der politischen Verfassung der Republik Ecuador;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Ecuador:
alle juristischen Personen, die nach den geltenden ecuadorianischen Gesetzen und Regelungen bestehen und ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

Förderung von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

Eigentumsschutz und Entschädigung bei Enteignung

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung

- b) con referencia a la República del Ecuador:
las personas que son consideradas ecuatorianos de conformidad con la Constitución Política del Ecuador.

4. El concepto de «sociedades» designa:

- a) con referencia a la República Federal de Alemania:
todas las personas jurídicas, así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personalidad jurídica que tengan su sede en el territorio de la República Federal de Alemania, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro;
- b) con referencia a la República del Ecuador:
toda persona jurídica constituida de conformidad con las leyes y reglamentos ecuatorianos y que tenga su domicilio en el territorio de dicha Parte Contratante, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro.

Artículo 2

Fomento de inversiones

(1) Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, permitirá dentro de su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible. En todo caso tratará justa y equitativamente a las inversiones de capital.

(2) Ninguna de las Partes Contratantes perjudicará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el aprovechamiento de las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

Tratamiento de inversiones

(1) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio las inversiones de capital que sean propiedad o estén bajo la influencia de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de capital de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.

(2) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones de capital, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

(3) Dicho trato no se refiere a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, o mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.

(4) El trato acordado por el presente artículo no se refiere a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

Artículo 4

Protección de inversiones e indemnizaciones en caso de expropiaciones

(1) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o

enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Freier Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 Absatz 1 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(3) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 6

Subrogation

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragende Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causas de utilidad pública, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación, la nacionalización o la medida equiparable, efectiva o inminente. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, deberán haberse tomado debidamente disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y la cuantía de la indemnización deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

(3) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones de capital por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles.

(4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de la nación más favorecida.

Artículo 5

Libres transferencias

1. Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión de capital, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto de la inversión de capital en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) de las indemnizaciones previstas en el artículo 4.

2. Las transferencias conforme al párrafo 2 ó 3 del artículo 4, al artículo 5 numeral 1 o al artículo 6 se efectuarán sin demora, a la cotización vigente en cada caso.

3. Dicha cotización deberá coincidir con el tipo cruzado resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría si en la fecha del pago cambiaran las monedas de los países interesados en derechos especiales de giro.

Artículo 6

Subrogación

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos (derechos transferidos), los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que el titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del artículo 4 y el artículo 5.

Artikel 7**Anwendung anderer Vorschriften**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8**Schutz von Altinvestitionen**

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 9**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, auf diplomatischem Wege durch die Regierung der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht binnen einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Vorlage einer förmlichen diplomatischen Eingabe beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann in seinem Schiedsspruch bestimmen, daß eine der beiden Vertragsparteien einen höheren Kostenanteil zu tragen hat. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artículo 7**Aplicación de otras normas**

(1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional al margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8**Protección de inversiones anteriores**

El presente Tratado se aplicará también a las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de ésta última.

Artículo 9**Solución de divergencias entre las Partes Contratantes**

(1) Las divergencias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los gobiernos de ambas Partes Contratantes por la vía diplomática.

(2) Si una divergencia no puede ser dirimida de esa manera, en el plazo de seis meses contados a partir de la presentación formal del reclamo diplomático, ésta será sometida a un tribunal arbitral, a petición de una de las Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad-hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. No obstante, el tribunal arbitral podrá determinar en su decisión que una mayor proporción de los gastos sea sufragada por una de las dos Partes Contratantes. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 10

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Investor und Gaststaat

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich der Bestimmungen dieses Vertrags sollen, soweit möglich, gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen des Investors vorzulegen:

- a) einem zuständigen Gericht derjenigen Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet;
- b) einem Schiedsgericht, dessen Zuständigkeit zuvor von den Vertragsparteien vereinbart wurde. Sofern die Parteien hierzu keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Hat der Investor die Meinungsverschiedenheit einem zuständigen Gericht derjenigen Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, unterbreitet, so kann er sich später nur noch in den folgenden Fällen an ein Schiedsgericht wenden:

- a) wenn das zuständige nationale Gericht nicht innerhalb einer Frist von 18 Monaten über den ihm unterbreiteten Streitfall entschieden hat oder
- b) wenn das zuständige nationale Gericht bei einer Entscheidung Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags nicht beachtet hat.

(4) Der Schiedsspruch nach Absatz 2 Buchstabe b ist bindend und wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt. Ein Schiedsspruch, der nach dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten ergangen ist, unterliegt keinen anderen als den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen.

(5) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei kann während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Konsularische oder diplomatische Beziehungen

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artículo 10

Solución de divergencias entre un inversionista y la Parte Contratante receptora de la inversión

(1) Las divergencias relativas a las disposiciones del presente Tratado entre una Parte Contratante y nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas.

(2) Si una divergencia no puede ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contados desde la fecha en que una de las partes en litigio la haya hecho valer, será sometida a petición del inversionista:

- a) a un tribunal competente de la Parte Contratante en cuyo territorio se haya realizado la inversión;
- b) a un tribunal arbitral cuya competencia haya sido previamente convenida por las Partes Contratantes. En la medida en que las partes en litigio no lleguen a un arreglo en otro sentido las divergencias se someterán a un procedimiento arbitral conforme al Convenio sobre «Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados» de 18 de marzo de 1965.

(3) Cuando el inversionista hubiere sometido la controversia a un tribunal competente de la Parte Contratante, en cuyo territorio se realizó la inversión, solo podrá acudir posteriormente a un tribunal de arbitraje en los siguientes casos:

- a) si el tribunal nacional competente no hubiere decidido sobre el fondo del asunto planteado en el plazo de 18 meses; o,
- b) si el tribunal nacional competente no hubiere observado en su resolución las disposiciones del presente Convenio.

(4) El laudo arbitral según el numeral 2, literal b, será obligatorio y se ejecutará con arreglo al derecho nacional. Un laudo arbitral promulgado conforme al Convenio sobre «Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados» de 18 de marzo de 1965 no podrá ser objeto de otros recursos o acciones legales que los previstos en el mencionado convenio.

(5) La Parte Contratante implicada en el litigio no podrá alegar durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral el hecho de que el nacional o la sociedad de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

Artículo 11

Relaciones consulares o diplomáticas

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Artikel 12**Inkrafttreten und Geltungsdauer**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vom 28. Juni 1965 außer Kraft.

Geschehen zu Quito am einundzwanzigsten März neunzehnhundertsechundneunzig in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artículo 12**Entrada en vigor y vigencia**

(1) El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en la ciudad de Bonn.

(2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años, y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento con un preaviso de doce meses.

(3) Para inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 al 11 seguirán rigiendo desde los quince años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

(4) Con la entrada en vigor del presente Tratado dejará de regir el Tratado entre la República del Ecuador y la República Federal de Alemania sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones de capital del 28 de junio de 1965.

Hecho en Quito, el veintiuno de marzo de mil novecientos noventa y seis, en dos ejemplares, en lengua española y alemana, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Werner Pieck

Für die Republik Ecuador
Por la República del Ecuador
Galo Leoro Franco

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in jenen den Territorialgewässern einer jeden Vertragspartei vorgelagerten Meeresgebieten, in denen die betreffende Vertragspartei im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

En el acto de la firma del Tratado entre la República Federal de Alemania y la República del Ecuador sobre fomento y reciproca protección de inversiones de capital, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado además las siguientes disposiciones, que se considerarán como parte integrante del Tratado:

(1) Ad artículo 1

- a) Las rentas de una inversión de capital, y en el caso de su reinversión también las rentas de éstas, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- b) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante.

(2) Ad artículo 2

- a) Gozarán de la plena protección del Tratado las inversiones de capital que, de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan sido realizadas en el territorio de esta Parte Contratante por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.
- b) El Tratado regirá también en aquellas zonas marítimas adyacentes al límite exterior del mar territorial del territorio nacional sobre las cuales la Parte Contratante concernida pueda, de conformidad con su legislación y el Derecho Internacional, ejercer soberanía, derechos soberanos o jurisdicción.

(3) Ad artículo 3

- a) Como «actividades» en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán especial pero no exclusivamente la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como trato «menos favorable» en el sentido del artículo 3 el trato desigual en caso de limitaciones en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y explotación de todas clases, el trato desigual en caso de obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos.

No se considerarán como trato «menos favorable» en el sentido del artículo 3 las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad pública o moralidad.

- b) Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.
- c) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Quito am einundzwanzigsten März neunzehnhundertsechundneunzig in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Ad artículo 4

El derecho a indemnización se da aun en el caso de que se inter venga a través de medidas estatales en la empresa objeto de la inversión, y como consecuencia de ello se produzca un considerable perjuicio para la sustancia económica de la misma.

(5) Ad artículo 5

Una transferencia se considerará realizada «sin demora» en el sentido del numeral 2 del artículo 5 cuando se haya efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

(6) Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones de capital, cada una de las Partes Contratante no excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes. Quedan comprendidos los transportes de:

- a) mercancías destinadas directamente a una inversión de capital en el sentido del Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa o por encargo de una empresa en que haya capital invertido en el sentido del Tratado;
- b) personas que viajen en relación con una inversión de capital.

Hecho en Quito, el veintiuno de marzo de mil novecientos noventa y seis, en dos ejemplares, en lengua española y alemana, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Werner Pieck

Für die Republik Ecuador
Por la República del Ecuador
Galo Leoro Franco

Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. Juli 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Indien
über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 10. Juli 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Notenwechsel vom 5. Juni 1997 wird zugestimmt. Das Abkommen und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Indien
über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of India
for the Promotion and Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Indien –

(im folgenden als Vertragsparteien bezeichnet) –

The Federal Republic of Germany

and

the Republic of India

(hereinafter referred to as the Contracting Parties)

in dem Wunsch, günstige Bedingungen für die Förderung weiterer Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

Desirous of creating conditions favourable for fostering greater investment by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß der gegenseitige Schutz dieser Kapitalanlagen im Rahmen eines Abkommens diesem Ziel dienen und dazu beitragen wird, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand in beiden Staaten zu mehren –

Recognising that reciprocal protection of such investments under an agreement will subserve the aforesaid objective and will be conducive to the stimulation of individual business initiative and will increase prosperity in both States,

haben folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens

- a) bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- i) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: juristische Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - ii) in bezug auf die Republik Indien: Kapitalgesellschaften, Unternehmen oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die nach dem in irgendeinem Teil Indiens geltenden Recht gegründet sind;
- b) bezeichnet der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wird, angelegt werden und umfaßt insbesondere, aber nicht ausschließlich:
- i) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - ii) Anteilsrechte an und Obligationen von Gesellschaften sowie andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - iii) Ansprüche auf Geld oder vertragliche Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - iv) Rechte des geistigen Eigentums wie Patente, Urheberrechte, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, technische Verfahren, Know-how und Good-

Article 1

Definitions

For the purpose of this Agreement:

- (a) "Companies" means:
- (i) in respect of the Republic of India: corporations, firms and associations incorporated or constituted under the law in force in any part of India;
 - (ii) in respect of the Federal Republic of Germany: juridical persons as well as commercial or other companies or associations with or without legal personality having their seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not their activities are directed at profit;
- (b) "Investment" means every kind of asset invested in accordance with the national laws of the Contracting Party where the investment is made and, in particular, though not exclusively, includes:
- (i) movable and immovable property as well as other rights such as mortgages, liens, or pledges;
 - (ii) shares in, and stock and debentures of, a company, and any other forms of such interests in a company;
 - (iii) right to money or to any performance under contract having a financial value;
 - (iv) intellectual property rights, including patents, copyrights, registered designs, trade marks, trade names, technical processes, know-how and goodwill in accordance with

- will gemäß den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der betroffenen Vertragspartei;
- v) gesetzliche oder vertragliche Konzessionen einschließlich Bergbau- und Ölgewinnungskonzessionen;
- c) bezeichnet der Begriff „Investoren“ Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Kapitalanlagen getätigt haben oder tätigen;
- d) bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
- i) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- ii) in bezug auf die Republik Indien:
Personen, die ihre Rechtsstellung als indische Staatsangehörige von dem in Indien geltenden Recht ableiten;
- e) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Gelderträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, wie Gewinnanteile, Zinsen, Dividenden, Lizenz- oder andere Entgelte;
- f) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“
- i) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
das Hoheitsgebiet, in dem das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung findet und das Hoheitsgebiet, in dem das Völkerrecht der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen erlaubt,
- ii) in bezug auf die Republik Indien:
das Hoheitsgebiet der Republik Indien einschließlich ihrer Hoheitsgewässer und ihres Luftraums sowie anderer Seegebiete einschließlich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, über welche die Republik Indien nach ihren geltenden Gesetzen, dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 und dem Völkerrecht Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.

Artikel 2

Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen gilt für alle Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, unabhängig davon, ob sie vor oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen worden sind.

Artikel 3

Förderung und Schutz von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei wird für Investoren der anderen Vertragspartei günstige Bedingungen fördern und schaffen und ferner Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften und Richtlinien zulassen.

(2) Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen und Investoren in bezug auf solche Kapitalanlagen jederzeit eine gerechte und billige Behandlung sowie vollen Schutz und volle Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet gewähren.

(3) Keine Vertragspartei wird den internationalen Verkehr von Gütern und Personen, der in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Kapitalanlage steht, einschränken, vorbehaltlich zweiseitiger oder internationaler Übereinkünfte über solche Beförderungen, die zwischen den Vertragsparteien in Kraft sind.

Artikel 4

Inländerbehandlung und Meistbegünstigung

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei, einschließlich des Betriebs, der

the relevant laws of the respective Contracting Party;

- (v) business concessions conferred by law or under contract, including concessions for mining and oil exploration;
- (c) "Investors" means nationals or companies of a Contracting Party who have effected or are effecting investment in the territory of the other Contracting Party;
- (d) "Nationals" means:
- (i) in respect of the Republic of India:
persons deriving their status as Indian nationals from the law in force in India;
- (ii) in respect of the Federal Republic of Germany:
Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;
- (e) "Returns" means the monetary returns yielded by an investment, such as profits, interest, dividends, royalties and fees;
- (f) "Territory" means:
- (i) in respect of the Republic of India:
the territory of the Republic of India including its territorial waters and the airspace above it and other maritime zones including the Exclusive Economic Zone and continental shelf over which the Republic of India has sovereignty, sovereign rights or jurisdiction in accordance with its laws in force, the 1982 United Nations Convention on the Law of the Sea or Public International Law;
- (ii) in respect of the Federal Republic of Germany:
the territory of application of the law of the Federal Republic of Germany and the territory where international law permits the Federal Republic of Germany to exercise sovereign rights or jurisdiction.

Article 2

Scope of the Agreement

This Agreement shall apply to all investments made by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, whether made before or after the coming into force of this Agreement.

Article 3

Promotion and Protection of Investment

(1) Each Contracting Party shall encourage and create favourable conditions for investors of the other Contracting Party and also admit investments in its territory in accordance with its law and policy.

(2) Each Contracting Party shall accord to investments as well as to investors in respect of such investments at all times fair and equitable treatment and full protection and security in its territory.

(3) Neither Contracting Party shall place any constraints on the international movement of goods or persons directly connected with an investment being transported subject to bilateral or international agreements governing such transports, which are in force between the Contracting Parties.

Article 4

National Treatment and Most Favoured Nation Treatment

(1) Each Contracting Party shall accord to investments of investors of the other Contracting Party, including their operation,

Verwaltung, der Verwendung, des Gebrauchs, der Nutzung und der Veräußerung durch die Investoren, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Absatz 1 bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(3) Absatz 1 bezieht sich ferner nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den eigenen Investoren oder den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Abkommens, aufgrund von Rechtsvorschriften oder aufgrund von sonstigen Regelungen als Folge dieser Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Steuern, einschließlich eines Doppelbesteuerungsabkommens, gewährt.

Artikel 5

Enteignung oder Verstaatlichung

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen dieser Vertragspartei, in nicht-diskriminierender Weise und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen; die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten oder verstaatlichten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich tatsächlich verwertbar sowie frei konvertierbar und transferierbar sein. Sie ist vom Zeitpunkt der Enteignung oder Verstaatlichung bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung der Entschädigung fair und gerecht zu verzinsen.

(2) Ein Investor, dessen Kapitalanlage enteignet oder verstaatlicht wird, kann nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei, welche die Enteignung oder Verstaatlichung durchführt, die Enteignungs- oder Verstaatlichungsmaßnahmen durch eine richterliche oder sonstige unabhängige Instanz dieser Vertragspartei nachprüfen lassen.

(3) Enteignet eine Vertragspartei das Vermögen einer Gesellschaft in ihrem Hoheitsgebiet, an der Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, so stellt sie sicher, daß die Absätze 1 und 2 gleichermaßen hinsichtlich der Entschädigung für Kapitalanlagen dieser Investoren der anderen Vertragspartei angewendet werden, die Inhaber dieser Anteile sind.

Artikel 6

Entschädigung für Verluste

Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Staatsnotstand oder Unruhen Verluste an Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Entschädigungen, Rückerstattungen, Abfindungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten. Zahlungen nach Maßgabe dieses Artikels müssen frei transferierbar sein.

Artikel 7

Rückführung von Kapitalanlagen und Erträgen

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei unverzüglich und in nicht-diskriminierender Weise den Transfer

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung und Ausweitung der Kapitalanlagen;
- b) von Betriebsgewinnen, einschließlich Dividenden und Zinsen im Verhältnis ihrer Beteiligung;

management, maintenance, use, enjoyment or disposal by such investors, treatment which shall not be less favourable than that accorded either to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(3) The provisions of paragraph 1 shall also not relate to advantages which either Contracting Party accords to its own investors or to investors of third States by virtue of an agreement, legislation, or arrangements consequent to such legislation regarding matters of taxation, including an agreement on the avoidance of double taxation.

Article 5

Expropriation or Nationalisation

(1) Investments of investors of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalised or subjected to measures having effect equivalent to nationalisation or expropriation in the territory of the other Contracting Party except in public interest, authorised by the laws of that Party, on a non-discriminatory basis and against compensation which shall be equivalent to the value of the expropriated or nationalised investment immediately before the date on which such expropriation or nationalisation became publicly known. Such compensation shall be effectively realisable without undue delay and shall be freely convertible and transferable. Interest shall be paid in a fair and equitable manner for the period between the date of expropriation or nationalisation and the date of actual payment of compensation.

(2) An investor whose investment is expropriated or nationalised may, under the laws of the Contracting Party making the expropriation or nationalisation, seek review of expropriation or nationalisation measures by a judicial or other independent authority of that Contracting Party.

(3) Where a Contracting Party expropriates the assets of a company in its own territory, in which investors of the other Contracting Party own shares, it shall ensure that the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article are applied in the same manner to provide compensation in respect of the investment of such investors of the other Contracting Party who are owners of those shares.

Article 6

Compensation for Losses

Investors of one Contracting Party whose investments in the territory of the other Contracting Party suffer losses owing to war or other armed conflict, a state of national emergency or civil disturbances, shall be accorded by the latter Contracting Party treatment, as regards compensation, restitution, indemnification or other forms of settlement, no less favourable than that which the latter Contracting Party accords to its own investors or investors of any third State. Any payments made under this Article shall be freely transferable.

Article 7

Repatriation of Investment and Returns

(1) Each Contracting Party shall ensure and permit investors of the other Contracting Party, without undue delay and on a non-discriminatory basis, the transfer of:

- a) Capital and additional capital amounts used to maintain and increase investments;
- b) Net operation profits including dividends and interest in proportion to their shareholding;

- c) von Rückzahlungen von Darlehen, einschließlich anfallender Zinsen, im Zusammenhang mit der Kapitalanlage;
- d) von Zahlungen von Lizenz- und anderen Gebühren, soweit sie im Zusammenhang mit der Kapitalanlage erfolgen;
- e) der Erlöse aus der Veräußerung ihrer Anteile;
- f) der Erlöse, die die Investoren im Falle der Liquidation der Kapitalanlage erhalten;
- g) der Einkünfte von Staatsangehörigen einer Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätig sind;
- h) aller anderen Erträge.

(2) Absatz 1 läßt den Transfer von Entschädigungen nach Artikel 6 unberührt.

(3) Transferierungen nach Absatz 1 und nach Artikel 5 und Artikel 6 werden in einer konvertierbaren Währung zugelassen. Sie erfolgen zu dem am Tag des Transfers gültigen Marktkurs. Ist ein solcher Marktkurs nicht vorhanden, soll der anwendbare Kurs dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

(4) Als unverzüglich durchgeführt gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags mit allen erforderlichen Unterlagen und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(5) Jede Vertragspartei kann Gesetze und sonstige Vorschriften beibehalten, nach denen Berichte über Währungstransferierungen erforderlich sind.

Artikel 8

Eintritt in Rechte

Hat eine Vertragspartei oder eine von ihr bestimmte Stelle eine Entschädigung im Fall von nicht-kommerziellen Risiken in bezug auf Kapitalanlagen ihrer Investoren im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zugesichert und hat sie diesen Investoren hinsichtlich ihrer Forderungen aufgrund dieses Abkommens Zahlungen geleistet, so erkennt diese andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei oder der von ihr bestimmten Stelle in die Rechte und Ansprüche ihrer Investoren an. Die Rechte und Ansprüche, in die sie eintritt, gehen nicht über die ursprünglichen Rechte und Ansprüche der betroffenen Investoren hinaus.

Artikel 9

Investitionsstreitigkeiten

(1) Streitigkeiten zwischen einem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei werden, soweit möglich, zwischen den Streitparteien im Verhandlungsweg gütlich beigelegt. Die Partei, die beabsichtigt, die Streitigkeit im Verhandlungsweg beizulegen, zeigt der anderen Partei ihre Absichten an.

(2) Kann eine Streitigkeit nicht gemäß Absatz 1 innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der Anzeige beigelegt werden, so kann sie in Übereinstimmung mit den Vergleichsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht von 1980 einem Vergleichsverfahren unterworfen werden, sofern beide Parteien dem zustimmen. Stimmt eine Partei dem Vergleichsverfahren nicht zu oder verläuft das Verfahren ergebnislos, so kann eine Partei die Streitigkeit einem Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht von 1976 unter folgenden Voraussetzungen unterwerfen:

- a) Bei Vergleichsverfahren sind zwei Schlichter erforderlich, von denen jede Vertragspartei einen bestellt;

- (c) Repayments of any loan, including interest thereon, relating to the investment;
- (d) Payment of royalties and service fees as far as it is related to the investment;
- (e) Proceeds from sales of their shares;
- (f) Proceeds received by investors in case of liquidation;
- (g) Earnings of nationals of one Contracting Party who work in connection with investment in the territory of the other Contracting Party;
- (h) Any other returns.

(2) Nothing in paragraph 1 of this Article shall affect the transfer of compensation under Article 6 of this Agreement.

(3) Transfers under paragraph 1 of this Article, as well as under Article 5 and Article 6, shall be permitted in a convertible currency. Such transfer shall be made at the prevailing market rate of exchange on the date of transfer. If a market rate is unavailable the applicable rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

(4) A transfer shall be deemed to have been made without undue delay if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The period shall commence on the day on which the relevant request has been made, with full documentation and information, and may on no account exceed two months.

(5) Either Contracting Party may maintain laws and regulations requiring reports of currency transfers.

Article 8

Subrogation

In case one Contracting Party or its designated agency has guaranteed any indemnity against non-commercial risks in respect of investments by its investors in the territory of the other Contracting Party and has made payment to such investors in respect of their claims under this Agreement, the other Contracting Party recognises that the former Contracting Party or its designated agency is entitled by virtue of subrogation to exercise the rights and assert the claims of its own investors. The subrogated rights or claims shall not exceed the original rights or claims of such investors.

Article 9

Investment Disputes

(1) Any dispute between an investor of one Contracting Party and the other Contracting Party in connection with an investment in the territory of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably through negotiations between the parties to the dispute. The party intending to resolve such dispute through negotiations shall give notice to the other of its intentions.

(2) If the dispute cannot be thus resolved as provided in paragraph 1 of this Article within six months from the date of notice given thereunder, then the dispute may be referred to conciliation in accordance with the United Nations Commission on International Trade Law Rules on Conciliation, 1980, if both parties agree. If either party does not agree to conciliation or if conciliation fails, either party may refer such dispute to arbitration in accordance with the United Nations Commission on International Trade Law Rules on Arbitration, 1976, subject to the following provisions:

- (a) in respect of conciliation proceedings, there shall be two conciliators, one each appointed by the respective parties;

b) bei Schiedsverfahren gilt folgendes:

- i) Das Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern. Jede Partei wählt einen Schiedsrichter aus. Diese beiden Schiedsrichter benennen einvernehmlich einen Obmann, der Staatsangehöriger eines dritten Staates ist, der mit den Regierungen der Streitparteien diplomatische Beziehungen unterhält. Die Schiedsrichter werden innerhalb von zwei Monaten bestellt, nachdem eine der Streitparteien der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsverfahren unterwerfen will.
- ii) Der Schiedsspruch wird in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Abkommens, den einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften, einschließlich der Kollisionsnormen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investitionsstreitigkeit entstanden ist, und den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts gefällt.
- iii) Werden die erforderlichen Bestellungen nicht innerhalb der in Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i genannten Frist vorgenommen, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Partei den Generalsekretär des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.
- iv) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.
- v) Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und bindend; der Schiedsspruch wird von beiden Parteien befolgt. Er wird in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde, vollstreckt.
- vi) Das Schiedsgericht teilt die Grundlage seiner Entscheidung und die Begründung auf Verlangen einer Partei mit.
- vii) Jede betroffene Partei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns für seine Tätigkeit in dem Schiedsverfahren sowie die sonstigen Kosten des Schiedsgerichts werden von den betroffenen Parteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch in seiner Entscheidung anordnen, daß eine der beiden Parteien einen höheren Anteil der Kosten zu tragen hat; dieser Schiedsspruch ist für beide Parteien bindend.
- viii) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat. In einem solchen Fall erkennt die andere Vertragspartei den in dem Schieds- oder Vergleichsverfahren gefällten Spruch an und leitet kein neues Verfahren bezüglich der von dem Schiedsspruch erfaßten Angelegenheit ein.

Artikel 10

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, im Verhandlungsweg beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern. Innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang des Verlangens,

(b) in respect of arbitration proceedings, the following shall apply:

- (i) The arbitral tribunal shall consist of three arbitrators. Each party shall select an arbitrator. These two arbitrators shall appoint by mutual agreement a Chairman who shall be a national of a third State which has diplomatic relations with the Governments of the parties to the dispute. The arbitrators shall be appointed within two months from the date on which one of the parties to the dispute informs the other of its intention to submit the dispute to arbitration;
- (ii) The arbitral award shall be made in accordance with the provisions of this Agreement, the relevant national laws including the rules on the conflict of laws of the Contracting Party where the investment dispute arises as well as the generally recognised principles of international law;
- (iii) If the necessary appointments are not made within the period specified in paragraph (2) (b) (i), either party may, in the absence of any other agreement, request the Secretary General of the International Centre for the Settlement of Investment Disputes to make the necessary appointments;
- (iv) The tribunal shall reach its decision by a majority of votes;
- (v) The decision of the arbitral tribunal shall be final and binding and the parties shall abide by and comply with the terms of its award. The award shall be enforced in accordance with national laws of the Contracting Party where the investment has been made;
- (vi) The arbitral tribunal shall state the basis of its decision and state reasons upon the request of either party;
- (vii) Each party concerned shall bear the cost of its own arbitrator and its representation in the arbitral proceedings. The cost of the Chairman in discharging his arbitral function and the remaining costs of the tribunal shall be borne equally by the parties concerned. The tribunal may, however, in its decision direct that a higher proportion of costs shall be borne by one of the two parties, and this award shall be binding on both parties;
- (viii) During conciliation or arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage. In this case the other Contracting Party will respect the award made in the arbitration or conciliation proceedings and shall not initiate fresh proceedings for the same matter as covered in the award.

Article 10

Disputes between the Contracting Parties

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement should, if possible, be settled through negotiations.

(2) If a dispute between the Contracting Parties cannot be settled after six months, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to arbitration.

(3) The arbitral tribunal shall consist of three arbitrators. Within two months of receipt of the request for arbitration, each Contract-

ein Schiedsverfahren einzuleiten, bestellt jede Vertragspartei einen Schiedsrichter, und innerhalb einer Frist von weiteren zwei Monaten bestellen die Vertragsparteien einen dritten Schiedsrichter als Obmann des Schiedsgerichts.

(4) Werden innerhalb der in Absatz 3 genannten Fristen die erforderlichen Ernennungen nicht vorgenommen, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, diese Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so wird der Vizepräsident gebeten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so wird das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, gebeten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidung ist für beide Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds des Schiedsgerichts und ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht sowie die Hälfte der Kosten des Obmanns und der sonstigen Kosten. Das Schiedsgericht kann jedoch in seiner Entscheidung anordnen, daß eine der beiden Vertragsparteien einen höheren Anteil der Kosten zu tragen hat. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Anwendbare Rechtsvorschriften

Vorbehaltlich dieses Abkommens unterliegen alle Kapitalanlagen den im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in der die Kapitalanlagen vorgenommen werden, geltenden Rechtsvorschriften,

Artikel 12

Verbote und Beschränkungen

Dieses Abkommen schließt nicht aus, daß eine Vertragspartei Verbote oder Beschränkungen anwendet, die zum Schutz ihrer wesentlichen Sicherheitsinteressen oder zur Verhütung von Tier- und Pflanzenkrankheiten oder -seuchen erforderlich sind.

Artikel 13

Anwendung sonstiger Regeln

(1) Ergeben sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, allgemeine oder besondere Regeln, durch die den Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so gehen diese Regeln dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger sind.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat, wobei Streitigkeiten, die sich aus diesen Verpflichtungen ergeben, nur nach den Bestimmungen der diese Verpflichtungen begründenden Verträge beigelegt werden.

Artikel 14

Inkrafttreten

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; es tritt zum Zeitpunkt des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 15

Geltungsdauer und Außerkrafttreten

Dieses Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft. Nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer, sofern nicht eine der

ing Party shall appoint one arbitrator and within two months from then the Contracting Parties shall appoint a third arbitrator who shall be the Chairman of the tribunal.

(4) If within the periods specified in paragraph (3) of this Article the necessary appointments have not been made, either Contracting Party may, in the absence of any other agreement, invite the President of the International Court of Justice to make such appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise not able to discharge the function, the Vice-President shall be invited to make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he too is unable to discharge the function, the Member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall be invited to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes. Such decision shall be binding on both Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member of the tribunal and of its representation in the arbitral proceedings and half of the costs of the Chairman and the remaining costs. The tribunal may, however, in its decision direct that a higher proportion of costs shall be borne by one of the two Contracting Parties. The tribunal shall determine its own procedure.

Article 11

Applicable Laws

All investments shall, subject to this Agreement, be governed by the laws in force in the territory of the Contracting Party in which such investments are made.

Article 12

Prohibitions and Restrictions

Nothing in this Agreement shall prevent either Contracting Party from applying prohibitions or restrictions to the extent necessary for the protection of its essential security interests, or for the prevention of diseases and pests in animals or plants.

Article 13

Application of other Rules

(1) If the provisions of law of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement contain rules, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Agreement, such rules shall, to the extent that they are more favourable, prevail over the present Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party, with disputes arising from such obligations being only redressed under the terms of the contracts underlying the obligations.

Article 14

Entry into Force

This Agreement shall be subject to ratification and enter into force on the date of exchange of Instruments of Ratification.

Article 15

Duration and Termination

This Agreement shall remain in force for a period of ten years. Thereafter, it shall continue to be in force until the expiry of twelve

beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich gekündigt hat; jedoch gelten für Kapitalanlagen, die während der Geltungsdauer des Abkommens vorgenommen worden sind, dessen Bestimmungen für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an, unbeschadet der Anwendung der Regeln des allgemeinen Völkerrechts nach Ablauf dieser Frist. Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische Beziehungen weiter bestehen.

months from the date on which either Contracting Party shall have given written notice of termination to the other; provided that in respect of investments made while the Agreement is in force, its provisions shall continue to be in effect with respect to such investments for a period of fifteen years after the date of termination and without prejudice to the application thereafter of the rules of general international law. This Agreement shall be in force irrespective of whether or not diplomatic relations continue between the Contracting Parties.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

In witness thereof the undersigned have signed this Agreement.

Geschehen zu Bonn am 10. Juli 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, in Hindi und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Bonn on this 10th July 1995 in duplicate in the German, Hindi and English languages, each text being authentic. In case of divergence of interpretation, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Kinkel

Für die Republik Indien
For the Republic of India
Mukherjee

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, 5. Juni 1997

Ambassador of India

June 5, 1997

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das am 10. Juli 1995 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen folgende Vereinbarung zu Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage vorzuschlagen:

1. Es besteht Einvernehmen zwischen beiden Vertragsparteien, daß sie im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf Einreise und Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben, wohlwollend prüfen werden. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
2. Diese Vereinbarung wird in deutscher, hindi und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und hindi Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Falls sich die Regierung der Republik Indien mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die zum Zeitpunkt des Austausches der Ratifikationsurkunden des Abkommens vom 10. Juli 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über die Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hartmann

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Republik Indien
Herrn Satinder K. Lambah
Bonn

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of the letter of today's date which reads as follows:

"Excellency,

I have the honour to refer to the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of India concerning the Promotion and the Protection of Investments, signed in Bonn on 10 July 1995, and to propose on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that the following Arrangement regarding entry, sojourn and work permits in connection with an investment be concluded:

1. Both Contracting Parties agree that they shall within the framework of national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.
2. This Arrangement shall be concluded in the German, Hindi and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Hindi texts, the English text shall prevail.

If the Government of the Republic of India agrees to this proposal, this Note and Your Excellency's Note in reply thereto expressing your Government's agreement shall constitute an Arrangement between our Governments, which shall enter into force on the date of the exchange of instruments of ratification relating to the Agreement of 10 July 1995 between the Federal Republic of Germany and the Republic of India concerning the Promotion and Protection of Investments.

Accept, Excellency, the assurance of my high consideration."

I have the honour to confirm that your letter correctly sets out the understanding reached between our two Governments.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Satinder K. Lambah
For the Republic of India

H.E. Dr. Peter Hartmann
State Secretary
Auswärtiges Amt
Bonn

Gesetz
zu dem Abkommen vom 14. Juni 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 14. Juni 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany and the State of Qatar
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
der Staat Katar –

The Federal Republic of Germany
and
the State of Qatar

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

desiring to intensify economic co-operation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

haben folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Für die Zwecke dieses Abkommens

For the purposes of this Agreement

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, eingetragene Geschmacksmuster, Marken, Handelsnamen, technische Verfahren, Know-how und Goodwill sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse;
 - e) gesetzliche oder vertragliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen in bezug auf das Hoheitsgebiet und das Meeresgebiet der Vertragsparteien;

1. The term "investments" comprises every kind of asset, in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
 - (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
 - (d) intellectual, commercial and industrial property rights, in particular copyrights, patents, registered designs, trademarks, trade-names, technical processes, know-how, and good will, as well as trade and business secrets;
 - (e) business concessions conferred by law or under contract including concessions to search for, extract and exploit natural resources in the territory and the maritime area of the Contracting Parties;

- eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt, sofern die Änderung nicht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei steht, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wird;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
 3. bezeichnet der Begriff „Investor“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
 - (1) Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - (2) jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - b) in bezug auf den Staat Katar:
 - (1) natürliche Personen, welche die Staatsangehörigkeit des Staates Katar besitzen,
 - (2) jede juristische Person mit der Rechtsstellung einer Gesellschaft, einer Kapitalgesellschaft oder einer staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtung, die im Hoheitsgebiet des Staates Katar nach Maßgabe seiner Rechtsvorschriften gegründet wurde oder mittelbar oder unmittelbar unter dem Einfluß von Staatsangehörigen des Staates Katar stehen,
 - (3) die Regierung des Staates Katar;
 4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“

das Hoheitsgebiet sowie das Meeresgebiet jeder Vertragspartei, über das sie in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.
- any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment, provided that such alteration is not in conflict with the legislation of the Contracting Party in which territory the investment is made;
2. The term "returns" means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
 3. The term "investor" means
 - (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
 - (1) Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;
 - (2) any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;
 - (b) in respect of the State of Qatar:
 - (1) physical persons having the nationality of the State of Qatar;
 - (2) any legal person having the status of a company or corporation or public and semipublic entity constituted in the territory of the State of Qatar in accordance with its legislation or being controlled directly or indirectly by nationals of the State of Qatar;
 - (3) the Government of the State of Qatar;
 4. The term "territory" means:

The territory of each Contracting Party as well as the maritime area of each Contracting Party over which it exercises sovereign rights or jurisdiction in accordance with international law.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Zugelassene Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz aus diesem Abkommen. Sie wird Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechts in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Instandhaltung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen ihrer eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder einer sonstigen ähnlichen regionalen Wirtschaftsorganisation oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. Once admitted such investments shall enjoy the full protection of the Agreement. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment in accordance with the principles of international law.

(2) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of investors of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or to investments of investors of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject investors of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area or any other similar regional Economic Organization.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting Party accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlagen unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachprüfbar sein.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Article 4

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provisions shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency or revolt shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) of the returns;
- (c) in repayment of loans;
- (d) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) of the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Artikel 7

Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem im Zeitpunkt der Transferierung gültigen Wechselkurs.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Darüber hinaus wird jede Vertragspartei jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung, Anwendung oder das Außerkrafttreten dieses Abkommens sollen, soweit möglich, auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem eine Vertragspartei die Angelegenheit geltend gemacht hat, beigelegt werden, so kann sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

(3) Das betreffende Schiedsgericht wird in jedem Einzelfall wie folgt gebildet: Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter, und beide Schiedsrichter bestellen einvernehmlich einen Angehörigen eines dritten Staates, der zum Obmann des Schiedsgerichts ernannt wird. Alle Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten nach dem Zeitpunkt zu bestellen, zu dem eine Vertragspartei der anderen ihre Absicht notifiziert hat, die Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, sofern er nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und für die Vertragsparteien bindend. Sie werden in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Abkommens und den entsprechenden Grundsätzen des Völkerrechts getroffen.

(6) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst. Auf Verlangen einer Vertragspartei legt es seinen Schiedsspruch aus. Sofern das Gericht nicht unter besonderen Umständen eine anderweitige Entscheidung trifft, tragen die Vertragsparteien die Kosten des Verfahrens, einschließlich des Honorars der Schieds-

Article 7

Transfers under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the current exchange rate prevailing on the date of transfer.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation, shall to the extent that it is more favourable, prevail over this Agreement.

(2) In addition, each Contracting Party shall observe any contractual obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 9

This Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation.

Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation, application or termination of this Agreement shall be settled, if possible, through diplomatic channels.

(2) If the dispute has not been settled within a period of six months from the date on which the matter was raised by either Contracting Party, it may be submitted at the request of either Contracting Party to an Arbitral Tribunal.

(3) The said Tribunal shall be created as follows for each specific case: each Contracting Party shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators thus appointed shall appoint by mutual agreement a national of a third country, who shall be designated as Chairman of the Tribunal. All the arbitrators must be appointed within two months from the date of notification by one Contracting Party to the other Contracting Party of its intention to submit the disagreement to arbitration.

(4) If the periods specified in the foregoing paragraph above have not been observed, either Contracting Party shall, in the absence of any other agreement invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President, who is not a national of either Contracting Party, shall make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The Tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. These decisions shall be final and legally binding upon the Contracting Parties. They shall be taken in conformity with the provisions of this Agreement, and the related principles of international law.

(6) The Tribunal shall set its own rules of procedure. It shall interpret its award at the request of either Contracting Party. Unless otherwise decided by the Tribunal, in accordance with special circumstances, the legal costs, including the fees of the arbitrators, shall be shared equally between the two Contracting

richter, zu gleichen Teilen. Sofern die Vertragsparteien keine anderweitige Vereinbarung treffen, tritt das Schiedsgericht am Sitz des Ständigen Schiedshofs in Den Haag (Niederlande) zusammen.

Artikel 11

(1) Jeder Rechtsstreit, der im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei entsteht, soll zwischen den beiden betroffenen Parteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer schriftlichen Geltendmachung durch die eine oder andere der Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Partei dem Schiedsverfahren des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) unterworfen, das durch das am 18. März 1965 in Washington unterzeichnete Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten errichtet wurde.

(3) Findet das in Absatz 2 genannte Übereinkommen keine Anwendung, so ist die Streitigkeit von einem von Fall zu Fall zu bildenden Schiedsgericht beizulegen. Das Schiedsgericht wird wie folgt gebildet:

- a) Jede Streitpartei bestellt einen Schiedsrichter und beide Schiedsrichter bestellen einvernehmlich einen dritten Schiedsrichter, der Angehöriger eines dritten Staates sein muß und von den beiden Parteien zum Obmann des Schiedsgerichts ernannt wird. Alle Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten ab dem Zeitpunkt zu bestellen, zu dem die eine Partei der anderen ihre Absicht notifiziert hat, die Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten.
- b) Werden die unter Buchstabe a genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Partei den Präsidenten der Internationalen Handelskammer in Paris bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.
- c) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen sind endgültig und für die Parteien bindend; sie sind nach innerstaatlichem Recht zu vollstrecken. Sie sind in Übereinstimmung mit diesem Abkommen, den Rechtsvorschriften der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei und den Grundsätzen des Völkerrechts zu treffen.

(4) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren in Übereinstimmung mit der Schiedsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL). Auf Verlangen einer der Parteien legt es seinen Schiedsspruch aus. Sofern das Gericht nicht unter besonderen Umständen eine anderweitige Entscheidung trifft, tragen die Parteien die Kosten des Verfahrens, einschließlich des Honorars der Schiedsrichter, zu gleichen Teilen. Sofern die Parteien keine anderweitige Vereinbarung treffen, tritt das Schiedsgericht am Sitz des Ständigen Schiedshofs in Den Haag (Niederlande) zusammen.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Doha ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

Parties. Unless otherwise agreed by the Contracting Parties, the venue of arbitration is the seat of the Permanent Court of Arbitration in the Hague (Netherlands).

Article 11

(1) Any legal dispute arising directly out of an investment between one Contracting Party and an investor of the other Contracting Party should be settled amicably between the two parties concerned.

(2) If this dispute has not been settled within a period of six months from the date at which it was raised in writing by one or other parties to the dispute, it shall be submitted, at the request of either party to the arbitration of the International Centre for the Settlement of Investment Disputes (ICSID), created by the Convention for the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, signed in Washington on March 18, 1965.

(3) In case the Convention mentioned in the foregoing paragraph is not applicable, then the dispute shall be settled by an ad hoc arbitration. The ad hoc Arbitral Tribunal shall be established as follows:

- (a) Each party to the dispute shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators thus appointed shall appoint by mutual agreement a third arbitrator, who must be a national of a third country, and who shall be designated as Chairman of the Tribunal by the two parties. All the arbitrators must be appointed within two months from the date of notification by one party to the other party of its intention to submit the dispute to arbitration.
- (b) If the periods specified in Section (a) here above have not been met, either party, in the absence of any other agreement, shall invite the Chairman of the International Chamber of Commerce of Paris to make the necessary appointments.
- (c) The Tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. These decisions shall be final and legally binding upon the parties and shall be enforced in accordance with domestic law. They shall be taken in conformity with the provisions of this Agreement, the laws of the Contracting Party to the dispute and the principles of international law.

(4) The Tribunal shall set its rules of procedure in conformity with the Arbitration Rules of the United Nations Commission for International Trade Law (UNCITRAL). The Tribunal shall interpret its award at the request of either party. Unless otherwise decided by the Tribunal, in accordance with special circumstances, the legal costs, including the fees of the arbitrators, shall be shared equally between the two parties. Unless otherwise agreed by the parties the venue of arbitration is the seat of the Permanent Court of Arbitration in the Hague (Netherlands).

Article 12

This Agreement shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Doha.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years this Agreement may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months notice.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of Articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Agreement.

Geschehen zu Bonn am 14. Juni 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Bonn on this 14th of June, 1996 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Helmut Schäfer
Lorenz Schomerus

Für den Staat Katar
For the State of Qatar
Mohammed Bin Khalifa Al-Thani

Protokoll

Protocol

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Instandhaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 4

- a) In bezug auf den Staat Katar muß die Rechtmäßigkeit einer Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme in einem ordentlichen Rechtsverfahren im Rahmen der Rechtsvorschriften des Staates Katar nachprüfbar sein, sofern der Investor und der Staat Katar keine anderweitige Vereinbarung getroffen haben.
- b) Um Unsicherheiten auszuschließen, gelten als Enteignung auch Fälle, in denen eine Vertragspartei Vermögenswerte einer Gesellschaft oder eines Unternehmens in ihrem Hoheitsgebiet enteignet, in der oder dem ein Investor der anderen Vertragspartei eine Kapitalanlage, einschließlich Beteiligungen in Form von Aktien, hat.

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the State of Qatar concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Agreement.

(1) Ad Article 1

- (a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.
- (b) Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party.

(2) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.
- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural investors resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.
- (c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment in connection with an investment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(3) Ad Article 4

- (a) With regard to the State of Qatar the legality of any expropriation, nationalization or comparable measure shall be subject to review by due process of law within the limits prescribed by the law of the State of Qatar if not otherwise agreed by the investor and the State of Qatar.
- (b) For the avoidance of doubt, expropriation shall include situations where a Contracting Party expropriates the assets of a company or enterprise in its territory in which an investor of the other Contracting Party has an investment, including through the ownership of shares.

(4) Zu Artikel 7

- a) Der gültige Wechselkurs nach Artikel 7 soll den dem IWF regelmäßig mitgeteilten marktüblichen Kursen entsprechen.
- b) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer von Geldmitteln in Landeswährung oder Devisen aus inländischen Konten, wenn dieser Transfer innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die betreffende Partei die inländische Bank anweist, die vorstehend genannten Geldmittel zu transferieren; sie darf zwei Monate nicht überschreiten.

(5) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschließen noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Abkommens bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Abkommens angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 14. Juni 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

(4) Ad Article 7

- (a) The current exchange rate of Article 7 should be reflected by the market rates notified on a regular basis to the IMF.
- (b) A transfer of funds paid in a local account either in local or foreign currency shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day of the relevant order given by the party concerned to the local bank to transfer the above mentioned funds and shall not exceed two months.

(5) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Agreement or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Agreement are invested;
- (b) persons travelling in connection with an investment.

Done at Bonn on 14th of June, 1996 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Helmut Schäfer
Lorenz Schomerus

Für den Staat Katar
For the State of Qatar
Mohammed Bin Khalifa Al-Thani

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 6. Mai 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Nicaragua
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Managua am 6. Mai 1996 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Nicaragua
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República de Nicaragua
sobre Fomento y Protección Recíproca de Inversiones de Capital

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Nicaragua –

La República Federal de Alemania

y

la República de Nicaragua,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Animados del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de uno de los dos Estados en el territorio del otro Estado,

Reconociendo que el fomento y la protección mediante Tratado de esas inversiones de capital pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han acordado lo siguiente:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Nicaragua: natürliche Personen, die Nicaraguaner gemäß den nicaraguanischen Gesetzen sind;

Artículo 1

Para los fines del presente Tratado:

1. El concepto de «inversiones de capital» comprende toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico, o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual como, en especial, derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, tecnología ("know-how") y buena imagen ("good will");
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación.

Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan su carácter de inversión de capital.

2. El concepto de «rentas» designa aquellas cantidades que proceden de una inversión de capital por un período determinado, como participaciones en las utilidades, dividendos, intereses, derechos de licencias u otras remuneraciones.
3. El concepto de «nacionales» designa
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania: los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - b) con referencia a la República de Nicaragua: personas naturales que tienen la nacionalidad nicaragüense de acuerdo a sus leyes.

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Republik Nicaragua:

jede gemäß den Gesetzen Nicaraguas gegründete juristische Person, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Nicaragua hat;

5. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“

in bezug auf jede Vertragspartei das ihrer Souveränität unterstellte Gebiet sowie die Meeresgebiete, in denen das internationale Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen gestattet.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt

4. El concepto de «sociedades» designa

a) con referencia a la República Federal de Alemania:

todas las personas jurídicas, así como todas las compañías comerciales o de otro tipo o asociación con o sin personalidad jurídica que tengan su sede en el territorio de la República Federal de Alemania, independientemente de que su actividad tenga o no fines lucrativos;

b) con referencia a la República de Nicaragua:

toda persona legal constituida bajo las leyes de Nicaragua, teniendo su sede en el territorio de la República de Nicaragua.

5. El término «territorio» significa

Con respecto a cada una de las Partes Contratantes, el territorio bajo su soberanía así como las zonas marítimas sobre las que la Parte Contratante ejerce derechos soberanos o jurisdicción, de conformidad con el derecho internacional.

Artículo 2

1) Cada una de las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, permitirá, dentro de su respectivo territorio, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promovéndolas en lo posible. En todo caso tratará justa y equitativamente las inversiones de capital.

2) Ninguna de las Partes Contratantes perjudicará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el aprovechamiento de las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

1) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a las inversiones de capital que sean propiedad o estén bajo la influencia de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de capital de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones de capital, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3) Dicho trato no se refiere a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.

4) El trato acordado por el presente artículo no se refiere a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

Artículo 4

1) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

2) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causa de utilidad pública, y deberán en tal caso, ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión de capital

entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem

expropiada inmediatamente antes de la fecha en que se hace pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equiparable. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, deberán haberse tomado debidamente disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y la cuantía de la indemnización, deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

3) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones de capital por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles.

4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de la nación más favorecida.

Artículo 5

Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión de capital, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto de la inversión de capital en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) de las indemnizaciones previstas en el artículo 4.

Artículo 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 10 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal, o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos (derechos transferidos), los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que el titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del artículo 4 y el artículo 5.

Artículo 7

1) Las transferencias conforme al párrafo 2 ó 3 del artículo 4, al artículo 5 o al artículo 6 se efectuarán sin demora, a la cotización vigente en cada caso.

2) Dicha cotización deberá coincidir con el tipo cruzado resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría, si en la fecha del pago cambiara las monedas de los países interesados, en derechos especiales de giro.

Artículo 8

1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, o de obligaciones emanadas del derecho internacional al

Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Dieser Vertrag gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind und die im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen stehen, welche vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags angewendet wurden.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maß-

margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 9

El presente Tratado se aplicará también a las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de cualquiera de las Partes Contratantes conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última. Sin embargo, este Tratado no se aplicará a divergencias o controversias surgidas antes de su entrada en vigencia y que estén relacionadas a medidas gubernamentales que se aplicaron antes de la entrada en vigencia de este Tratado.

Artículo 10

1) Las divergencias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes.

2) Si una divergencia no pudiere ser dirimida de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.

3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los gastos remanentes, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

6) Si ambas Partes Contratantes fueren también Estados Contratantes de la Convención sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados del 18 de Marzo de 1965, no se podrá, en atención a la disposición del párrafo 1 del artículo 27 de dicha Convención, acudir al tribunal arbitral arriba previsto cuando el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante hayan llegado a un acuerdo conforme al artículo 25 de la Convención. No

gabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Managua am 6. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Hans-Friedrich v. Ploetz

Für die Republik Nicaragua
Por la República de Nicaragua
E. Leal Sánchez

quedará afectada la posibilidad de acudir al tribunal arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión del Tribunal de Arbitraje de la mencionada Convención (artículo 27), o en el caso de traspaso por disposición legal o por acto jurídico, conforme al artículo 6 del presente Tratado.

Artículo 11

1) Las divergencias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones de capital deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en litigio.

2) Si una divergencia no pudiere ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en litigio la haya hecho valer, será sometida, a petición del nacional o de la sociedad de la otra Parte Contratante, a un procedimiento arbitral. En la medida en que las partes en litigio no lleguen a un arreglo en otro sentido, la divergencia se someterá a un procedimiento arbitral conforme a la Convención sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados del 18 de Marzo de 1965.

3) El laudo arbitral será obligatorio y no podrá ser objeto de otros recursos o demás acciones legales que los previstos en la mencionada Convención. Se ejecutará con arreglo al derecho interno.

4) La Parte Contratante implicada en el litigio no alegará, durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral, el hecho de que el nacional o la sociedad de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

Artículo 12

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Artículo 13

1) El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en Bonn.

2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento con preaviso de doce meses.

3) Para inversiones de capital realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 a 12 seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

Hecho en la ciudad de Managua, en dos ejemplares en los idiomas alemán y español a los seis días del mes de Mayo de mil novecientos noventa y seis, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

En el acto de la firma del Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Nicaragua sobre Fomento y Protección Recíproca de Inversiones de Capital, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado además las siguientes disposiciones, que considerarán como parte integrante del Tratado:

1) En referencia al artículo 1

- a. Los retornos de una inversión de capital, y en el caso de su reinversión también los retornos de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- b. Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante, a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante.

2) En referencia al artículo 2

- a. Gozarán de la plena protección del Tratado las inversiones de capital, que de acuerdo con las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes, hayan sido realizadas en el territorio de esta Parte Contratante, por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante.
- b. El Tratado regirá también en las áreas de la zona económica exclusiva y de la plataforma continental siempre que el Derecho Internacional conceda a la respectiva Parte Contratante el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en estas áreas.

3) En referencia al artículo 3

- a. Como «actividades» en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán especial pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3: el trato desigual en caso de limitaciones en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y explotación de todas clases, el trato desigual en caso de obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, así como cualquier otra medida que tenga efectos similares. No se considera «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3, las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, salud pública o moralidad.
- b. Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales, que según las leyes tributarias solo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio, a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.
- c. Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión de capital, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitará con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Managua am 6. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

4) En referencia al artículo 4

El derecho a indemnización se da aún en caso de que se inter venga a través de medidas estatales en la empresa objeto de la inversión de capital, y como consecuencia de ello se produzca un considerable perjuicio para la sustancia económica de la misma.

5) En referencia al artículo 7

Una transferencia se considera realizada «sin demora» en el sentido del párrafo 1 del artículo 7 cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

6) Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones de capital, cada una de las Partes Contratantes no excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante, y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes. Quedan comprendidos los transportes de:

- a. mercancías destinadas directamente a una inversión de capital, en el sentido del Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa o por encargo de una empresa en la que haya capital invertido en el sentido del Tratado;
- b. personas que viajen en relación con una inversión de capital.

Hecho en la ciudad de Managua, en dos ejemplares en los idiomas alemán y español a los seis días del mes de Mayo de mil novecientos noventa y seis, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Hans-Friedrich v. Ploetz

Für die Republik Nicaragua
Por la República de Nicaragua
E. Leal Sánchez

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 25. Juni 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. Juni 1996 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acord
între Republica Federală Germania și România
privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor de capital

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Rumänien –

im folgenden „Vertragsparteien“ genannt,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften angelegt werden, insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen sowie sonstige gesetzliche oder vertraglich begründete Rechte;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf Rumänien:
natürliche Personen, die nach den rumänischen Rechtsvorschriften seine Staatsangehörigen sind;

Republica Federală Germania
și
România,

denumite în cele ce urmează „Părți Contractante”,

în dorința de a intensifica cooperarea economică dintre cele două State,

preocupate să creeze condiții favorabile pentru investițiile de capital ale cetățenilor sau societăților unui Stat pe teritoriul celui alt Stat,

recunoscând că promovarea și protejarea pe bază de acord a acestor investiții de capital sunt menite să stimuleze inițiativa economică privată și să conducă la creșterea bunăstării ambelor popoare,

au convenit cele ce urmează:

Articolul 1

In sensul prezentului Acord:

- (1) Noțiunea „investiții de capital” cuprinde active de orice natură investite de către cetățeni sau societăți ale unei Părți Contractante pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, în conformitate cu legile și reglementările acesteia din urmă, în special, dar nu exclusiv:
 - a) proprietatea asupra bunurilor mobile și imobile precum și alte drepturi reale ca ipoteci și drepturi de gaj;
 - b) drepturi de participatie la societăți precum și alte modalități de participare la societăți;
 - c) drepturi de creanță, care au fost utilizate pentru realizarea unei valori economice sau drepturi cu privire la prestații care au o valoare economică;
 - d) drepturi de proprietate intelectuală, cum ar fi în special: drepturi de autor, brevete, modele utilitare, modele și mostre industriale, mărci, nume comerciale, secrete de serviciu și secrete comerciale, procedee tehnice, know-how și goodwill;
 - e) concesiuni de drept public, inclusiv concesiuni de prospectare și exploatare, precum și alte drepturi conferite prin lege sau prin contract;

orice modificare a formei în care vor fi plasate activele nu va afecta caracterul lor de investiție de capital;
- (2) Noțiunea „venituri” desemnează acele sume obținute dintr-o investiție de capital într-o perioadă de timp determinată cum ar fi: cote părți din profit, dividende, dobânzi, redevențe sau alte onorarii.
- (3) Noțiunea „cetățean” desemnează:
 - a) referitor la Republica Federală Germania:
germani în sensul Legii Fundamentale a Republicii Federale Germania;
 - b) referitor la România:
persoanele fizice care, în conformitate cu legile și reglementările române, sunt considerate a fi cetățenii săi.

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf Rumänien:

jede juristische Person, die in Übereinstimmung mit den rumänischen Rechtsvorschriften gegründet ist und ihren Sitz in Rumänien hat;

5. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ das Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei einschließlich ihrer territorialen Gewässer, in denen sie Souveränität ausübt, sowie die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandsockel, über die die jeweilige Vertragspartei souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen und die hierfür notwendigen Genehmigungen erteilen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Unterhaltung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder einer vergleichbaren regionalen Wirtschaftsorganisation oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen umgehende, angemessene und wirksame Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(4) Noțiunea "societăți" desemnează:

a) referitor la Republica Federală Germania:

orice persoană juridică precum și orice societate comercială sau orice altă societate sau asociație cu sau fără personalitate juridică, care își are sediul pe teritoriul Republicii Federale Germania, indiferent dacă activitatea sa este orientată sau nu spre obținerea de profit;

b) referitor la România:

orice persoană juridică constituită în conformitate cu legile și reglementările românești și având sediul în România.

(5) Noțiunea "teritoriu" desemnează teritoriul fiecărei Părți Contractante, inclusiv marea sa teritorială, aflată sub suveranitatea sa, precum și zona economică exclusivă și platoul continental asupra cărora fiecare Parte Contractantă exercită drepturi suverane sau jurisdicție în conformitate cu dreptul internațional.

Articolul 2

(1) Fiecare Parte Contractantă va promova pe teritoriul său, pe cât posibil, investițiile de capital ale cetățenilor sau ale societăților celeilalte Părți Contractante, și va permite aceste investiții de capital în concordanță cu legile și reglementările sale și va emite autorizațiile necesare acestora. Aceasta va trata investițiile de capital, în fiecare caz în parte, în mod just și echitabil.

(2) Nici o Parte Contractantă nu va afecta în nici un fel prin măsuri arbitrare ori discriminatorii, administrarea, întreținerea, folosirea sau exploatarea investițiilor de capital ale cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante pe teritoriul său.

Articolul 3

(1) Fiecare Parte Contractantă va trata nu mai puțin favorabil, pe teritoriul său, investițiile de capital care se află în proprietatea sau sub influența cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante, decât investițiile de capital ale propriilor cetățeni și societăți sau decât investițiile de capital ale cetățenilor și societăților unui stat terț.

(2) Fiecare Parte Contractantă va trata cetățenii sau societățile celeilalte Părți Contractante, cu privire la activitatea lor legată de investițiile de capital de pe teritoriul său, nu mai puțin favorabil decât proprii cetățeni și societăți sau cetățenii și societățile unui stat terț.

(3) Acest tratament nu se referă la privilegiile pe care o Parte Contractantă le acordă cetățenilor sau societăților unor țări, în virtutea calității lor de membru sau asociat al unei uniuni vamale sau economice, apartenența la o piață comună sau o zonă de comerț liber ori la o organizație economică regională similară.

(4) Tratamentul acordat în acest articol nu se referă la facilitățile care se acordă de către o Parte Contractantă cetățenilor sau societăților unor țări în virtutea unei convenții de evitare a dublei impunerii sau a oricărei alte înțelegeri privind probleme de impozitare.

Articolul 4

(1) Investițiile de capital ale cetățenilor sau societăților unei Părți Contractante beneficiază, pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, de deplină protecție și securitate.

(2) Investițiile de capital ale cetățenilor sau societăților unei Părți Contractante pot fi expropriate, naționalizate sau supuse unor alte măsuri cu efect de expropriere sau naționalizare, pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, numai pentru cauză de utilitate publică și contra unei despăgubiri prompte, efective și adecvate. Despăgubirea trebuie să corespundă valorii investiției

men. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die in frei konvertierbarer Währung festgesetzte und frei transferierbare Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vor-sorge getroffen sein. Auf Antrag werden die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese übertragenen Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Rechte oder Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 und 3, Artikel 5 und 6 werden unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktwechselkurs für laufende Geschäfte in der zu transferierenden Währung vorgenommen.

(2) Falls kein Devisenmarkt besteht, gilt je nachdem, was für den Investor günstiger ist, der jüngste Umrechnungskurs für ausländische Direktinvestitionen oder der jüngste Kurs des Internationalen Währungsfonds für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte.

expropriate, imediat înaintea momentului în care exproprierea, naționalizarea sau orice altă măsură similară efectivă sau iminentă a devenit publică. Despăgubirea stabilită în valută liber convertibilă și liber transferabilă, trebuie acordată fără întârziere și urmează să fie supusă plății de dobânzi până la momentul plății, la nivelul uzual al ratei dobânzii practicat de bancă. Până cel târziu în momentul exproprierii, naționalizării sau unor măsuri similare, vor fi prevăzute modalități adecvate pentru stabilirea și plata despăgubirii. La cerere, legalitatea exproprierii, naționalizării sau a unor măsuri similare precum și cuantumul despăgubirii se vor examina pe calea unei proceduri legale.

(3) Cetățenii sau societățile unei Părți Contractante care suferă pierderi la investițiile de capital efectuate pe teritoriul celeilalte Părți Contractante datorită războiului sau altor conflicte armate, revoluției, stării de necesitate națională sau răscoalei nu vor fi tratați mai puțin favorabil de către această Parte Contractantă în ceea ce privește restituirea, compensarea, despăgubirea sau alte indemnizații, decât proprii săi cetățeni sau propriile sale societăți. Astfel de plăți trebuie să fie liber transferabile.

(4) În ceea ce privește problemele reglementate de acest articol, cetățenii sau societățile unei Părți Contractante beneficiază pe teritoriul celeilalte Părți Contractante de tratamentul națiunii celei mai favorizate.

Articolul 5

Fiecare parte Contractantă garantează cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante liberul transfer al plăților referitoare la investițiile de capital, în special:

- a) al capitalului și al sumelor suplimentare pentru menținerea sau extinderea investiției de capital;
- b) al veniturilor;
- c) pentru rambursarea împrumuturilor;
- d) al sumelor rezultate ca urmare a lichidării totale sau parțiale sau înstrăinării investiției de capital;
- e) al despăgubirilor prevăzute la Articolul 4.

Articolul 6

Dacă o Parte Contractantă efectuează plăți cetățenilor sau societăților sale, în baza unei garanții, pentru investiții de capital de pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, atunci această cealaltă Parte Contractantă recunoaște, fără a aduce atingere drepturilor primei Părți Contractante conform Articolului 10, transferarea tuturor drepturilor sau pretențiilor acestor cetățeni sau societăți, către prima Parte Contractantă, în virtutea legii sau în baza unui act juridic. De asemenea, cealaltă Parte Contractantă recunoaște primei Părți Contractante intrarea în toate aceste drepturi sau pretenții transferate pe care prima Parte Contractantă este îndreptățită să le exercite în aceeași măsură ca și predecesorii săi legali. Pentru transferul plăților pe baza drepturilor sau pretențiilor transferate sunt valabile, în mod corespunzător, Articolul 4 paragraful (2) și (3) și Articolul 5.

Articolul 7

(1) Transferurile, conform Articolului 4, paragraful (2) și (3), Articolelor 5 și 6, se vor efectua fără întârziere la cursul de schimb al pieței existent la data transferului, pentru tranzacții la vedere în valuta în care se face transferul.

(2) În absența unei piețe valutare va fi utilizat fie ultimul curs aplicat investițiilor străine directe, fie cursul de schimb cel mai recent utilizat de Fondul Monetar Internațional pentru convertirea valutei în Drepturi Special de Tragere, după cum este mai favorabil pentru investitor.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag vor.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Der Vertrag gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind. Diese werden nach den Bestimmungen des in Bukarest abgeschlossenen Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vom 12. Oktober 1979 beigelegt.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien auf diplomatischem Wege beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofs die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, sein Amt auszuüben, so soll der Vizepräsident die erforderlichen Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehö-

Articolul 8

(1) Dacă din legile și reglementările unei Părți Contractante sau din obligații conforme dreptului internațional, care există sau se vor stabili în viitor în afara prezentului Acord între Părțile Contractante, rezultă o reglementare generală sau specială, prin care investițiile de capital ale cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante beneficiază de un tratament mai favorabil decât cel stabilit prin prezentul Acord, atunci această reglementare prevalează Acordului de față.

(2) Fiecare Parte Contractantă va respecta orice altă obligație pe care și-a asumat-o în legătură cu investițiile de capital ale cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante de pe teritoriul ei.

Articolul 9

Prezentul Acord este valabil, de asemenea, pentru investițiile de capital pe care cetățenii sau societățile unei Părți Contractante le-au efectuat în conformitate cu legile și reglementările celeilalte Părți Contractante, pe teritoriul acesteia, înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord. Totuși, Acordul nu se va aplica în cazul diferendelor apărute înainte de intrarea sa în vigoare. Acestea urmează să fie soluționate în conformitate cu prevederile Acordului între Republica Federală Germania și Republica Socialistă România privind promovarea și garantarea reciprocă a investițiilor de capital încheiat la București, la data de 12 octombrie 1979.

Articolul 10

(1) Diferențele dintre Părțile Contractante cu privire la interpretarea și aplicarea prezentului Acord vor fi soluționate, pe cât posibil, între Guvernele celor două Părți Contractante, pe cale diplomatică.

(2) Dacă un diferend nu poate fi soluționat în acest mod, atunci, la cererea uneia din Părțile Contractante, acesta va fi supus unui tribunal arbitral.

(3) Tribunalul arbitral se va constitui, de la caz la caz, fiecare Parte Contractantă numind un membru, iar cei doi membri vor cădea de acord asupra unui cetățean al unui stat terț ca președinte, care va fi desemnat de către Guvernele celor două Părți Contractante. Membrii sunt numiți în termen de două luni, iar președintele în termen de trei luni de la data la care una din Părțile Contractante a făcut cunoscut celeilalte că dorește să supună diferendul unui tribunal arbitral.

(4) Dacă nu sunt respectate termenele prevăzute la paragraful (3), atunci în lipsa unei alte înțelegeri, fiecare Parte Contractantă poate solicita Președintelui Curții Internaționale de Justiție să facă numirile necesare. Dacă Președintele Curții Internaționale de Justiție are cetățenia uneia din Părțile Contractante sau dacă acesta este împiedicat dintr-un alt motiv să-și exercite funcția, atunci Vicepreședintele va face numirile necesare. Dacă Vicepreședintele are, de asemenea, cetățenia uneia din cele două Părți Contractante sau este și el împiedicat, atunci numirile vor fi făcute de către acel membru al Curții Internaționale de Justiție cu funcția imediat următoare și care nu deține cetățenia uneia din cele două Părți Contractante.

(5) Tribunalul arbitral hotărăște cu majoritate de voturi. Hotărârile sale sunt obligatorii. Fiecare Parte Contractantă suportă cheltuielile pentru membrul numit de ea precum și pentru reprezentarea sa în procedura de arbitraj; cheltuielile pentru președinte precum și celelalte cheltuieli vor fi suportate în părți egale de către ambele Părți Contractante. Tribunalul arbitral poate să hotărască asupra unei alte modalități de suportare a cheltuielilor. De altfel tribunalul arbitral își stabilește propria sa procedură.

Articolul 11

(1) Diferențele referitoare la investițiile de capital dintre o Parte Contractantă și un cetățean sau o societate a celeilalte Părți

rigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht im Sinne von Absatz 1 beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern sich die Streitparteien nicht auf ein anderes Verfahren einigen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und wird nach innerstaatlichem Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde, vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 12. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien außer Kraft, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 9 dieses Vertrags.

(5) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für das anliegende Protokoll, das Bestandteil dieses Vertrags ist.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Contractante vor fi soluționate, pe cât posibil, de părțile aflate în diferend, pe cale amiabila.

(2) Dacă diferendul nu poate fi soluționat, în sensul paragrafului (1), în termen de șase luni de la data la care a fost făcut cunoscut de către una din cele două părți aflate în diferend, atunci acesta va fi supus unei proceduri arbitrale, la cererea cetățeanului sau societății celeilalte Părți Contractante. În măsura în care părțile aflate în diferend nu se înțeleg în privința altei proceduri, atunci diferendul va fi supus unei proceduri arbitrale în cadrul Convenției din 18 martie 1965 pentru Reglementarea Diferențelor relative la Investiții între State și Persoane ale altor State.

(3) Hotărârea de arbitraj este obligatorie și se execută conform legislației naționale a Părții Contractante pe teritoriul căreia s-a realizat investiția de capital.

(4) Partea Contractantă care este parte la diferend nu va ridica drept obiecție, pe parcursul procedurii arbitrale sau de executare a unei hotărâri arbitrale, faptul că cetățeanul sau societatea celeilalte Părți Contractante a primit o despăgubire pentru o parte din daună sau pentru întreaga daună, ca urmare a unei asigurări.

Articolul 12

Prezentul Acord se aplică indiferent dacă între cele două Părți Contractante există relații diplomatice sau consulare.

Articolul 13

(1) Prezentul Acord va fi supus ratificării; instrumentele de ratificare vor fi schimbate cât mai curând posibil.

(2) Prezentul Acord va intra în vigoare la o lună după efectuarea schimbului instrumentelor de ratificare. El va rămâne în vigoare pentru o perioadă de zece ani; după expirarea acestei perioade de valabilitate a Acordului, acesta se prelungește pe o perioadă nelimitată de timp, dacă nu a fost denunțat în scris, de către una din Părțile Contractante cu douăsprezece luni înainte de expirarea perioadei respective de valabilitate. După expirarea celor zece ani, Acordul poate fi denunțat oricând cu un preaviz de douăsprezece luni.

(3) Pentru investițiile de capital efectuate până la data încetării valabilității prezentului Acord, prevederile sale de la Articolul 1 până la Articolul 12, continuă să fie aplicabile pe o perioadă de douăzeci de ani, de la data încetării valabilității sale.

(4) La data intrării în vigoare a prezentului Acord, valabilitatea Acordului din 12 octombrie 1979 dintre Republica Federală Germania și Republica Socialistă România privind promovarea și garantarea reciprocă a investițiilor de capital încetează în relațiile dintre Republica Federală Germania și România, sub rezerva prevederilor Articolului 9 al prezentului Acord.

(5) Prevederile acestui Articol sunt valabile și pentru Protocolul anexă care face parte integrantă din prezentul Acord.

Încheiat la Bonn la data de 25 iunie 1996 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba română ambele texte având aceeași valabilitate.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania
Kinkel

Für Rumänien
Pentru România
Meleşcanu

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
la Acordul
între Republica Federală Germania și România
privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor de capital

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus den Kapitalanlagen und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlagen.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Unterhaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne von Artikel 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne von Artikel 3.
- b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

La semnarea Acordului între Republica Federală Germania și România privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor de capital subsemnații împuterniciți au convenit pe lângă acesta și următoarele prevederi care fac parte integrantă din acest Acord:

(1) Referitor la Articolul 1

- a) Veniturile din investițiile de capital precum și cele rezultate în cazul reinvestirii lor beneficiază de aceeași protecție ca și investițiile de capital.
- b) Fără a prejudicia alte proceduri de stabilire a cetățeniei, este considerat drept cetățean al unei Părți Contractante, în special, orice persoană care posedă pașaport național eliberat de autoritățile competente ale respectivei Părți Contractante.

(2) Referitor la Articolul 2

Investițiile de capital, care sunt efectuate, în conformitate cu legile și reglementările unei Părți Contractante, pe teritoriul său de către cetățenii sau societățile celeilalte Părți Contractante, beneficiază de deplina protecție a Acordului.

(3) Referitor la Articolul 3

- a) Prin „activitate“ în sensul Articolului 3, paragraful (2) se înțelege în special, dar nu exclusiv, administrarea, întreținerea, folosirea și exploatarea unei investiții. Prin „tratament mai puțin favorabil“, în sensul Articolului 3, se înțelege în special: tratamentul diferențiat în cazul restricției în aprovizionarea cu materii prime și auxiliare, energie și combustibil, precum și cu mijloace de producție și utilități diverse, tratamentul diferențiat în cazul restricțiilor la vânzarea de produse în țară și în străinătate, precum și alte măsuri cu efecte similare. Măsurile care vor fi luate din motive de securitate și ordine publică, de sănătate publică sau de moralitate nu vor fi considerate ca „tratament mai puțin favorabil“ în sensul Articolului 3.
- b) Părțile Contractante vor examina cu bunăvoință, în cadrul legilor și reglementărilor interne, cererile legate de intrările și șederile persoanelor unei Părți Contractante, care doresc să călătorească pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, în legătură cu o investiție de capital; același lucru este valabil și pentru angajații unei Părți Contractante care doresc să călătorească și să rămână temporar pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, pentru a exercita activitate în calitate de angajați în legătură cu acea investiție de capital. Cererile cu privire la acordarea autorizației de muncă vor fi analizate, de asemenea, cu bunăvoință.

(4) Referitor la Articolul 4

Dreptul la despăgubire există și atunci când se intervine, prin măsuri luate de către Stat, în sensul Articolului 4, paragraful (2), într-o întreprindere care face obiectul investiției de capital, iar prin astfel de măsuri substanța sa economică este grav prejudiciată.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines vollständigen Antrags, der den Verfahrensvorschriften der jeweiligen Vertragspartei entspricht, und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 11

Im Falle Rumäniens kann eine Meinungsverschiedenheit einem Internationalen Schiedsgericht nach Artikel 11 nur insoweit unterbreitet werden, als eine Entscheidung eines nationalen Gerichts über den gleichen Streitgegenstand in der Sache noch nicht vorliegt.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(5) Referitor la Articolul 7

Se consideră efectuat „fără întârziere”, în sensul Articolului 7, paragraful (1), un transfer care are loc într-un termen considerat normal pentru îndeplinirea formalităților de transfer. Termenul începe să curgă odată cu prezentarea unei cereri complete care trebuie să corespundă procedurilor legale ale Părții Contractante respective și nu poate depăși, sub nici o formă, termenul de două luni.

(6) Referitor la Articolul 11

În cazul României un diferend poate fi supus unui tribunal arbitral internațional, în conformitate cu Articolul 11, numai în măsura în care nu există încă o hotărâre de fond a unei instanțe naționale privind obiectul aceluiași diferend.

(7) La transportul de bunuri și persoane, care are legătură cu investiția de capital, o Parte Contractantă nu va elimina și nici nu va împiedica întrepinderile de transport ale celeilalte Părți Contractante, iar în măsura în care este necesar, va elibera aprobările necesare pentru efectuarea transportului. În cadrul acestor transporturi se cuprind:

- a) bunurile care sunt destinate în mod nemijlocit investiției de capital, în sensul acestui Acord, sau care sunt procurate de pe teritoriul unei Părți Contractante ori al unui stat terț de către o întreprindere sau din dispoziția unei întreprinderi în care sunt investite active în sensul prezentului Acord;
- b) persoanele care călătoresc în legătură cu o investiție de capital.

Încheiat la Bonn la data de 25 iunie 1996 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania
Kinkel

Für Rumänien
Pentru România
Meleșcanu

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 14. Mai 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Venezuela
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Caracas am 14. Mai 1996 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Venezuela
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República de Venezuela
para la Promoción y Protección Recíproca de Inversiones

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Venezuela –

La República Federal de Alemania
y
la República de Venezuela,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

con el deseo de intensificar la cooperación económica entre ambos Estados,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de los nacionales o sociedades de cada uno de los dos Estados en el territorio del otro Estado,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

reconociendo que la promoción y la protección de esas inversiones mediante un tratado pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

haben folgendes vereinbart:

han convenido lo siguiente:

Artikel 1

Artículo 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

A los fines del presente Tratado

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ alle Arten von Vermögenswerten, insbesondere aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Aktien, Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Venezuela:
Venezolaner im Sinne der venezolanischen Rechtsvorschriften;

1. El concepto de "inversiones" designa todo tipo de activo, en particular, pero no exclusivamente:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, tales como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) las acciones, derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) los derechos a fondos empleados para crear un valor económico o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) los derechos de propiedad intelectual, tales como los derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales y comerciales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, "know how" (conocimientos técnicos y gerenciales) y "good will" (prestigio y clientela);
 - e) las concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación;

las modificaciones en las formas de inversión de los activos no afectan en su carácter de inversiones.
2. El concepto de "ingresos" designa las sumas obtenidas de una inversión, tales como las participaciones en los beneficios, los dividendos, los intereses, los derechos de licencia u otras remuneraciones.
3. El concepto de "nacionales" designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - b) con referencia a la República de Venezuela:
los venezolanos en el sentido de las disposiciones legales vigentes en Venezuela.

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ juristische Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig entsprechend den allgemein anerkannten Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts behandeln.

(2) Dieser Vertrag findet Anwendung auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung vorgenommen worden sind. Diese Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz dieses Vertrags. Das gleiche gilt für Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch für deren Erträge.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der tatsächlichen Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen rechtlichen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem geschäftsüblichen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich ver-

4. El concepto de "sociedades" designa todas las personas jurídicas, así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica que tengan su sede en el territorio de una de las Partes Contratantes independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro.

Artículo 2

1. Cada una de las Partes Contratantes promoverá dentro de su territorio las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante y las admitirá de conformidad con sus disposiciones legales. En todo caso tratará las inversiones justa y equitativamente, según las reglas y principios generalmente reconocidos por el Derecho Internacional.

2. El presente Tratado se aplicará a las inversiones realizadas por nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante de acuerdo con las disposiciones legales de esta última. Esas inversiones gozarán de la plena protección del presente Tratado. Lo mismo se aplicará a los ingresos derivados de inversiones y, en el caso de que sean reinvertidos, a los ingresos derivados de la reinversión.

3. Ninguna de las Partes Contratantes obstaculizará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el goce de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

1. Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a las inversiones que sean propiedad de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o estén bajo su control efectivo, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de sus propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. Dicho trato no se extenderá a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales y sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio o por asociación a tales agrupaciones.

4. El trato acordado por el presente artículo no se extenderá a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos en materia impositiva.

Artículo 4

1. Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de protección y seguridad jurídicas plenas en el territorio de la otra Parte Contratante.

2. Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes sólo podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas o sometidas a otras medidas que en sus efectos equivalgan a expropiación o nacionalización, por causas de utilidad pública, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor que tenga la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación, la nacionalización o la medida equivalente, efectiva o inminente. La indemnización deberá abonarse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo de interés comercial normal; deberá ser efectivamente realizable y transferible en moneda de

wertbar und in frei konvertierbarer Währung transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem Verfahren vor den zuständigen Gerichten nachgeprüft werden können.

(3) Greift eine Vertragspartei gemäß Absatz 2 in die Vermögenswerte einer Gesellschaft ein, an der Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei beteiligt sind, so leistet sie hinsichtlich dieser Beteiligung entsprechende Entschädigung nach Absatz 2.

(4) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den uneingeschränkten Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c genannten Darlehen;
- d) der Arbeitsentgelte;
- e) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- f) der Entschädigungen nach Artikel 4 Absätze 2 und 3;
- g) der Entschädigung nach Artikel 4 Absatz 4, soweit sie in Geld geleistet wird.

(2) Der Transfer erfolgt unverzüglich zu dem jeweils gültigen Marktkurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei oder ein von ihr bevollmächtigtes Unternehmen ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung, die zur Deckung nicht kommerzieller Risiken für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei übernommen wurde, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Kraft Gesetzes oder durch Rechtsgeschäft erfolgte Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften auf die erstgenannte Vertragspartei oder das von ihr bevollmächtigte Unternehmen an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei oder des von ihr bevollmächtigten Unternehmens in diese Rechte und Ansprüche des Rechtsvorgängers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Rechte und Ansprüche gilt Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese

libre convertibilidad. La legalidad de la expropiacion, nacionalizacion o medida equiparable, y el monto de la indemnizacion, deberan ser revisables en un procedimiento ante los tribunales competentes.

3. La Parte Contratante que adopte cualquiera de las medidas mencionadas en el párrafo 2 respecto de activos de una sociedad en la cual tengan participación nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante indemnizará a éstos de acuerdo con las reglas y principios establecidos en el párrafo 2 por la parte que les corresponda.

4. Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o insurrección en el territorio de la otra Parte Contratante, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales y sociedades o que los nacionales y sociedades de terceros Estados, en lo referente a restituciones, compensaciones, indemnizaciones u otros resarcimientos.

Artículo 5

1. Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la transferencia irrestricta de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de los ingresos;
- c) de la amortización de los préstamos definidos en el inciso c) del apartado 1 del artículo 1;
- d) de las retribuciones salariales;
- e) del producto de la venta o liquidación total o parcial de la inversión;
- f) de las indemnizaciones previstas en los párrafos 2 y 3 del artículo 4;
- g) de las indemnizaciones a que se refiere el párrafo 4 del artículo 4, cuando se trate de pagos en dinero.

2. La transferencia se efectuará sin demora, al tipo de cambio del mercado vigente para el momento de la misma.

Artículo 6

Si una Parte Contratante o una empresa autorizada por ella realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía para cubrir riesgos no comerciales otorgada a una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante, esta última, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso por disposición legal o por acto jurídico de todos los derechos de aquellos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante o la empresa autorizada por ella. Asimismo, la otra Parte Contratante reconocerá la causa y el alcance de la subrogación de la primera Parte Contratante en estos derechos del titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirá, mutatis mutandis, el artículo 5.

Artículo 7

1. Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de las obligaciones emanadas del Derecho Internacional no contempladas en el presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato mas favorable que el previsto en el presente Tra-

Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf die Behandlung von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Er gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten über Angelegenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitions-

tado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

2. Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación al trato de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8

El presente Tratado se aplicará también a los asuntos surgidos después de su entrada en vigor en relación a las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante, conforme a las leyes y reglamentaciones de la otra Parte Contratante, en el territorio de esta última antes de la entrada en vigor del mismo. Sin embargo, no se aplicará a las controversias sobre asuntos anteriores a su vigencia.

Artículo 9

1. Las controversias que surjan entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes.

2. Si una controversia no pudiera ser dirimida de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de cualquiera de las Partes Contratantes.

3. El tribunal arbitral será constituido ad-hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado, que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de ninguna de las Partes Contratantes.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

Artículo 10

1. Las controversias que surjan entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante sobre derechos y obligaciones derivadas del presente Tratado en relación con las inversiones deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en la controversia.

2. Si una controversia no pudiere ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en la controversia la haya hecho valer, será sometida, a petición del nacional o de la sociedad, a un procedimiento arbitral. En la medida en que las partes en la controversia no lleguen a un arreglo en otro sentido, la controversia se someterá a un procedimiento arbitral conforme al Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros

streitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Vertragsparteien geltender Übereinkünfte, des nationalen Rechts der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition belegen ist, einschließlich der Regeln des Internationalen Privatrechts und der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts.

(4) Das Schiedsgericht stellt in seinem Schiedsspruch fest, ob das Verhalten der Vertragspartei mit dem Vertrag vereinbar ist. Für den Fall, daß das Schiedsgericht einen Verstoß der Vertragspartei gegen ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag feststellt, befindet es über die dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft gegebenenfalls entstandenen Schäden und beschränkt sich im Schadensfall darauf, die sich hieraus für die Vertragspartei ergebenden finanziellen Verpflichtungen festzulegen.

(5) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem in Absatz 2 genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Die in Absatz 4 genannten finanziellen Verpflichtungen werden gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens vollstreckt.

(6) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf der ersten fünfzehn Jahre kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Caracas am 14. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Estados de 18 de marzo de 1965.

3. El tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Tratado y, en su caso, sobre la base de otros tratados vigentes entre las Partes, del derecho interno de la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la inversión, incluyendo sus normas de derecho internacional privado y de los principios generales del derecho internacional.

4. El tribunal arbitral, en su laudo, determinará si la conducta de la Parte Contratante se ha ajustado a lo estipulado en el presente Tratado. En caso de que el tribunal arbitral determine que la Parte Contratante ha incumplido sus obligaciones conforme a este Tratado, determinará los daños, si los hubiere, causados al nacional o sociedad. En caso de existir daños, se limitará a fijar las obligaciones monetarias resultantes para la Parte Contratante.

5. El laudo arbitral será obligatorio y no podrá ser objeto de otros recursos o demás acciones legales que los previstos en el Convenio mencionado en el párrafo 2. Las obligaciones monetarias a las que se refiere el párrafo 4 serán ejecutadas con arreglo a las disposiciones de dicho Convenio.

6. La Parte Contratante implicada en la controversia no alegará durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral el hecho de que el nacional o la sociedad de la otra Parte Contratante haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

Artículo 11

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre las Partes Contratantes.

Artículo 12

1. El presente Tratado está sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en Bonn.

2. El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de quince años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que una de las Partes Contratantes lo denuncie por escrito con un preaviso de doce meses antes de su expiración. Transcurridos los primeros quince años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.

3. Para inversiones realizadas antes de la fecha de terminación del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 a 11 seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a dicha fecha.

Hecho en Caracas, el 14 de mayo de 1996, en dos ejemplares originales, en idioma español y alemán cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
E. E. Bracklo

Für die Republik Venezuela
Por la República de Venezuela
M. A. Burelli Rivas

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Für die Feststellung, ob der Begriff „Gesellschaften“ nach Artikel 1 Absatz 4 anwendbar ist, wird auf ihren Sitz abgestellt, wobei hierunter der Ort zu verstehen ist, an dem die Gesellschaft ihre Hauptverwaltung hat.
- b) Artikel 1 Absatz 4 läßt die Gesetzgebung der Vertragsparteien bezüglich der Rechtspersönlichkeit von Gesellschaften unberührt.
- c) Der Vertrag gilt auch in den Hoheitsgebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Hoheitsgebieten erlaubt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Eine Kapitalanlage steht insbesondere dann unter der tatsächlichen Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, wenn diese an einer Gesellschaft im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht unwesentlich beteiligt sind und an den Entscheidungen der Gesellschaft wesentlich mitwirken.
- b) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere, aber nicht ausschließlich, anzusehen: weniger günstige Behandlung beim Bezug von Rohstoffen und anderen Zulieferungen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art und beim Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland. Maßnahmen, die aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit und öffentlichen Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von
 - i) Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die als Investoren;
 - ii) anderen Personen, die zur Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit

im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich aufhalten wollen, wohlwollend prüfen. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis für diese Personen werden wohlwollend geprüft.

En el acto de la firma del Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Venezuela sobre Promoción y Protección Recíproca de Inversiones, los plenipotenciarios abajo firmantes han adoptado las siguientes disposiciones, que se consideran como parte integrante del Tratado:

(1) Ad artículo 1:

- a) Para determinar si el concepto de “sociedades” de acuerdo a lo dispuesto en el artículo 1, párrafo 4, es aplicable, se atenderá a su sede, la cual se entenderá como lugar en el que la sociedad tenga su administración principal.
- b) El artículo 1, párrafo 4 no afecta a la legislación de cada Parte Contratante relativa a la personería jurídica de las sociedades.
- c) El Tratado se aplicará también a las áreas de la Zona Económica Exclusiva y de la Plataforma Continental sobre las cuales el Derecho Internacional conceda a la Parte Contratante correspondiente derechos de soberanía o jurisdicción.

(2) Ad artículo 3:

- a) Se considerará especialmente que una inversión está bajo el control efectivo de nacionales o sociedades de una Parte Contratante, cuando éstos mantengan participaciones sustanciales en una sociedad en el territorio de la otra Parte Contratante y participen de forma significativa sus decisiones.
- b) Por “actividades” en el sentido del párrafo 2 del artículo 3 se considerarán, en especial, pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerarán, en especial, pero no exclusivamente como trato “menos favorable” en el sentido del artículo 3 a las condiciones menos favorables para una inversión que afecten a la adquisición de materias primas y otros insumos, energía y combustibles, así como de medios de producción y de explotación de toda clase, o a la venta de productos en el interior del país y en el extranjero. No se considerarán como trato “menos favorable” en el sentido del artículo 3 las medidas que se adopten por razones de seguridad interna o externa y orden público, sanidad pública o moralidad.
- c) Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a las personas naturales residentes en su territorio o a las sociedades que tengan su sede en él a las personas naturales residentes en el territorio de la otra Parte Contratante o a las sociedades que tengan su sede en el territorio de la otra Parte Contratante.
- d) Cada Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, considerará con buena disposición las solicitudes de inmigración y residencia de:
 - i) nacionales de la otra Parte Contratante que soliciten ingresar a su territorio como inversores, y
 - ii) personas que vayan a ejercer una actividad calificada en relación con una inversión.

Igualmente considerarán con buena disposición las solicitudes de permiso de trabajo para esas personas.

(3) Zu Artikel 5

- a) Arbeitsentgelte gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d sind diejenigen der Personen, die auf Betreiben des Investors zur Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage eingereist sind.
- b) Als unverzüglich durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Durchführung eines Transfers erforderlich ist. Diese Frist darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- c) Für den Fall daß ein freier Devisenmarkt nicht besteht, werden Transfers nach Artikel 5 zu einem Kurs vorgenommen, der nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross-rate) abweichen soll, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

(4) Zu Artikel 10

- a) Solange die Republik Venezuela nicht Vertragsstaat des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten ist, wird die Meinungsverschiedenheit, soweit die an der Streitigkeit beteiligten Parteien keine andere Regelung treffen, einem Schiedsverfahren vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten nach den Regeln der Additional Facility für die Verwaltung von Verfahren durch das Sekretariat des Zentrums (Regeln über die Additional Facility) unterworfen.
- b) Ist ein Schiedsverfahren nach den Regeln der Additional Facility nicht möglich, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einem ad-hoc-Schiedsverfahren nach den UNCITRAL-Schiedsregeln unterworfen.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 10, Absätze 3 bis 6 gelten entsprechend in den unter den Buchstaben a und b genannten Fällen.

(5) Unbeschadet der zwischen den beiden Vertragsparteien geltenden internationalen Übereinkünfte schränkt keine der Vertragsparteien die Freiheit des Kapitalanlegers ein, für die Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit seiner Kapitalanlage stehen, ein Transportunternehmen seiner Wahl zu beauftragen. Die Vertragspartei erteilt die für die Beförderung gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen.

Geschehen zu Caracas am 14. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Ad artículo 5:

- a) Las retribuciones salariales a las que se refiere el artículo 5, párrafo 1, literal d) son las de personas que, por iniciativa del inversor, han ingresado al territorio para ejercer actividades calificadas en relación con la inversión.
- b) Se considerarán efectuadas "sin demora" en el sentido del artículo 5, párrafo 2, las transferencias realizadas dentro del plazo normalmente necesario para la ejecución de una transferencia. Este plazo bajo ninguna circunstancia excederá de dos meses.
- c) En caso de no existir un mercado libre de cambio, las transferencias a las que se refiere el artículo 5 se efectuarán a un tipo de cambio que no deberá diferir substancialmente del tipo cruzado (cross rate) resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría en la fecha de pago al cambio de las monedas correspondientes en derechos especiales de giro.

(4) Ad artículo 10:

- a) Mientras la República de Venezuela no se haya hecho Parte del Convenio sobre el Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de otros Estados de 18 de marzo de 1965, la controversia será sometida a un procedimiento arbitral ante el Centro Internacional para el Arreglo de Diferencias relativas a Inversiones conforme a las reglas que rigen el Mecanismo Complementario para la Administración de Procedimientos por la Secretaría del Centro (Reglas sobre el Mecanismo Complementario), en cuanto las partes en la controversia no hayan llegado a otro arreglo.
- b) En caso de que no fuera posible recurrir al procedimiento arbitral conforme a las Reglas sobre el Mecanismo Complementario, la controversia será sometida, a petición del nacional o de la sociedad, a un procedimiento arbitral ad-hoc, según la Reglas de Arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional.
- c) Los párrafos 3, 4, 5 y 6 del artículo 10 se aplicarán, mutatis mutandis, a los casos señalados en los párrafos a) y b).

(5) Sin perjuicio de las normas de cualquier otro acuerdo internacional que rija entre las Partes Contratantes, ninguna de las Partes Contratantes restringirá la libertad del inversor de utilizar la empresa de transporte de su elección para el transporte de mercaderías y personas en relación con su inversión. A tal efecto, cada Parte Contratante concederá las autorizaciones necesarias.

Hecho en Caracas, el 14 de mayo de 1996, en dos ejemplares originales, en idioma español y alemán cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
E. E. Bracklo

Für die Republik Venezuela
Por la República de Venezuela
M. A. Burelli Rivas

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 22. Oktober 1996
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sambia
über den Luftverkehr**

Vom 22. April 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Lusaka am 22. Oktober 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 20 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 22. April 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sambia
über den Luftverkehr

Air Transport Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Republic of Zambia

Inhaltsübersicht

Präambel
Artikel 1 Begriffsbestimmungen
Artikel 2 Gewährung von Verkehrsrechten
Artikel 3 Bezeichnung der Unternehmen und Betriebsgenehmigung
Artikel 4 Leasen von Luftfahrzeugen
Artikel 5 Anwendung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften
Artikel 6 Widerruf oder Einschränkung der Betriebsgenehmigung
Artikel 7 Gleichbehandlung bei den Gebühren
Artikel 8 Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben
Artikel 9 Transfer von Einkünften
Artikel 10 Grundsätze für den Betrieb des Fluglinienverkehrs
Artikel 11 Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken
Artikel 12 Tarife
Artikel 13 Gewerbliche Tätigkeiten
Artikel 14 Luftsicherheit
Artikel 15 Einreise und Kontrolle der Reisedokumente
Artikel 16 Meinungsaustausch und Konsultationen
Artikel 17 Beilegung von Streitigkeiten
Artikel 18 Mehrseitige Übereinkommen
Artikel 19 Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation
Artikel 20 Inkrafttreten, Geltungsdauer
Artikel 21 Kündigung

Contents

Preamble
Article 1 Definitions
Article 2 Grant of Traffic Rights
Article 3 Designation of Airlines and Operating Authorization
Article 4 Aircraft Leasing
Article 5 Application of Laws and Regulations
Article 6 Revocation or Limitation of Operating Authorization
Article 7 Non-discrimination in respect of Charges
Article 8 Exemption from Customs Duties and other Charges
Article 9 Transfer of Earnings
Article 10 Principles Governing the Operation of Air Services
Article 11 Communication of Operating Information and Statistics
Article 12 Tariffs
Article 13 Commercial Activities
Article 14 Aviation Security
Article 15 Immigration and Control of Travel Documents
Article 16 Exchange of Views and Consultations
Article 17 Settlement of Disputes
Article 18 Multilateral Conventions
Article 19 Registration with the International Civil Aviation Organization
Article 20 Entry into Force, Duration
Article 21 Termination

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Sambia –

Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, zur Unterzeichnung aufgelegt in Chicago am 7. Dezember 1944,

in dem Wunsch, ein Abkommen über die Einrichtung und den Betrieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1**Begriffsbestimmungen**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Zivilluftfahrt-Abkommen“ das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt einschließlich aller nach dessen Artikel 90 angenommenen Anhänge und aller Änderungen

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the Republic of Zambia,

Being Parties to the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on 7 December 1944,

Desiring to conclude an agreement concerning the establishment and operation of air services between and beyond their territories,

Have agreed as follows:

Article 1**Definitions**

(1) For the purposes of this Agreement, unless the text otherwise requires:

- (a) the term “the Convention” means the Convention on International Civil Aviation, opened for signature at Chicago on 7 December 1944, and includes any Annex adopted under Article 90 of that Convention and any amendment of the

der Anhänge oder des Zivilluftfahrt-Abkommens selbst nach dessen Artikeln 90 und 94, soweit diese Anhänge und Änderungen für beide Vertragsparteien in Kraft getreten oder von ihnen ratifiziert worden sind;

- b) „Luftfahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr, in bezug auf die Republik Sambia das Ministerium für Kommunikationswesen und Verkehr oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Wahrnehmung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- c) „bezeichnetes Unternehmen“ jedes Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Zivilluftfahrt-Abkommens festgelegte Bedeutung.

(3) Der Begriff „Tarif“ bedeutet den Preis, der für die internationale Beförderung (d. h. die Beförderung zwischen Punkten in den Hoheitsgebieten von zwei oder mehr Staaten) von Fluggästen, Gepäck oder Fracht (ausgenommen Post) zu berechnen ist, und schließt folgendes ein:

- a) jeden Durchgangstarif oder Betrag, der für eine internationale Beförderung zu berechnen ist, die als solche vermarktet und verkauft wird, einschließlich derjenigen Durchgangstarife, die unter Verwendung von anderen Tarifen oder von Anschlußtarifen für eine Beförderung auf internationalen Streckenabschnitten oder auf inländischen Streckenabschnitten, die Teil des internationalen Streckenabschnitts sind, gebildet werden;
- b) die Provision, die für den Verkauf von Flugscheinen für die Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck oder für die entsprechenden Maßnahmen bei der Beförderung von Fracht zu zahlen ist;
- c) die Bedingungen, nach denen sich die Anwendbarkeit des Tarifs oder des Beförderungspreises oder die Provisionszahlung richtet.
- Er umfaßt auch
- d) alle wesentlichen Leistungen, die in Verbindung mit der Beförderung erbracht werden;
- e) jeden Tarif für die als Zusatz zu einer internationalen Beförderung verkaufte Beförderung auf einem inländischen Streckenabschnitt, der für rein inländische Flüge nicht verfügbar ist und der nicht allen Beförderern im internationalen Verkehr und deren Kunden zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Artikel 2

Gewährung von Verkehrsrechten

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs durch das oder die bezeichneten Unternehmen das Recht,

- a) ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen;
- b) in ihrem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen;
- c) in ihrem Hoheitsgebiet an den genannten Punkten auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien zu landen, um Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf denen das oder die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan durch Notenwechsel festgelegt.

Annexes or of the Convention under Articles 90 and 94 thereof in so far as those Annexes and amendments have become effective for or have been ratified by both Contracting Parties;

- (b) the term “aeronautical authorities” means in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Transport; in the case of the Republic of Zambia, the Ministry of Communications and Transport; or in either case any other person or agency authorized to perform the functions incumbent upon the said authorities;
- (c) the term “designated airline” means any airline that either Contracting Party has designated in writing to the other Contracting Party in accordance with Article 3 of this Agreement as being an airline which is to operate international air services on the routes specified in conformity with Article 2 (2) of this Agreement.

(2) The terms “territory”, “air service”, “international air service” and “stop for non-traffic purposes” have, for the purposes of this Agreement, the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the Convention.

(3) The term “tariff” means the price to be charged for the international carriage (i. e., carriage between points in the territories of two or more States) of passengers, baggage or cargo (excluding mail) and comprises:

- (a) any through tariff or amount to be charged for international carriage marketed and sold as such, including through tariffs constructed using other tariffs or add-ons for carriage over international sectors or domestic sectors forming part of the international sector;
- (b) the commission to be paid on the sales of tickets for the carriage of passengers and their baggage, or on the corresponding transactions for the carriage of cargo; and
- (c) the conditions that govern the applicability of the tariff or the price for carriage, or the payment of commission.

It also includes:

- (d) any significant benefits provided in association with the carriage;
- (e) any tariff for carriage on a domestic sector which is sold as an adjunct to international carriage, which is not available for purely domestic travel and which is not made available on equal terms to all international carriers and users of their services.

Article 2

Grant of Traffic Rights

(1) Each Contracting Party shall grant to the other Contracting Party for the purpose of operating international air services by the designated airline or airlines the right:

- (a) to fly across its territory without landing;
- (b) to land in its territory for non-traffic purposes; and
- (c) to land in its territory at the points named on the routes specified in accordance with paragraph 2 below in order to take on or discharge passengers, baggage, cargo and mail on a commercial basis.

(2) The routes over which the designated airline or airlines of the Contracting Parties will be authorized to operate international air services shall be specified in a Route Schedule by an exchange of notes.

(3) Nach Absatz 1 wird den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei nicht das Recht gewährt, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post aufzunehmen und gegen Entgelt an einen anderen Ort innerhalb des Hoheitsgebiets dieser anderen Vertragspartei zu befördern (Kabotage).

(4) Die Gewährung von Verkehrsrechten nach Absatz 1 umfaßt nicht auch die Gewährung des Rechts, Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post zwischen Punkten im Hoheitsgebiet der die Rechte gewährenden Vertragspartei und Punkten im Hoheitsgebiet eines dritten Staates sowie in umgekehrter Richtung zu befördern (5. Freiheit). Rechte der 5. Freiheit werden nur aufgrund besonderer Vereinbarungen zwischen den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien gewährt.

Artikel 3 **Bezeichnung** **der Unternehmen und Betriebsgenehmigung**

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt werden, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 dieses Artikels und des Artikels 9 unverzüglich die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs.

(3) Eine Vertragspartei kann von jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs zu erfüllen sind.

(4) Eine Vertragspartei kann jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der nach Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen auf Verlangen nicht den Nachweis erbringen kann, daß die Mehrheit des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften der anderen Vertragspartei oder dieser selbst zustehen. Im Hinblick auf die Mitgliedschaft einer Vertragspartei in einem gemeinsamen Markt oder einer ähnlichen Institution gelten die Staatsangehörigen und Körperschaften jedes anderen Mitgliedstaats dieser Institution auch als Staatsangehörige oder Körperschaften einer Vertragspartei.

(5) Eine Vertragspartei kann nach Maßgabe der Absätze 1 bis 4 ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes Unternehmen ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 4 **Leasen von Luftfahrzeugen**

(1) Ein bezeichnetes Unternehmen ist berechtigt, im Fluglinienverkehr aufgrund dieses Abkommens auch nicht in seinem Eigentum befindliche Luftfahrzeuge einzusetzen.

(2) Jede Vertragspartei trägt die volle Verantwortung für Sicherheit und Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen, die nicht bei ihr zugelassen sind und die von einem von ihr bezeichneten Unternehmen eingesetzt werden und sich nicht im Eigentum dieses Unternehmens befinden. Die Verantwortlichkeit des bezeichneten Unternehmens bleibt davon unberührt.

(3) Ein bezeichnetes Unternehmen einer Vertragspartei zeigt der zuständigen Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei die

(3) Nothing in paragraph 1 above shall be deemed to confer on any designated airline of either Contracting Party the right to take on in the territory of the other Contracting Party passengers, baggage, cargo and mail carried for remuneration or hire and destined for another point within the territory of that other Contracting Party (cabotage).

(4) The grant of traffic rights pursuant to paragraph 1 above does not include the grant of the right to carry passengers, baggage, cargo and mail between points in the territory of the Contracting Party granting the rights and points in the territory of a third country or vice versa (fifth freedom). Fifth freedom traffic rights shall only be granted on the basis of special agreements between the aeronautical authorities of both Contracting Parties.

Article 3 **Designation** **of Airlines and Operating Authorization**

(1) The international air services on the routes specified in accordance with Article 2 (2) of this Agreement may be started at any time, provided that:

- (a) the Contracting Party to whom the rights specified in Article 2 (1) of this Agreement are granted has designated one or several airlines in writing; and
- (b) the Contracting Party granting these rights has authorized the designated airline or airlines to initiate the air services.

(2) The Contracting Party granting these rights shall, subject to the provisions of paragraphs 3 and 4 below as well as Article 9 of this Agreement, give without delay the said authorization to operate the international air service.

(3) Either Contracting Party may require any airline designated by the other Contracting Party to furnish proof that it is qualified to meet the requirements prescribed under the laws and regulations of the first Contracting Party governing the operation of international air traffic.

(4) Either Contracting Party may withhold the exercise of the rights granted under Article 2 of this Agreement from any airline designated by the other Contracting Party, if such airline is not able to prove upon request that the majority ownership and effective control of such airline are vested in nationals or corporations of the other Contracting Party or in that Party itself. In view of the membership of either Contracting Party of a common market or similar such institution, nationals and corporations of any other member State of such institution shall also be deemed to be nationals or corporations of either Contracting Party.

(5) Either Contracting Party shall have the right to replace, subject to the provisions of paragraphs 1 to 4 above, an airline it has designated by another airline. The newly designated airline shall have the same rights and be subject to the same obligations as the airline which it replaces.

Article 4 **Aircraft Leasing**

(1) A designated airline shall be entitled to use aircraft not owned by it for air services under this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall bear full responsibility for the safety and airworthiness of aircraft not registered by it, which are used by any of its designated airlines and are not owned by this airline. The responsibility of the designated airline remains unaffected.

(3) A designated airline of one Contracting Party shall give notice to the competent aeronautical authorities of the other

Absicht, nicht in seinem Eigentum befindliche Luftfahrzeuge einzusetzen, unverzüglich an, mindestens jedoch achtundvierzig Stunden im voraus, und teilt ihm die vorgesehene Dauer und Häufigkeit des Einsatzes der Luftfahrzeuge, die Strecken, auf denen sie eingesetzt werden sowie ihre Staatszugehörigkeits- und Kennzeichen mit.

Artikel 5

Anwendung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften

Die Gesetze und sonstigen Vorschriften einer Vertragspartei über den Einflug von Fluggästen, Besatzungen oder Fracht einschließlich Post in ihr Hoheitsgebiet, den Aufenthalt darin oder den Ausflug daraus, zum Beispiel die Vorschriften über Einreise, Ausreise, Auswanderung, Einwanderung, Pässe sowie zoll- und gesundheitsrechtliche Maßnahmen, gelten für Fluggäste, Besatzungen und Fracht einschließlich Post, die von den Luftfahrzeugen der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei befördert werden, beim Einflug in das Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei, beim Ausflug daraus und während des Aufenthalts darin.

Artikel 6

Widerruf oder Einschränkung der Betriebsgenehmigung

Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze oder sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht einhält oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Vor dem Widerruf oder der Einschränkung werden Konsultationen nach Artikel 16 Absatz 2 durchgeführt, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

Artikel 7

Gleichbehandlung bei den Gebühren

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 8

Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben

(1) Die von jedem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch für an Bord der Luftfahrzeuge befindliche Waren, die auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben. Werbematerial und

Contracting Party of its intention of using aircraft not owned by it without delay, but at least forty-eight hours in advance, and shall inform them of the planned duration and frequency of the use of the aircraft, the routes over which they are to be used and their nationality and registration marks.

Article 5

Application of Laws and Regulations

The laws and regulations of one Contracting Party relating to admission to, stay in or departure from its territory of passengers, crew or cargo including mail such as regulations relating to entry, exit, emigration, immigration, passports as well as customs and sanitary measures shall apply to passengers, crew and cargo, including mail carried by the aircraft of the designated airlines of the other Contracting Party upon entrance into or departure from or while within the territory of the said Contracting Party.

Article 6

Revocation or Limitation of Operating Authorization

Either Contracting Party may revoke, or limit by the imposition of conditions, the authorization granted in accordance with Article 3 (2) of this Agreement in the event of failure by a designated airline to comply with the laws and regulations of the Contracting Party granting the rights or to comply with the provisions of this Agreement or to fulfil the obligations arising therefrom. Such revocation or limitation shall be preceded by consultations as provided for in Article 16 (2) of this Agreement, unless an immediate suspension of operations or imposition of conditions is necessary to avoid further infringements of laws or regulations.

Article 7

Non-discrimination in respect of Charges

The charges levied in the territory of either Contracting Party for the use of airports and other aviation facilities by the aircraft of any designated airline of the other Contracting Party shall not be higher than those levied on aircraft of a national airline engaged in similar international air services.

Article 8

Exemption from Customs Duties and other Charges

(1) Aircraft operated by any designated airline of either Contracting Party and entering, departing again from, or flying across the territory of the other Contracting Party, as well as fuel, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores on board such aircraft, shall be exempt from customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods. This shall also apply to goods on board the aircraft consumed during the flight across the territory of the latter Contracting Party.

(2) Fuel, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores temporarily imported into the territory of either Contracting Party, there to be immediately or after storage installed in or otherwise taken on board the aircraft of a designated airline of the other Contracting Party, or to be otherwise exported again from the territory of the former Contracting Party, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above. Advertising materials and transport documents of any designated airline of one Contracting Party shall, on

Beförderungsdokumente jedes bezeichneten Unternehmens der einen Vertragspartei bleiben bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ebenfalls von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben frei.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

(6) Jede Vertragspartei gewährt für Gegenstände und Dienstleistungen, die jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei geliefert bzw. erbracht und für Zwecke seines Geschäftsbetriebs verwendet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine Entlastung von der Umsatzsteuer oder von ähnlichen indirekten Steuern. Die Steuerentlastung kann durch eine Befreiung oder Erstattung erfolgen.

Artikel 9

Transfer von Einkünften

Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die durch den Verkauf von Beförderungsdiensten im Luftverkehr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erzielten Einkünfte jederzeit, auf jede Weise, frei und ohne Beschränkung in jeder frei konvertierbaren Währung zum amtlichen Wechselkurs an seine Hauptniederlassung zu transferieren.

Artikel 10

Grundsätze für den Betrieb des Fluglinienverkehrs

(1) Jedem bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Beim Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien nimmt jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der von diesen Unternehmen auf den gleichen Linien oder Teilen derselben betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, welche die Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieser Unternehmen, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, welche die Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

the occasion of importation into the territory of the other Contracting Party, likewise be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above.

(3) Fuel and lubricants taken on board the aircraft of any designated airline of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used in international air services shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 above, as well as from any other special consumption charges.

(4) Either Contracting Party may keep the goods mentioned in paragraphs 1 to 3 above under customs supervision.

(5) Where no customs duties or other charges are levied on goods mentioned in paragraphs 1 to 3 above, such goods shall not be subject to any economic prohibitions or restrictions on importation, exportation or transit that may otherwise be applicable.

(6) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant relief from turnover tax or similar indirect taxes on goods and services supplied to any airline designated by the other Contracting Party and used for the purposes of its business. The tax relief may take the form of an exemption or a refund.

Article 9

Transfer of Earnings

Each Contracting Party shall grant to any airline designated by the other Contracting Party the right to remit to its head office at any time, in any way, freely and without restrictions, in any freely convertible currency and at the official rate of exchange, the revenue realized through the sale of air transport services in the territory of the other Contracting Party.

Article 10

Principles Governing the Operation of Air Services

(1) There shall be fair and equal opportunity for any designated airline of each Contracting Party to operate air services on the routes specified in accordance with Article 2(2) of this Agreement.

(2) In the operation of international air services on the routes specified in accordance with Article 2(2) of this Agreement, any designated airline of either Contracting Party shall take account of the interests of any designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the air services which the latter airline operates over the same routes or parts thereof.

(3) The international air services on the routes specified in accordance with Article 2(2) of this Agreement shall have as their primary objective the provision of capacity commensurate with the foreseeable traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airlines. The right of such airlines to carry traffic between points of a route specified in accordance with Article 2(2) of this Agreement which are located in the territory of the other Contracting Party and points in third countries shall be exercised, in the interests of an orderly development of international air transport, in such a way that capacity is related to:

- (a) the traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airlines;
- (b) the traffic demand existing in the areas through which the air services pass, taking account of local and regional air services;
- (c) the requirements of an economical operation of through traffic routes.

(4) Um eine billige und gleiche Behandlung jedes bezeichneten Unternehmens zu gewährleisten, bedürfen die Frequenz der Flugdienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster hinsichtlich ihrer Kapazität sowie die Flugpläne der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien.

(5) Erforderlichenfalls sollen sich die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien bemühen, eine zufriedenstellende Regelung des Beförderungsangebots und der Frequenzen zu erreichen.

Artikel 11

Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken

(1) Jedes bezeichnete Unternehmen teilt den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien und vor Beginn jeder folgenden Flugplanperiode die Art der Dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster und die Flugpläne mit. Kurzfristige Änderungen sind unverzüglich mitzuteilen.

(2) Die Luftfahrtbehörde der einen Vertragspartei stellt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen zur Verfügung, die vernünftigerweise angefordert werden können, um das von jedem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen müssen alle Angaben enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 12

Tarife

(1) Die Tarife, die von einem bezeichneten Unternehmen auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste angewendet werden, bedürfen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Abgangspunkt der Flugreise (gemäß Angabe in den Beförderungsdokumenten) liegt.

(2) Die bezeichneten Unternehmen berücksichtigen in ihren Tarifen die Betriebskosten, einen angemessenen Gewinn, die bestehenden Wettbewerbs- und Marktbedingungen sowie die Interessen der Nutzer. Die zuständige Luftfahrtbehörde darf die Erteilung der Genehmigung nur dann ablehnen, wenn ein Tarif diesen Kriterien nicht entspricht.

(3) Die bezeichneten Unternehmen legen den Luftfahrtbehörden die Tarife spätestens einen Monat vor dem vorgesehenen ersten Anwendungstag zur Genehmigung vor.

(4) Ist die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei mit einem ihr zur Genehmigung vorgelegten Tarif nicht einverstanden, so unterrichtet sie das betroffene Unternehmen innerhalb von einundzwanzig Tagen nach dem Tag der Vorlage des Tarifs. Der Tarif darf in diesem Fall nicht angewendet werden. Anzuwenden ist weiterhin der bisherige Tarif, der durch den neuen Tarif ersetzt werden sollte.

(5) Jede Vertragspartei stellt sicher, daß alle Unternehmen, die Verkehrsdienste in ihr Hoheitsgebiet und aus ihrem Hoheitsgebiet durchführen, die vereinbarten und nach diesem Artikel genehmigten Tarife genau einhalten.

Artikel 13

Gewerbliche Tätigkeiten

(1) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet Niederlassungen sowie Verwaltungs-, kaufmännisches und technisches Personal zu unterhalten, soweit sie von dem bezeichneten Unternehmen benötigt werden.

(4) To ensure fair and equal treatment of any designated airline, the frequency of services, the types of aircraft to be used with regard to capacity, as well as the flight schedules shall be subject to approval by the aeronautical authorities of the Contracting Parties.

(5) The aeronautical authorities of the Contracting Parties should, if necessary, endeavour to reach a satisfactory arrangement regarding transport capacity and frequencies.

Article 11

Communication of Operating Information and Statistics

(1) Each designated airline shall communicate to the aeronautical authorities of the Contracting Parties at least one month prior to the initiation of air services on the routes specified in accordance with Article 2(2) of this Agreement, and before the start of each following flight plan period, the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. Short-term changes are to be notified immediately.

(2) The aeronautical authorities of either Contracting Party shall furnish to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statistical data of the designated airlines as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by any designated airline of the first Contracting Party on the routes specified in accordance with Article 2(2) of this Agreement. Such data shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 12

Tariffs

(1) The tariffs to be charged by a designated airline for passengers on the routes specified in accordance with Article 2(2) of this Agreement shall be subject to approval by the aeronautical authorities of the Contracting Party in whose territory the point of departure of the journey (according to the information in the transport documents) is situated.

(2) In their tariffs, the designated airlines shall take into account the cost of operation, a reasonable profit, the prevailing conditions of competition and of the market as well as the interests of transport users. The competent aeronautical authorities may refuse to approve a tariff only if it does not comply with these criteria.

(3) The tariffs shall be submitted by the designated airlines to the aeronautical authorities for approval at least one month prior to the envisaged date of their introduction.

(4) If the aeronautical authorities of either Contracting Party do not consent to a tariff submitted for their approval, they shall inform the airline concerned within twenty-one days after the date of submission of the tariff. In such case, this tariff shall not be applied. The tariff applied up to that time which was to be replaced by the new tariff shall continue to be applied.

(5) Each Contracting Party shall ensure that all airlines operating to and from its territory shall strictly comply with the tariffs agreed upon and approved in accordance with the provisions of this Article.

Article 13

Commercial Activities

(1) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant to any designated airline of the other Contracting Party the right to maintain in its territory such offices and administrative, commercial and technical personnel as are needed by the designated airline.

(2) Bei der Einrichtung der Niederlassungen und der Beschäftigung des Personals nach Absatz 1 sind die Gesetze und sonstigen Vorschriften der betreffenden Vertragspartei, wie die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise von Ausländern und ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei, einzuhalten. Das in den Niederlassungen nach Absatz 1 beschäftigte Personal benötigt jedoch keine Arbeits-erlaubnis.

(3) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht der Selbstabfertigung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Post für die bezeichneten Unternehmen oder andere Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei. Dieses Recht schließt den den Flughäfen vorbehaltenen Bereich der luftseitigen Bodenverkehrsdienste (Verkehrsabfertigung der Luftfahrzeuge) nicht ein.

(4) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, seine Beförderungsleistungen auf eigenen Beförderungsdokumenten unmittelbar in eigenen Verkaufsräumen sowie durch seine Agenten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei an jeden Kunden in jeder Währung zu verkaufen.

Artikel 14

Luftsicherheit

(1) In Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen. Ohne den allgemeinen Charakter ihrer völkerrechtlichen Rechte und Pflichten einzuschränken, handeln die Vertragsparteien insbesondere im Einklang mit dem am 14. September 1963 in Tokyo unterzeichneten Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, dem am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, dem am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und dem am 24. Februar 1988 in Montreal unterzeichneten Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt.

(2) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und andere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzung, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(3) Wird ein ziviles Luftfahrzeug widerrechtlich in Besitz genommen oder werden sonstige widerrechtliche Eingriffe gegen die Sicherheit eines solchen Luftfahrzeugs, seiner Fluggäste und Besatzung sowie gegen die Sicherheit von Flughäfen oder Flugnavigationseinrichtungen begangen oder angedroht, so unterstützen die Vertragsparteien einander in gegenseitigen Konsultationen durch Erleichterung des Fernmeldeverkehrs und sonstige geeignete Maßnahmen, um solche Vorfälle oder solche Bedrohungen so rasch zu beenden, wie dies bei möglichst geringer Gefährdung von Leben durchführbar ist.

(4) Jede Vertragspartei trifft alle ihr durchführbar erscheinenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ein Luftfahrzeug, das widerrechtlich in Besitz genommen wurde oder hinsichtlich dessen andere widerrechtliche Eingriffe vorgenommen wurden und das sich in ihrem Hoheitsgebiet am Boden befindet, dort festgehalten wird, sofern nicht sein Abflug aufgrund der vordringlichen Verpflichtung zum Schutz des Lebens der Besatzung und der Fluggäste erforderlich wird. Diese Maßnahmen sollten, soweit

(2) The establishment of the offices and the employment of the personnel referred to in paragraph 1 above shall be subject to the laws and regulations of the Contracting Party concerned, such as the laws and regulations relating to the admission of foreigners and their stay in the territory of the Contracting Party concerned. The personnel employed in the offices according to paragraph 1 above shall not, however, require a work permit.

(3) Each Contracting Party shall, on a reciprocal basis, grant to any designated airline of the other Contracting Party the right of self-handling of passengers, baggage, cargo and mail for the designated or other airlines of the other Contracting Party. This right does not include air-side ground handling services (aircraft ground handling), which remain the prerogative of the airport operators.

(4) Each Contracting Party shall grant to any designated airline of the other Contracting Party the right to sell its transport services on its own transport documents directly in its own sales offices and through its agents in the territory of the other Contracting Party to any customer in any currency.

Article 14

Aviation Security

(1) Consistent with their rights and obligations under international law, the Contracting Parties reaffirm their obligation to each other to protect the security of civil aviation against acts of unlawful interference. Without limiting the generality of their rights and obligations under international law, the Contracting Parties shall in particular act in conformity with the provisions of the Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft, signed at Tokyo on 14 September 1963, the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed at The Hague on 16 December 1970, the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, signed at Montreal on 23 September 1971, and the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, Supplementary to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, Done at Montreal on 23 September 1971, signed at Montreal on 24 February 1988.

(2) The Contracting Parties shall provide upon request all necessary assistance to each other to prevent acts of unlawful seizure of civil aircraft and other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports and air navigation facilities, and any other threat to the security of civil aviation.

(3) When an incident or threat of an incident of unlawful seizure of civil aircraft or other acts of unlawful interference against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports or air navigation facilities occurs, the Contracting Parties shall, in mutual consultations, assist each other by facilitating communications and other appropriate measures intended to terminate as rapidly as commensurate with minimum risk to life such incident or threat thereof.

(4) Each Contracting Party shall take measures, as it may find practicable, to ensure that an aircraft subjected to an act of unlawful seizure or other acts of unlawful interference which is on the ground in its territory is detained on the ground unless its departure is necessitated by the overriding duty to protect the lives of its crew and passengers. Wherever practicable, such measures shall be taken on the basis of mutual consultations.

durchführbar, auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen getroffen werden.

(5) Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen im Einklang mit den Luftsicherheitsvorschriften, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation festgelegt und zu Anhängen des Zivilluftfahrt-Abkommens bestimmt werden, soweit diese Sicherheitsvorschriften auf die Vertragsparteien anwendbar sind; sie verlangen, daß die Halter von in ihr Register eingetragenen Luftfahrzeugen und die Luftfahrzeughalter, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, sowie die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit diesen Luftsicherheitsvorschriften handeln.

(6) Jede Vertragspartei erklärt sich damit einverstanden, daß von diesen Luftfahrzeughaltern verlangt werden kann, die in Absatz 5 genannten Sicherheitsvorschriften einzuhalten, die von der anderen Vertragspartei für den Einflug in ihr Hoheitsgebiet, den Ausflug aus ihrem Hoheitsgebiet oder den Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet festgelegt wurden. Jede Vertragspartei gewährleistet, daß in ihrem Hoheitsgebiet Maßnahmen zum Schutz von Luftfahrzeugen und zur Durchleuchtung von Fluggästen, Besatzung und Handgepäck sowie zur Durchführung angemessener Sicherheitskontrollen bei Gepäck, Fracht und Bordvorräten vor und bei dem Einsteigen oder Beladen wirksam angewendet werden. Jede Vertragspartei wird jedes Ersuchen der anderen Vertragspartei um vernünftige besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung wohlwollend prüfen.

(7) Weicht eine Vertragspartei von den Luftsicherheitsvorschriften dieses Artikels ab, so kann die Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei um sofortige Konsultationen mit der Luftfahrtbehörde der erstgenannten Vertragspartei ersuchen. Kommt innerhalb eines Monats nach dem Datum dieses Ersuchens eine zufriedenstellende Einigung nicht zustande, so ist dies ein Grund, die Betriebsgenehmigung eines oder mehrerer Luftfahrtunternehmen der erstgenannten Vertragspartei vorzuenthalten, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen. Wenn eine ernste Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf dieses Monats vorläufige Maßnahmen treffen.

Artikel 15

Einreise und Kontrolle der Reisedokumente

(1) Auf Ersuchen einer Vertragspartei gestattet die andere Vertragspartei den Unternehmen, die in beiden Staaten Luftverkehrsrechte ausüben, die Durchführung von Maßnahmen, die gewährleisten sollen, daß nur Fluggäste mit den für die Einreise in oder die Durchreise durch den ersuchenden Staat erforderlichen Reisedokumenten befördert werden.

(2) Jede Vertragspartei nimmt eine Person, die an ihrem Zielort zurückgewiesen wurde, nachdem dort festgestellt worden war, daß sie nicht einreiseberechtigt war, zum Zweck der Überprüfung auf, wenn sich diese Person vor ihrer Abreise nicht nur im unmittelbaren Transit im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aufgehalten hat. Die Vertragsparteien weisen eine solche Person nicht in das Land zurück, in dem zuvor festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist.

(3) Diese Bestimmung hindert die Behörden nicht daran, eine zurückgewiesene, nicht einreiseberechtigte Person einer weiteren Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob sie schließlich in dem Staat aufgenommen werden kann, oder um Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung, Entfernung oder Abschiebung in einen Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie aus anderen Gründen Aufnahme finden kann, zu treffen. Hat eine Person, von der festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist, ihre Reisedokumente verloren oder zerstört, so erkennt eine Vertragspartei statt dessen ein von den Behörden der Vertragspartei, bei der festgestellt wurde, daß die Person nicht einreiseberechtigt ist, ausgestelltes Dokument an, das die Umstände von Abflug und Ankunft bestätigt.

(5) The Contracting Parties shall, in their mutual relations, act in conformity with the aviation security provisions established by the International Civil Aviation Organization and designated as Annexes to the Convention to the extent that such security provisions are applicable to the Contracting Parties; they shall require that operators of aircraft of their registry or operators of aircraft who have their principal place of business or permanent residence in their territory and the operators of airports in their territory act in conformity with such aviation security provisions.

(6) Each Contracting Party agrees that such operators of aircraft may be required to observe the aviation security provisions referred to in paragraph 5 above required by the other Contracting Party for entry into, departure from, or while within, the territory of that other Contracting Party. Each Contracting Party shall ensure that measures are effectively applied within its territory to protect the aircraft and to screen passengers, crew and carry-on items and to carry out appropriate security checks on baggage, cargo and aircraft stores prior to and during boarding or loading. Each Contracting Party shall look favourably on any request from the other Contracting Party for reasonable special security measures to meet a particular threat.

(7) Should a Contracting Party depart from the aviation security provisions of this Article, the aeronautical authorities of the other Contracting Party may request immediate consultations with the aeronautical authorities of the former Contracting Party. Failure to reach a satisfactory agreement within one month of the date of such request shall constitute grounds for withholding, revoking, limiting or imposing conditions on the operating authorization of an airline or airlines of the former Contracting Party. If required by a serious emergency, either Contracting Party may take interim action prior to the expiry of the month.

Article 15

Immigration and Control of Travel Documents

(1) Upon the request of either Contracting Party the other Contracting Party shall permit the airlines which exercise air traffic rights in both countries to take measures to ensure that only passengers with the travel documents required for entry into or transit through the requesting State are carried.

(2) Either Contracting Party shall accept for examination a person being returned from his point of disembarkation after having been found inadmissible if this person previously stayed in its territory before embarkation, other than in direct transit. A Contracting Party shall not return such a person to the country where he was earlier found to be inadmissible.

(3) This provision is not intended to prevent public authorities from further examining a returned inadmissible person to determine his eventual acceptability in the State or make arrangements for his transfer, removal or deportation to a State of which he is a national or where he is otherwise acceptable. Where a person who has been found to be inadmissible has lost or destroyed his travel documents, a Contracting Party shall accept instead a document attesting to the circumstances of embarkation and arrival issued by the public authorities of the Contracting Party where the person was found to be inadmissible.

Artikel 16**Meinungsaustausch und Konsultationen**

(1) Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

(2) Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit Konsultationen beantragen. Das gilt auch für Erörterungen über die Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Absatz 1 kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultationen beginnen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

Artikel 17**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 16 Absatz 2 beigelegt werden kann, wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 18**Mehrseitige Übereinkommen**

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen zur Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen beendet, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 16 Absatz 2 statt.

Artikel 19**Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation**

Dieses Abkommen, jede Änderung desselben und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 2 werden von beiden Vertragsparteien der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung übermittelt.

Article 16**Exchange of Views and Consultations**

(1) Exchanges of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties in order to achieve close cooperation and agreement in all matters pertaining to the application of this Agreement.

(2) Consultations may be requested at any time by either Contracting Party for the purpose of discussing amendments to this Agreement or to the Route Schedule or questions relating to interpretation. The same applies to discussions concerning the application of this Agreement if either Contracting Party considers that an exchange of views within the meaning of paragraph 1 above has not produced any satisfactory results. Such consultations shall begin within two months of the date of receipt by the other Contracting Party of any such request.

Article 17**Settlement of Disputes**

(1) Where any disagreement concerning the interpretation or application of this Agreement cannot be settled in accordance with Article 16(2) of this Agreement, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting Party.

(2) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, of the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party of its intention to submit the disagreement to an arbitral tribunal.

(3) If the periods specified in paragraph 2 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the Council of the International Civil Aviation Organization to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging this function, the Vice-president deputizing for him should make the necessary appointments.

(4) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding on the Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member as well as of its representation in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and any other costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 18**Multilateral Conventions**

In the event of a general multilateral air transport convention accepted by the Contracting Parties entering into force, the provisions of such convention shall prevail. Any discussions with a view to determining the extent to which this Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention shall take place in accordance with Article 16(2) of this Agreement.

Article 19**Registration with the International Civil Aviation Organization**

This Agreement, any amendments to it and any exchange of notes under Article 2(2) of this Agreement shall be communicated by both Contracting Parties to the International Civil Aviation Organization for registration.

Artikel 20

Inkrafttreten, Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Artikel 21

Kündigung

Eine Vertragspartei kann die andere Vertragspartei jederzeit von ihrem Beschluß in Kenntnis setzen, dieses Abkommen zu beenden; die Kündigung wird gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation mitgeteilt. In diesem Fall tritt das Abkommen zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern nicht die Kündigung vor Ablauf dieser Zeit durch Vereinbarung zurückgenommen wird. Wird der Eingang der Mitteilung von der anderen Vertragspartei nicht bestätigt, so gilt als Eingangstag der vierzehnte Tag nach dem Eingang der Mitteilung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation.

Geschehen zu Lusaka am 22. Oktober 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 20

Entry into Force, Duration

(1) This Agreement shall enter into force one month from the date on which the Contracting Parties have notified each other that the constitutional requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled.

(2) This Agreement shall be concluded for an unlimited period.

Article 21

Termination

Either Contracting Party may at any time give notice to the other Contracting Party of its decision to terminate this Agreement; such notice shall be simultaneously communicated to the International Civil Aviation Organization. In such case this Agreement shall terminate twelve months after the date of receipt of the notice by the other Contracting Party, unless the notice to terminate is withdrawn by agreement before the expiry of this period. In the absence of acknowledgment of receipt by the other Contracting Party, notice shall be deemed to have been received fourteen days after the receipt of the notice by the International Civil Aviation Organization.

Done at Lusaka on 22nd October 1996 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Peter Schmidt

Für die Regierung der Republik Sambia
For the Government of the Republic of Zambia

Dawson Lupunga

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-österreichischen Vertrags über den Durchgangsverkehr
von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen**

Vom 6. März 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. November 1997 zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen (BGBl. 1997 II S. 1814) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 23 Abs. 2

am 1. Mai 1998

in Kraft tritt. Die Ratifikationsurkunden sind am 18. Februar 1998 in Bonn ausgetauscht worden.

Gleichzeitig tritt die in Ausführung des Artikels 3 des Vertrags durch Notenwechsel vom 13. September 1995/18. Februar 1998 getroffene ergänzende Vereinbarung über die Festlegung von Durchgangsstrecken im Sinne des Artikels 1 Abs. 1 und des Artikels 2 Abs. 1 des Vertrags in Kraft, die nachstehend veröffentlicht wird.

Bonn, den 6. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Auswärtiges Amt

Bonn, den 13. September 1995

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Österreichischen Botschaft in Ausführung von Artikel 3 des Vertrags vom 21. Dezember 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Österreichischen Bundesregierung über die Festlegung von Durchgangsstrecken im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 und des Artikels 2 Absatz 1 des Vertrags vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

„Gemäß Artikel 3 des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen vom 21. Dezember 1993 werden nachfolgende Durchgangsstrecken festgelegt:

- I. Durchgangsstrecken gemäß Artikel 3 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Vertrags
 - a) Durchgangsstrecken Republik Österreich – Bundesrepublik Deutschland – Republik Österreich
 1. Hörbranz–Unterhochsteg–Lindau–Oberstausen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg
 2. Autobahn Hörbranz–Lindau–Oberstausen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg

3. Hohenweiler–Lindenberg–Oberstaufen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg
4. Möggers–Weienried–Scheidegg–Oberstein–Bromatsreute
5. Weienried/Scheidegg–Hub/Scheffau
6. Weienried/Scheidegg–Weiler–Sulzberg/Oberreute
7. Weienried/Scheidegg–Oberstaufen–Springen/Aach
8. Langen–Weiler–Oberstaufen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg
9. Riefensberg–Springen–Oberstaufen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg
10. Hittisau–Balderschwang–Oberstdorf–Mittelberg
11. Schattwald–Unterjoch–Jungholz
12. Jungholz–Wertach–Nesselwang–Pfronten–Vils
13. Grän–Fallmühle–Pfronten–Vils
14. Ammerwald–Garmisch–Partenkirchen–Mittenwald–Scharnitz
15. Ehrwald–Griesen–Garmisch–Partenkirchen–Mittenwald–Scharnitz
16. Ehrwald–Griesen–Garmisch–Partenkirchen–Mittenwald–Scharnitz (Eisenbahnstrecke)
17. Leutasch–Mittenwald–Scharnitz
18. Scharnitz–Mittenwald–Krün–Wallgau–Vorderriß–Hinterriß
19. Hinterriß–Vorderriß–Fall–Walchental–Achenwald
20. Bächental–Fall–Walchental–Achenwald
21. Vorderthiersee–Zipflwirt–Grundalpe
Hintertoralpe
22. Kufstein–Kiefersfelden–Niederndorf
23. Autobahn Kufstein–Rosenheim–Walsenberger/Schwarzbach (Autobahn und Bundesstraße)
24. Unken/Melleck–Bad Reichenhall–Schwarzbach/Walsenberger (Autobahn und Bundesstraße)
25. Unken/Melleck–Unterjettenberg–Berchtesgaden–Marktschellenberg/Hangendenstein
26. Unken–Steinbachbrücke bei Grenzstein 182–Kesslersteig über die Saalach–Kesslerbauer
27. Grenzstein Nr. 180/1–Steig durch die Aschauer Klamm–Grenzstein Nr. 172
28. Grenzübergang Dürrenberg–Wildmoosverbindungsstraße–auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gelegene Teile der Roßfeldstraße–Bundesstraße Nr. 305–Grenzübergang Hangendenstein
29. Großmain–Bayer. Gmain–Leopoldstraße–Schwarzbach/Walsenberger (Autobahn und Bundesstraße)
30. Salzburg–Rosenheim–Kufstein (Eisenbahnstrecke für geschlossene Züge)
31. Salzburg
Kufstein –Rosenheim–München–Mittenwald
(Eisenbahnstrecke für geschlossene Züge)
32. Salzburg
Kufstein –Rosenheim–München–Kempten–Lindau
(Eisenbahnstrecke für geschlossene Züge)
33. Salzburg
Kufstein –Rosenheim–München–Ulm–Friedrichshafen–Lindau
(Eisenbahnstrecke für geschlossene Züge)
34. Ettenau–Tittmoning–Burghausen
35. Schärding/Neuhaus a. Inn–Passau–Grenzübergangsstellen im Stadtgebiet Passau
36. Verbindungsstrecken zwischen den Grenzübergangsstellen im Stadtgebiet Passau
37. Grenzübergangsstellen im Stadtgebiet Passau–Oberzell–Wegscheid/Hanging
38. Felsen–Hütt–Oberzell–Neustift
39. Donaukraftwerk Jochenstein–Dantelbach
40. Hartlmühle–Breitenberg–Angerhäuser

b) Durchgangsstrecken Bundesrepublik Deutschland – Republik Österreich – Bundesrepublik Deutschland

1. Lindau–Hörbranz–Hohenweiler–Niederstaufen
2. Oberreute–Sulzberg–Doren–Hittisau–Balderschwang
3. Aach–Hittisau–Balderschwang
4. Aach–Hittisau–Sibratsgfall–Hirschgund
5. Oberjoch–Schattwald–Unterjoch
6. Oberjoch–Tannheim–Fallmühle
7. Pfronten/Steinach–Vils–Ulrichsbrücke–Füssen
8. Vilser Scharte–Ländenhof–Lechlände
9. Füssen–Ulrichsbrücke–Unterpinswang–Schwangauer Gitter
10. Pfronten–Vils–Reutte–Ehrwald–Griesen (Eisenbahnstrecke)
11. Füssen–Ulrichsbrücke–Reutte–Plansee–Linderhof
12. Füssen–Ulrichsbrücke–Reutte–Griesen
13. Linderhof–Plansee–Neidernachtal–Griesen
14. Fall–Rauchstubenbrücke–Geißalmbrücke–südliche Pittenbachbrücke–Kreuth
15. Kiefersfelden–Jenbach–Stuben
16. Bäckeralm–Landler–Thiersee–Kufstein–Kiefersfelden
17. Oberaudorf–Niederndorf–Sachrang
18. Oberaudorf–Niederndorf–Walchsee–Kössen–Schlechting
19. Oberaudorf–Niederndorf–Walchsee–Reit im Winkel
20. Reisach–Erl–Windshausen
21. Reisach–Niederndorf–Sachrang
22. „Schlechting–Entenlochklamm (Grenzsteig 57)–Schmugglerweg–Seilsteg über die Tiroler Ache–Kloßenstein–Kössener Bundesstraße (B 176)–Schlechting
23. Grenzbrücke über den Steinbach an der Strecke Melleck–Lofer–Forstweg entlang des Steinbachs auf österreichischem Gebiet–Grenzbrücke über den Steinbach in Melleck bei Grenzstein 183/8
24. Obersalzberg bei Berchtesgaden–Oberau (Scheitelstrecke der Roßfeldstraße)
25. Bayer. Gmain–Teile der Leopoldstraße auf österreichischem Gebiet–Weißbach/Marzoll
26. Marktschellenberg–St. Leonhard–Autobahnring Salzburg–Walsertal/Schwarzbach
27. Marktschellenberg–St. Leonhard–Autobahnring Salzburg–Liefering–Freilassing/Saalbrücke

II. Durchgangsstrecken gemäß Artikel 3 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 des Vertrags

1. Autobahn Hörbranz–Lindau–Oberstaufen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg
2. Hohenweiler–Lindenberg–Oberstaufen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg
3. Möggers–Weienried–Scheidegg–Oberstein–Bromatsreute
4. Riefensberg–Springen–Oberstaufen–Immenstadt–Oberstdorf–Mittelberg
5. Hittisau–Balderschwang–Oberstdorf–Mittelberg
6. Jungholz–Wertach–Nesselwang–Pfronten–Vils
7. Ehrwald–Griesen–Garmisch–Partenkirchen–Mittenwald–Scharnitz (Eisenbahnstrecke)
8. Scharnitz–Mittenwald–Krün–Wallgau–Vorderriß–Hinterriß
9. Hinterriß–Vorderriß–Fall–Walchental–Achenwald
10. Bächental–Fall–Walchental–Achenwald
11. Autobahn Kufstein–Rosenheim–Walsertal/Schwarzbach (Autobahn und Bundesstraße)
12. Unken/Melleck–Bad Reichenhall–Schwarzbach/Walsertal (Autobahn und Bundesstraße)
13. Unken–Steinbachbrücke bei Grenzstein 182–Kesslersteig über die Saalach–Kesslerbauer

14. Grenzübergang Dürrnberg–Wildmoosverbindungsstraße–auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gelegene Teile der Roßfeldstraße–Bundesstraße Nr. 305–Grenzübergang Hangendenstein
15. Großgmain–Bayer. Gmain–Leopoldstraße–Schwarzbach/Walserberg (Autobahn und Bundesstraße)
16. Eisenbahnkorridorstrecke Salzburg–Rosenheim–Kufstein
17. Schärding–Neuhaus a. Inn–Passau–Grenzübergangsstellen im Stadtgebiet Passau
18. Verbindungsstrecke zwischen den Grenzübergangsstellen im Stadtgebiet Passau
19. Hartlmühle–Breitenbach–Angerhäuser“.

Falls sich die österreichische Bundesregierung mit den Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Österreichischen Bundesregierung zum Ausdruck bringende Antwortnote der Österreichischen Botschaft eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Österreichischen Bundesregierung bilden, die gleichzeitig mit dem eingangs erwähnten Vertrag vom 21. Dezember 1993 in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Österreichische Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Österreichische Botschaft
Bonn

Österreichische Botschaft
Bonn

Bonn, am 18. Februar 1998
Johanniterstraße 2
53113 Bonn

Verbalnote

Die Österreichische Botschaft entbietet dem Auswärtigen Amt ihre Empfehlungen und beehrt sich, dem Auswärtigen Amt den Empfang seiner Verbalnote vom 13. September 1995 – Az 510-511.13/1 OST – zu bestätigen, deren Text wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Österreichische Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß die Österreichische Bundesregierung damit einverstanden ist, daß die vorgeschlagene Regelung durch den Austausch der Verbalnote des Auswärtigen Amtes und dieser Antwortnote eine Vereinbarung gemäß Artikel 3 des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen vom 21. Dezember 1993 bildet, die gleichzeitig mit diesem Vertrag in Kraft tritt.

Die Österreichische Botschaft benützt gerne auch diesen Anlaß, dem Auswärtigen Amt den Ausdruck ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

An das
Auswärtige Amt
Bonn

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Protokolle vom 14. Juni 1954 über Änderungen
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 9. März 1998

I.

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über eine Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 – Artikel 45 – (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Mazedonien, am 3. September 1997
ehemalige jugoslawische Republik
in Kraft getreten.

II.

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über einige Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 – Artikel 48 Buchstabe a, Artikel 49 Buchstabe e und Artikel 61 – (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Mazedonien, am 3. September 1997
ehemalige jugoslawische Republik
Nepal am 9. Juni 1997
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. März 1997 (BGBl. II S. 797).

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur 2. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 9. März 1998

Das Protokoll vom 21. Juni 1961 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt – 2. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt – (BGBl. 1962 II S. 884) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Mazedonien, am 3. September 1997
ehemalige jugoslawische Republik
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. November 1997 (BGBl. 1998 II S. 22).

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
Vom 9. März 1998**

Das Protokoll vom 12. März 1971 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt – 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt – (BGBl. 1972 II S. 257) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Mazedonien, am 3. September 1997
ehemalige jugoslawische Republik
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. November 1997 (BGBl. 1998 II S. 22).

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 6. Oktober 1980
zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
Vom 9. März 1998**

Das Protokoll vom 6. Oktober 1980 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1956 II S. 411) ist für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belize	am 24. September 1997
China	am 23. Juli 1997
Ghana	am 15. Juli 1997
Malediven	am 30. Oktober 1997

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. September 1997 (BGBl. II S. 1777), die hinsichtlich der Protokollbezeichnung insoweit berichtigt wird.

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Europa-Abkommens
zur Gründung einer Assoziation
zwischen den Europäischen Gemeinschaften
und ihren Mitgliedstaaten einerseits
und der Republik Estland andererseits**

Vom 9. März 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. September 1996 zu dem Europa-Abkommen vom 12. Juni 1995 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Estland andererseits (BGBl. 1996 II S. 1666) wird bekanntgemacht, daß das Europa-Abkommen nach seinem Artikel 130 Abs. 2

am 1. Februar 1998

für die Bundesrepublik Deutschland

und die folgenden Vertragsparteien in Kraft getreten ist:

Europäische Atomgemeinschaft
Europäische Gemeinschaft
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Belgien
Dänemark
Finnland
Frankreich
Griechenland
Irland
Italien
Luxemburg
Niederlande
Portugal
Schweden
Spanien
Vereinigtes Königreich
und
Estland

Die deutsche Ratifikationsurkunde zu dem Europa-Abkommen ist am 7. November 1996 bei dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt worden.

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Europa-Abkommens
zur Gründung einer Assoziation
zwischen den Europäischen Gemeinschaften
und ihren Mitgliedstaaten einerseits
und der Republik Lettland andererseits**

Vom 9. März 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. September 1996 zu dem Europa-Abkommen vom 12. Juni 1995 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Lettland andererseits (BGBl. 1996 II S. 1879) wird bekanntgemacht, daß das Europa-Abkommen nach seinem Artikel 131 Abs. 2

am 1. Februar 1998

für die Bundesrepublik Deutschland

und die folgenden Vertragsparteien in Kraft getreten ist:

Europäische Atomgemeinschaft
Europäische Gemeinschaft
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Belgien
Dänemark
Finnland
Frankreich
Griechenland
Irland
Italien
Luxemburg
Niederlande
Portugal
Schweden
Spanien
Vereinigtes Königreich
und
Lettland

Die deutsche Ratifikationsurkunde zu dem Europa-Abkommen ist am 7. November 1996 bei dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt worden.

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Europa-Abkommens
zur Gründung einer Assoziation
zwischen den Europäischen Gemeinschaften
und ihren Mitgliedstaaten einerseits
und der Republik Litauen andererseits**

Vom 9. März 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. September 1996 zu dem Europa-Abkommen vom 12. Juni 1995 zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Litauen andererseits (BGBl. 1996 II S. 2186) wird bekanntgemacht, daß das Europa-Abkommen nach seinem Artikel 132 Abs. 2

am 1. Februar 1998

für die Bundesrepublik Deutschland

und die folgenden Vertragsparteien in Kraft getreten ist:

Europäische Atomgemeinschaft
Europäische Gemeinschaft
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Belgien
Dänemark
Finnland
Frankreich
Griechenland
Irland
Italien
Luxemburg
Niederlande
Portugal
Schweden
Spanien
Vereinigtes Königreich
und
Litauen

Die deutsche Ratifikationsurkunde zu dem Europa-Abkommen ist am 7. November 1996 bei dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt worden.

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens über die
internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen**

Vom 9. März 1998

Das Abkommen vom 19. Juni 1948 über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen (BGBl. 1959 II S. 129) ist nach seinem Artikel XXI Abs. 3 für

Ghana

am 13. Oktober 1997

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. September 1997 (BGBl. II S. 1755).

Bonn, den 9. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens
betreffend Auskünfte über ausländisches Recht
sowie des Zusatzprotokolls hierzu**

Vom 11. März 1998

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 7. Juni 1968 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht (BGBl. 1974 II S. 937) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Estland

am 29. Juli 1997

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>“1) Pursuant to Article 2, paragraph 3, of the Convention, the receiving and transmitting agency shall be the Ministry of Justice.</p> <p>2) Pursuant to Article 3, paragraph 2, of the Convention, the judicial authorities for Estonia shall be the courts, the State Prosecutor’s Office, the Ministry of Justice, the Ministry of Internal Affairs and the Customs Board.”</p> | <p>„1) Empfangsstelle und Übermittlungsstelle im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 des Übereinkommens ist das Justizministerium.</p> <p>2) Gerichte im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 des Übereinkommens sind für Estland die Gerichte, die Generalstaatsanwaltschaft, das Justizministerium, das Innenministerium und die Zollbehörde.“</p> |
|---|---|

Das Übereinkommen ist weiterhin nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für
 Weißrußland am 3. Oktober 1997
 in Kraft getreten.

Weißrußland hat nach Artikel 2 des Übereinkommens folgende Zentrale
 Behörde bestimmt:

„Ministry of Justice
 10, Kalleckornaya-Str.
 Minsk
 220084
 Belarus
 Tel.: 00375 17 220.88.29
 Fax: 00375 17 220.97.55“.

II.

Das Zusatzprotokoll vom 15. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen
 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht (BGBl. 1987 II S. 58) ist nach
 seinem Artikel 7 Abs. 2 für

Estland am 29. Juli 1997
 nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikations-
 urkunde abgegebenen Erklärung
 in Kraft getreten:

(Übersetzung)

„The Republic of Estonia, in accordance with Article 5, paragraph 1, of the Protocol, shall only be bound by Chapter 1 of the Protocol.“
 „Für die Republik Estland ist nach Artikel 5 Absatz 1 des Protokolls nur Kapitel I des Protokolls verbindlich.“

Das Zusatzprotokoll ist weiterhin nach seinem Artikel 7 Abs. 2 für
 Weißrußland am 3. Oktober 1997
 nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde
 abgegebenen Erklärung
 in Kraft getreten:

(Übersetzung)

„The Republic of Belarus shall apply Additional Protocol to the European Convention on Information on Foreign Law with the exception of provisions of Chapter II of this Protocol.“
 „Die Republik Weißrußland wendet das Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht mit Ausnahme des Kapitels II des Protokolls an.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom
 11. März 1997 (BGBl. II S. 804) und vom 23. April 1997 (BGBl. II S. 1083).

Bonn, den 11. März 1998

Auswärtiges Amt
 Im Auftrag
 Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung**

Vom 11. März 1998

Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. Oktober 1985 (BGBl. 1987 II S. 65) ist nach ihrem Artikel 15 Abs. 3 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Kroatien am 1. Februar 1998
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„The Republic of Croatia hereby declares that, in pursuance of Article 12, paragraphs 1 and 2, of the Charter, it considers itself bound by the following paragraphs:

- Article 2;
- Article 3, paragraphs 1 and 2;
- Article 4, paragraphs 1, 2 and 4;
- Article 5;
- Article 6, paragraphs 1 and 2;
- Article 7, paragraphs 1, 2 and 3;
- Article 8, paragraphs 1 and 2;
- Article 9, paragraphs 1, 2 and 3;
- Article 10, paragraphs 1 and 3;
- Article 11.“

„Die Republik Kroatien erklärt hiermit, daß sie sich nach Artikel 12 Absätze 1 und 2 der Charta durch die folgenden Bestimmungen als gebunden betrachtet:

- Artikel 2;
- Artikel 3 Absätze 1 und 2;
- Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4;
- Artikel 5;
- Artikel 6 Absätze 1 und 2;
- Artikel 7 Absätze 1, 2 und 3;
- Artikel 8 Absätze 1 und 2;
- Artikel 9 Absätze 1, 2 und 3;
- Artikel 10 Absätze 1 und 3;
- Artikel 11.“

Moldau, Republik am 1. Februar 1998
Ukraine am 1. Januar 1998

Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung wird weiterhin für Rumänien am 1. Mai 1998
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärungen

in Kraft treten:

(Übersetzung)

«La Roumanie déclare qu'elle ratifie la Charte à l'exception de l'article 7, paragraphe 2.

La Roumanie déclare que, par la notion d'autorité régionale, visée à l'article 4, paragraphes 4 et 5, de la Charte, elle entend, conformément à sa législation en vigueur, l'autorité départementale de l'administrateur publique locale.»

„Rumänien erklärt, daß es die Charta mit Ausnahme des Artikels 7 Absatz 2 ratifiziert.

Rumänien erklärt, daß es unter dem in Artikel 4 Absätze 4 und 5 genannten Begriff ‚regionale Stelle‘ nach seinen geltenden Rechtsvorschriften die Kreisbehörde der öffentlichen Kommunalverwaltung versteht.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. August 1997 (BGBl. II S. 1745).

Bonn, den 11. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen**

Vom 11. März 1998

Das Haager Übereinkommen vom 2. Oktober 1973 über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen (BGBl. 1986 II S. 825, 826) wird nach seinem Artikel 35 Abs. 2 für

Estland am 1. April 1998
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung und des angebrachten Vorbehalts

in Kraft treten:

(Übersetzung)

"..., the Estonian Riigikogu while acceding to the said Convention, declared that the public body acting in Estonia as Transmitting- and Receiving Agency shall be the Ministry of Justice;

„... das estnische Parlament (Riigikogu) erklärte beim Beitritt Estlands zu dem genannten Übereinkommen, daß die in Estland als Übermittlungsstelle und Empfangsstelle tätige öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtung das Justizministerium ist;

..., the Estonian Riigikogu while acceding to the said Convention made a reservation in accordance with Article 34 not to recognize and enforce the decisions or settlements of paragraphs 2 and 3 of Article 26."

... das estnische Parlament (Riigikogu) brachte beim Beitritt Estlands zu dem genannten Übereinkommen einen Vorbehalt nach Artikel 34 dahin gehend an, daß es die Entscheidungen und Vergleiche nach Artikel 26 Absätze 2 und 3 weder anerkennt noch für vollstreckbar erklärt/vollstreckt."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Mai 1996 (BGBl. II S. 1073).

Bonn, den 11. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten
gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten
(Diplomatenschutzkonvention)

Vom 11. März 1998

Polen hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 16. Oktober 1997 die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu dem Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention) – BGBl. 1976 II S. 1745 – angebrachten Vorbehalts notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. Februar 1983 (BGBl. II S. 174) und vom 16. Januar 1998 (BGBl. II S. 186).

Bonn, den 11. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens
über die Internationale Zivilluftfahrt

Vom 11. März 1998

Das Protokoll vom 16. Oktober 1974 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossenen Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1983 II S. 763) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Mazedonien, am 3. September 1997
ehemalige jugoslawische Republik
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. November 1997 (BGBl. 1998 II S. 23).

Bonn, den 11. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe**

Vom 11. März 1998

Das Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll vom 25. März 1972 geänderten Fassung (BGBl. 1977 II S. 111; 1980 II S. 1405; 1981 II S. 378; 1985 II S. 1103) ist nach seinem Artikel 41 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Saudi-Arabien am 7. Dezember 1997
nach Maßgabe des folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am
7. November 1997 angebrachten Vorbehalts:

(Übersetzung)

“(Translation) (Original: Arabic)

The Kingdom of Saudi-Arabia will not be bound by article 48, paragraph 2, of the Convention.”

„(Übersetzung) (Original: Arabisch)

Das Königreich Saudi-Arabien ist durch Artikel 48 Absatz 2 des Übereinkommens nicht gebunden.“

Vietnam am 4. Dezember 1997
nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am
4. November 1997 angebrachten Vorbehalte:

(Übersetzung)

“[The Government of Viet Nam declares its reservation to] article 36, paragraph 2 point b on Extradition and article 48, paragraph 2 on Dispute settlement of the Single Convention on Narcotic Drugs, 1961.”

„[Die Regierung von Vietnam bringt Vorbehalte zu] Artikel 36 Absatz 2 Buchstabe b (über die Auslieferung) und zu Artikel 48 Absatz 2 (über die Beilegung von Streitigkeiten) des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe an.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Juli 1997 (BGBl. II S. 1610).

Bonn, den 11. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Investitionsförderungsabkommens mit Hongkong**

Vom 12. März 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. November 1997 zu dem Abkommen vom 31. Januar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung Hongkongs zur Förderung und zum gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1997 II S. 1848) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 12

am 19. Februar 1998

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 12. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher
Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt
und des Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger
Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen**

Vom 13. März 1998

I.

Das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1977 II S. 1229) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 4 für

Myanmar

am 19. Juni 1996

in Kraft getreten. Myanmar hat seine Beitrittsurkunde am 20. Mai 1996 in Moskau, am 22. Mai 1996 in London und am 24. Mai 1996 in Washington hinterlegt.

II.

Die Slowakei hat dem Verwahrer in Washington am 6. März 1995 ihre Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen mit Wirkung vom 1. Januar 1993 notifiziert.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 27,95 DM (25,20 DM zuzüglich 2,75 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 29,05 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

III.

Das Protokoll vom 24. Februar 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1993 II S. 866; 1994 II S. 620) ist nach seinem Artikel VI Abs. 1 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Myanmar	am 19. Juni 1996
Sri Lanka	am 13. März 1997.

Myanmar hat seine Beitrittsurkunde am 20. Mai 1996 in Moskau und am 22. Mai 1996 in London hinterlegt. Sri Lanka hat seine Ratifikationsurkunde am 11. Februar 1997 in London hinterlegt.

IV.

Die Slowakei hat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation in Montreal am 20. März 1995 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik mit Wirkung vom 1. Januar 1993 als durch das Protokoll gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 20. Juni 1978 (BGBl. II S. 1074) und vom 4. Juni 1997 (BGBl. II S. 1361).

Bonn, den 13. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger